D 1600 E
Offenbach/Main
Nr. 216, März 1988
DM 5,—, 20. Jahrgang

links

Sozialistische Zeitung

Leopold Spira
über Waldheim

Mohssen Massarrat
über Israel

Thomas Jahn
über die Grünen

Axel Stolzenwaldt
über Rheinhausen

Lothar Baier
über französische Meisterdenker

Fritz Reusswig/ Joachim Stahl
über Hans Jonas

Jens Gieseke
über Soziologie in der UdSSR

Thomas Blanke
über die Göttinger Sieben

NEW AGE oder was?

Rheinhausen muß leben!
Erhalt aller Stahlstandorte

Eine Dokumentation der Kruppstahlarbeiter in Rheinhausen (Teil 1)

Zu beziehen für 3,— DM Vorkasse bei: Betriebsrat und Vertrauenskörperleitung der Krupp Stahl AG, Werk Rheinhausen, 4100 Duisburg

Hilfe für Krupp-Stahlarbeiter!

Sonderkonto

Da es für die in der Auseinandersetzung um die Erhaltung des Stahlstandorts stehenden ArbeiterInnen keine finanzielle Unterstützung gibt, auch nicht von der IG Metall bekanntermaßen, sind die Rheinhausener auf Spenden angewiesen. Spenden und Geldsammlungen zur Unterstützung der Selbsthilfe bitte auf folgendes Konto:

Sonderkonto „Hilfe für Krupp-Stahlarbeiter Rheinhausen"
Stadtsparkasse Duisburg
Kontonummer 250 001 930
BLZ: 250 500 00

links
Sozialistische Zeitung

Herausgeber- und Redaktionsadresse:
Sozialistisches Büro,
Postfach 102 062,
6050 Offenbach 1
Telefon 069/88 50 06

Redaktion: Natascha Apostolidou, Petra Bonavita-Lindloff, Helmut Burgwinkel, Micha Brumlik, Diethard Behrens, Dan Diner, Peter-Erwin Jansen, Detlev Claussen, Josef Esser, Heinrich Grün, Joachim Hirsch, Peter Kern, Eva-Maria Krampe, Ludi Lodovico, Dieter Maier, Rüdiger Pusch, Sebastian Reinfeldt, Felix Schneider, Rainer Spiss, Rainer Staudhammer, Andreas Werle, Horst-Dieter Zahn.

Redaktionssekretäre: Gerhard Krum, Axel Stolzenwaldt (V.i.S.d.P.)

Verleger und Vertrieb: Verlag 2000 GmbH

Geschäftsführerin: Beate Keßler

Satz: Marion Michell, Verlag 2000 GmbH

Gestaltung: Birgit Letsch, Gerhard Krum

Druck: Scholl & Klug GmbH, Mörfelden-Walldorf

ISSN: 0024-404-X

Erscheinungsweise: monatlich

Bezugsbedingungen:
Einzelexemplar DM 5,—
Jahresabonnement DM 54,— incl.
Girokonto: Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach
Nr. 1741 269500, BLZ 505 101 11
Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Kommentar

Axel Stolzenwaldt: Rheinhausen — ein Neubeginn? 5

aktuell

Leopold Spira: Waldheim: Zweite Phase 7

Mohssen Massarrat: Unruhen in den besetzten Gebieten 8

J. Freund: Verwerflich wie eine Gotteslästerung 10

Samuel Schneelicht: Chile: Wahlen in einem verhökerten Land 12

hintergrund

Joachim Hirsch: Volkszählung: Das vertrackte Verhältnis von symbolischer und realer Politik 13

Thomas Jahn: Grüne: Sprachverlust und Handlungsunfähigkeit 14

thema: Neues Denken?

Christian Barthel: New Age — oder was? 16

Fritz Reusswig/ Joachim Stahl: Existenz als Utopie — Jonas und Heidegger 29

Lothar Baier: Heideggers Kurssturz 33

international

Jens Gieseke: Vom Dogma zur Realanalyse 36

Holm-Detlev Köhler: Schwarzhemden 37

geschichte

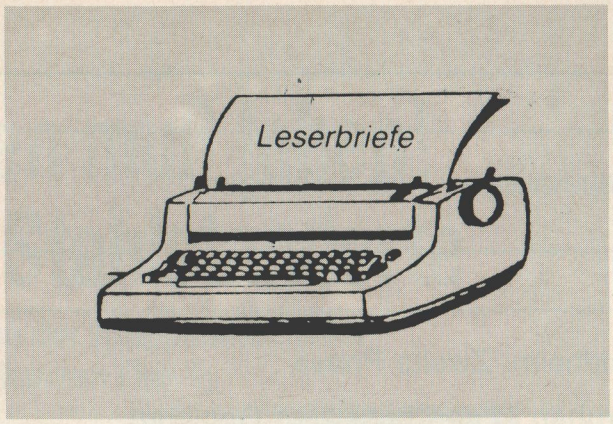
Thomas Blanke: Die Göttinger Sieben 39

nachruf

Carl-Wilhelm Macke: Schreiben war Leben. Überleben 44

cosa nostra 46

register 21



Jetzt reichts!

Jetzt reicht's mir. Nach Eurer ständigen Selbstbeweihräucherung in Form von Leserbriefen betr. ,,Neues Erscheinungsbild der links" will ich Euch sagen, daß mich Euer neuer Glanz und Glamour ankotzt. Das glatte Papier ist schon beim Anfassen ekelhaft.

Wichtiger: die arrogante Abgehobenheit, dieses Klugscheißertum — Lichtjahre entfernt von allen real existierenden Bewegungen, wird immer mehr zu einer Zumutung. Von wahrer Betroffenheit, ja, Not, Verzweiflung ob der Verhältnisse in diesem unserem Lande und überhaupt ist in der ,,links" kaum noch etwas zu spüren.

Wer sich noch der legendären AGIT 883, westberliner Zeitung der revolutionären Linken von ca. 67 - 70 erinnert, weiß, wovon ich rede! — billigstes Holzpapier, aber lodernde Leidenschaft und vor allem: Betroffenheit aus jeder Zeile!

Ja, ja, der Zeitgeist, diese so geliebten modernen Zeiten. . . Noch einmal werde ich — trotz allem — mein Abo widerstrebend verlängern.

Hans-Peter Koller

Weiter so!

Mir fällt auf, daß ich seit einiger Zeit wieder die ,,links" lese. Macht weiter so!

David Burkhart

Betr. links, Nr. 214

Die Crux radikaler Friedenspolitik

scheint mir nicht das Problem zu sein, welche Parolen der Öffentlichkeit am einfachsten zu vermitteln sind: eine Parole lebt nun mal wie ein politisches Schlagwort auch von der Verkürzung — umso besser, wenn auf diese Widerspruch herausgefordert, Diskussion angeregt wird. Andreas Buro setzt aber ein Gerücht in die Welt, wenn er behauptet, ,,man ist dagegen, ohne zu wissen, wofür man ist." Versäumt haben die undogmatischen, unabhängigen Linken in Friedenswegegung und Friedenspolitik vor allem die kritische, allgemeinverständliche Auseinandersetzung mit dem sogenannten real existierenden Sozialismus — mit jenen Systemen also, gegen die sich erklärtermaßen die Aufrüstung (u.a.) richtete; nicht nur das: die Linke, die Friedensbewegung war augenscheinlich handelseinig mit den Apologeten, den Rechtfertigern unterdrückerischer (Groß-) Mächte, marschiert(e) Hand in Hand mit ihnen. Für die herrschende Meinung hier war es bisher jedenfalls ein Leichtes, die Bewegungen mit dem Hinweis darauf bloßzustellen: da ist unsere Parole ,,Weder Ost noch West" halt doch zu kurzatmig. Die Angst der Menschen vor ,,Unfreiheit" ist/war angesichts der Realitäten im Osten so betrachtet alles andere als irrational. Eine der Ursachen des Antikommunismus ist der Antikommunismus der kommunistischen Systeme.

Peter Grohmann

Betr.: links, Nr. 215

Theorie und Praxis

Den Leserbrief von O. Sundt fand ich — in einem nicht vom Autor intendierten Sinne — erhellend, weil er die entscheidenden Fragen berührt und die Diskussion in die richtige Richtung lenkt. In einem Punkt koinzidiert seine Position jedoch mit der von ihm kritisierten der Linken Liste der Uni-Frankfurt: in der Voraussetzung der Möglichkeit der unmittelbaren Identität linker Theorie und Praxis. Aus einer ,,erbarmungslosen Kritik" folgt nur unter dieser Voraussetzung eine erbarmungslose, gar mörderische, Praxis wie umgekehrt aus der Ablehnung der letzteren eine Mäßigung der Kritik zum Lebensweltschutzprogramm oder Verfassungspatriotismus. Die Herstellung der Bedingungen einer Identität von Theorie und Praxis ist (oder sollte sein) hier und heute — jedoch erst langfristig einlösbares — Desiderat der Linken, nicht schon Voraussetzung von linker Praxis, was nicht begriffen zu haben, allzu häufig tödliche Konsequenzen zeigt.

Die Diskussion bewegt sich bei der Gewaltfrage in der Antinomie der Ablehnung und Befürwortung des staatlichen Gewaltmonopols. Antinomien haben es an sich, daß die gegnerische Position mit guten Gründen widerlegt, die eigene schwerlich begründet werden kann. So werden die Gegner des staatlichen Gewaltmonopols gefragt, ob sie die Beirutisierung, die Rückkehr zum feudalen Gewaltenpluralismus, dessen Befürwortern, ob sie die lebensbedrohende menschenfeindliche Politik unterstützen wollen. Thesis wie Antithesis hintertreiben in ihrer Einseitigkeit die gemeinsame Intention auf Gewaltlosigkeit, deren Idee denknotwendig ist, obwohl sie vielleicht niemals praktisch einlösbar sein wird. Denn bereits der unmittelbar ausgelebte Trieb hat z.B. ebenso gewalttätigen Charakter, wie die Gegengewalt des ihn bändigenden Realitätenprinzips, dessen Gewaltmaß historisch unterschiedlich bestimmt ist. Gewalt ist also universell und ihre absolute Verwerfung hier und heute fällt scheinheilig mit ihrer Bejahung zusammen, so daß die Frage, wann Gewalt legitim ist, sich stellt. Sie ist es nur dann, wenn sie um der Gewaltlosigkeit willen geschieht. Eine Staatsgewalt, die verhindern würde, daß Frauen und Kinder mißhandelt werden, wird niemand im Ernst anzweifeln. Schwierig wird es ja erst dort, wo Freiheit, Gleichheit und Gewaltlosigkeit ihren Doppelcharakter zeigen und die Dialektik von Legalität und Legitimität am Staat selbst sich manifestiert. Die gleichen Rechte, die einst vom unmittelbaren Gewaltverhältnis emanzipierten, dienen ebensosehr einem ökonomischen System, das die Lohnarbeiter — und in der ökologisch-ökonomischen Krise alle Menschen — auf ein bloßes Mittel für die Verwertung des Kapitals reduziert. Die Intention auf Abschaffung dieses Systems ist indes kein zureichender Grund für die Legitimität von Gewalt. Nur die Gewalt ist legitim, die auch Erfolg — den der tendenziellen Herstellung von Gewaltlosigkeit — zeitigt, was vorab nicht immer eindeutig zu klären ist. Kämpfe wie die an der Startbahn-West sind — wie schmerzhaft Gummigeschosse, Tränengas u.ä. auch sind — Scheinkämpfe, von denen niemand ernsthaft behaupten kann, sie könnten ihr Ziel erreichen. Die Gewalt ist in der Tat nur Symbol, aber eines das nichts symbolisiert: ein Surrogat. Eine Linke, deren Praxis zu ,,Phantom und Matrize" (G. Anders) wird, fungiert nur als unterhaltsames Gesamtkunstwerk in der Tagesschau, wenn sie überhaupt zur Kenntnis genommen wird. Es ,,findet die objektive Tendenz der Gesellschaft mit subjektiver Rückbildung fugenlos sich zusammen. Parodistisch bringt abermals die Weltgeschichte diejenigen hervor, deren sie bedarf." (Adorno)

Im übrigen war in meinem v[illegible] O.S. zitierten Leserbrief von d[illegible] Identität ,,der Linken" nicht von der von ,,den Linken", wie falsch zitiert, die Rede. Das Kollektivsingular indiziert, daß es um die Bestimmung geht, was denn nun konstitutiver Bestandtei einer linken Position ist. Die bloße Betrachtung der individuellen Identität und deren ,,authentischem Ausdruck" macht die Selbst-Enthüllung und Glaubwürdigkeit zum Maßstab von Wahrheit und reduziert das Individuum auf die zureichenden Gründe seines Soseins. Jene Betrachtungsweise liegt mir fern, weil sie sich zur Ursache ihrer eigenen Notwendigkeit macht und die zu kritisierenden Positionen nicht mehr ernst nimmt, indem es sie auf ein Objekt von Psychopathologie reduziert. Meine ,,wie auch immer geartete Identität" interessiert den links-Leser genausowenig w[illegible] meine Art zu denken mit dem des mutmaßlichen Mörders etwas zu tun hat. Dies zu behaupten kommt einer Denunziation sehr nahe, was dem Genossen Sundt, wie ich hoffe, fernliegt und dem ich in den übrigen Punkten durchaus zustimmen kann.

Martin Blumentritt

Betr.: ,,links" Nr. 213 und Nr. 214

Gewalt und Legitimität

,,Für die Zukunft wird es nicht nur bei abgehetzten Bullen, Barrikaden, geknackten Streben und umgesägten Masten bleiben."

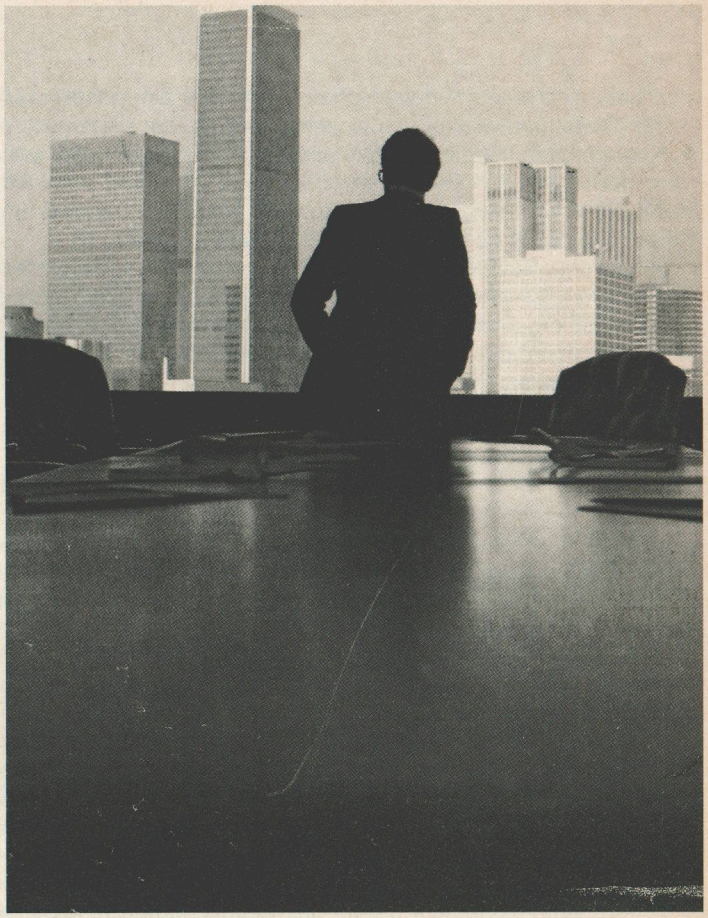
Anonymes Flugblatt zur Startbahneröffnung vom April 1984

Um eventuelle Mißverständnisse auszuschließen:

Fortsetzung S. 42

Axel Stolzenwaldt

Rheinhausen — ein Neubeginn?



Außergewöhnliches geschieht in Düsseldorf: Wilde Streiks, Blockaden, die von manchen als Nötigung angesehen werden. Da werden die Räume des Aufsichtsrats besetzt und die geheiligte Villa Hügel gestürmt. Zweimal pro Woche trifft sich das Bürgerkomitee — eine Versammlung der Bürger des Stadtteils Rheinhausen, an der regelmäßig rund 300 Personen teilnehmen —, das Aktionswochen plant und das in der Lebendigkeit der Diskussionen an die Vollversammlung während der Studentenrevolte 1968 erinnert. Und keine Gewerkschaft, die den Protest der Stahlarbeiter von Krupp lenkt und die Aktionen plant.

Begonnen hatte es, als am 27.11.87 bekannt wurde, daß entgegen den gerade erst sieben Wochen alten Vereinbarungen zwischen Betriebsrat und Konzernleitung zum Jahresende 1988 die gesamte Hütte in Rheinhausen stillgelegt werden sollte.

Seitdem ist in Rheinhausen eine soziale Bewegung entstanden, die mit den Mitteln „normaler" sozialtechnologischer Konfliktlösungsstrategien nicht mehr zu bewältigen ist. Was in Duisburg geschieht, paßt nicht in das gesellschaftlich weithin akzeptierte Bild vom gewerkschaftsabhängigen Arbeiter, der abends sein Bier und Korn trinkt und ansonsten nur für seine Tauben lebt. Die Aktionsform und das selbstbewußte Auftreten der Handelnden erinnern viel eher an die Neuen Sozialen Bewegungen, die im Rahmen ihrer Politik neue Formen des Protestes entwickelten. Die Aktivitäten sind alles andere als die bisherigen gewerkschaftlich legitimierten braven Aktionen, die kaum noch jemand ernst nimmt.

Allseitige Verwirrung

Diese überraschende Wendung in der Auseinandersetzung um die weitere Entwicklung der Stahlindustrie hat viel Verwirrung gestiftet. Linke wie Rechte sind nach wie vor weitgehend sprachlos angesichts der Ereignisse in Rheinhausen. Es fällt allen schwer, das, was in Duisburg geschieht, in die eigene Bilder von Arbeitern und deren Verhalten bei gesellschaftlichen Konflikten einzuordnen.

Zur völligen Bedeutungslosigkeit ist insbesondere die IG Metall in Rheinhausen abgesunken. Von der Heftigkeit des Protestes und dem Selbstbewußtsein der Arbeiter in Rheinhausen wohl vollkommen überrascht und verunsichert, hat sich deren Vorsitzender Steinkühler erst zwei Wochen nach Beginn der Aktionen in Rheinhausen blicken lassen. Dazu kommt, daß die IG Metall die klassischen Industriearbeiter als ihre Klientel aufgegeben hat. Sie schielt im Rahmen ihrer „Modernisierung" auf die Angestellten

und auf die „Neuen Mittelschichten". Ob dies den gesellschaftlichen Gesamtentwicklungen angemessen ist, sei dahingestellt. In Rheinhausen hat diese Politik allerdings Konsequenzen: wenn man dort nach den Gewerkschaften fragt, bekommt man meistens nur ein Achselzucken zur Antwort. Noch nicht einmal eine Kritik scheint die IG Metall den Leuten wert zu sein.

Neben dem Betriebsrat haben nur die örtlichen Kirchengemeinden reagiert: Es sind die Pfarrer in Rheinhausen, die den Protest im Stadtteil organisieren, sie sind es, die das Bürgerkomitee unterstützen und dafür sorgen, daß die Auseinandersetzungen über den betrieblichen Rahmen hinausgehen.

Rheinhausen produziert etwas Neues

Verwunderlich ist das Verhalten großer Teile der Linken: mit großer Distanz wird mal gerade so nebenbei bemerkt, daß sich da im Ruhrpott in einer Hütte Protest regt. Daß dort etwas Neues entsteht, wird kaum wahrgenommen. Dabei wäre es höchste Zeit, ohne damit gleich in peinliche Revolutionsromantik zu verfallen, die Entwicklungen in Duisburg in ihrer neuen Qualität endlich zu Kenntnis zu nehmen:

In Rheinhausen wird der Widerstand nicht von irgendwelchen Organisationen, seien es Gewerkschaften oder selbsternannte Avantgarden, gelenkt. Belegschaft, Bevölkerung und Betriebsrat sind es, die die Kämpfe führen und gemeinsam organisieren. Sie lassen sich den selbst entwickelten Widerstand zur Zeit auch von der Gewerkschaft oder den Parteien nicht aus der Hand nehmen.

Es wird auch nicht mehr nur für die rein ökonomische Absicherung durch Sozialpläne und Frührentenregelung gekämpft. Durch die Janßen-Initiativen zur Vergesellschaftung der Stahlindustrie ist deutlich geworden, daß die Frage nach der Vergesellschaftung und damit die Frage nach den Eigentumsverhältnissen in dieser Gesellschaft auf dem Tisch liegt. Dabei wird von den meisten der Betriebsangehörigen erst gar nicht in Zweifel gezogen, ob es sinnvoll sei, die Betriebe zu vergesellschaften. Was dann allerdings Vergesellschaftung heißen könnte — Verstaatlichung mit Montan-Mitbestimmung wie in der Janßen-Initiative oder der Betrieb in die Hände der Belegschaft oder irgendein anderes Modell — das ist noch unklar.

Die „klassischen" Ziele gewerkschaftlicher Politik, die Prozentpunkte bei der tariflichen Lohnerhöhung oder die Viertelstunden bei der Arbeitszeitverkürzung, sind in diesen Kämpfen nur von untergeordneter Bedeutung. Die Auseinandersetzung wird vielmehr ganz direkt darum geführt, wer in diesem Wirtschaftssystem über die Menschen und ihre Arbeit verfügen kann, wer in der Lage ist zu definieren, was und wieviel gearbeitet wird, und inwieweit es den von der Schließung der Hütte betroffenen Menschen gelingt, ihre Lebensbedingungen selbst zu bestimmen.

Dabei ist allen Beteiligten klar, daß Arbeit und Leben, Hütte und Stadtteil eng miteinander verknüpft sind und in die Auseinandersetzungen viel mehr einbezogen ist als nur der Erhalt von Arbeitsplätzen.

Lösungen für die Zukunft?

Zur Lösung dieser Probleme hat die SPD-Landesregierung schon seit längerem von der Bundesregierung Unterstützung bei der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen gefordert. Durch den Druck der Arbeiter von Rheinhausen sieht sich auch die CDU jetzt gezwungen, Investitionshilfen in dieser Richtung anzudeuten. Der Vorschlag der IG Metall, Beschäftigungsgesellschaften einzurichten , die für neue Arbeit und andere Qualifikationen der Arbeitslosen sorgen sollen, erscheint neben diesen bestenfalls mittelfristigen Lösungen der Regierungen konkreter an den Interessen der Arbeiter orientiert zu sein.

Diese Vorschläge sind allerdings nur punktuelle Hilfen. Die grundlegenden Probleme, die an dem Konflikt in Rheinhausen deutlich geworden sind und seinen Charakter bestimmen, sind damit keinesfalls gelöst: Wie weit kann die Verfügungsgewalt über ein Werk das Leben der dort arbeitenden Menschen bestimmen, und welche Einflußmöglichkeiten können sich die Arbeiter in einem solchen Konfliktfall schaffen? Daß diese Frage in nächster Zeit noch größere Bedeutung haben wird, kann man erahnen, wenn man sieht, wie schnell die Automobilindustrie auf die nächste Krise zusteuert.

Diese neuen Entwicklungen ernst zu nehmen und sich mehr damit zu beschäftigen, als nur mit wohlgefälligem Kopfnicken den Protest in Duisburg zur Kenntnis zu nehmen, ist der Linken in der BRD bis jetzt nicht gelungen.

Die hilflose Linke

Die Hilflosigkeit vieler Linker gegenüber den Kämpfen in Rheinhausen hat ihre Ursachen darin, daß man die Arbeiterbewegung, nicht ganz zu Unrecht, als Movens der Geschichte abgeschrieben hatte: die Gewerkschaften sind lammfromm und gesellschaftskonform, eine Partei in der Tradition der Arbeiterbewegung gibt es nicht mehr. Und über das mögliche Subjekt der Veränderung, „den" Arbeiter, kursieren die skurrillsten Vorstellungen: Nachdem in den 70er Jahren das Bild des mit stahlharter Faust kämpfenden Proletarierers in den Köpfen mancher Linker herumgeisterte und sich bald blamiert hatte, verbreitete sich bei ebendiesen Linken oft die Vorstellung des Arbeiters als einen gewerkschaftsgelenkten, im Grunde unpolitischen und Bildzeitung lesenden, traditionalistischen SPD-Wähler, den nur sein Urlaub auf Mallorca interessiert. Beides, romantische Überhöhung und arrogante Verachtung, passen natürlich nicht zu dem, was jetzt in Rheinhausen geschieht.

Arbeiter als politisches Subjekt waren in den Vorstellungen der Linken in den letzten Jahren kaum noch vorhanden, weil sich alle Phantasien in dieser Richtung als Illusionen herausgestellt hatten. Viele haben die Arbeiterklasse auch schon ganz verschwinden sehen und sie durch die neuen Mittelschichten ersetzt. Impulse zur Veränderung der Gesellschaft konnten scheinbar nur noch von den verschiedenen Neuen Sozialen Bewegungen kommen. Für viele Linke wurden die gesellschaftlichen Konflikte überall nur nicht mehr am Produktionsbereich ausgetragen.

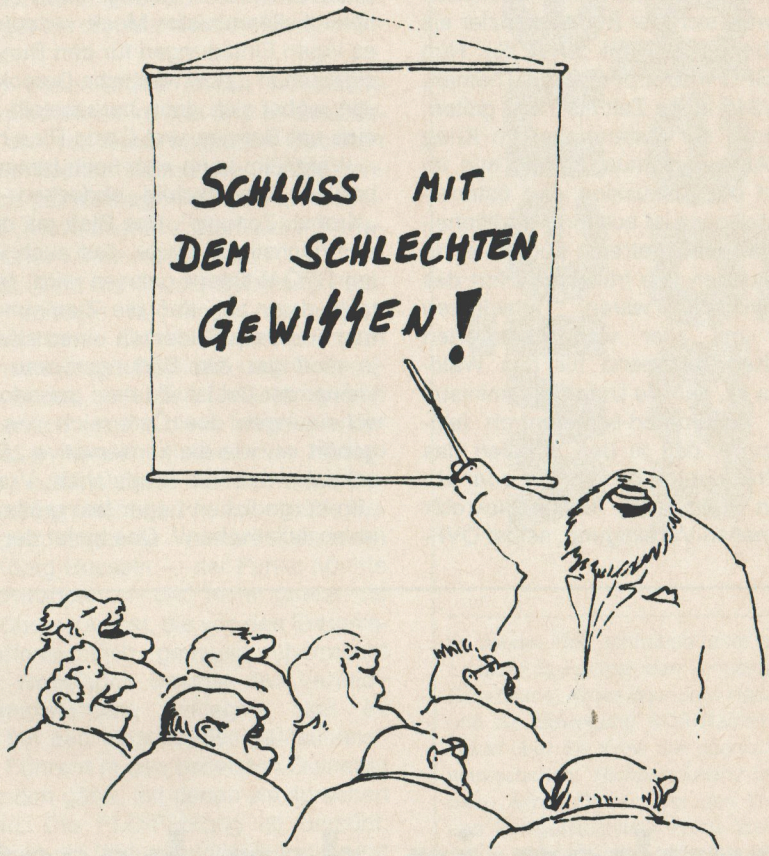
Hoffnung ohne Euphorie

Ob die Auseinandersetzungen in Rheinhausen der Neubeginn einer unabhängigen Arbeiterbewegung sein könnten, müssen die nächsten Wochen zeigen. Sicherlich ist nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte Skepsis angebracht, jegliche romantische Euphorie verbietet sich von selbst, und ob die hoffnungsvollen Ansätze in der nächsten Zeit weiter entwickelt werden können, muß sich noch erweisen. Auf alle Fälle werden die Erfahrungen von Rheinhausen von großer Bedeutung in den Auseinandersetzungen in der Automobilindustrie sein, einer Branche, die wesentlich größer als der Stahlbereich ist und bereits jetzt erkennbar in die nächste Krise steuert.

Leopold Spira

Waldheim: Zweite Phase

Die Affäre Waldheim ist in eine zweite Phase getreten. Dazu haben das internationale Echo und der Bericht der Historikerkommission, die Waldheim selbst verlangt hatte, wesentlich beigetragen. Die Kandidatur und die Wahl des Oberleutnants zum Bundespräsidenten wurde deutlich von einer konservativen Wendeoffensive begleitet, mit starken antisemitischen Tönen, die sich gegen das „Weltjudentum" richteten, mit Appellen an die „Kriegsgeneration" (1,2 Millionen Österreicher dienten in der Wehrmacht, 250.000 fanden dabei den Tod), mit der Stigmatisierung der Linken im allgemeinen und der Sozialdemokratie im besonderen als „Nestbeschmutzer" und ähnliches mehr. Die Offensive kam nicht von den offenen oder versteckten Neonazis, sondern von der Volkspartei, die gerne ein „C" im Namen führen würde, wenn das die Kirche nicht abgelehnt hätte.



Diese konservative Offensive erhielt ihren ersten Dämpfer bei der Nationalratswahl im Herbst 1986, als die Volkspartei die erhoffte Position als stärkste Partei nicht erreichte. Aber die relativ günstige Stellung der SPÖ nach dieser Wahl wurde geschwächt durch die Krise der verstaatlichten Stahlindustrie als Spätfolge der weltweiten Krise, aber auch schwerer Management-Fehler, durch Einschränkungen im sozialen Bereich (um das Budgetdefizit zu verringern) und durch eine Häufung von Skandalen, in die führende SPÖ-Politiker verwickelt sind. „Ich kann mir auch nicht erklären, was da auf uns einstürmt", klagte der SPÖ-Fraktionsführer Heinz Fischer. Erklären kann man das allerdings bei einer Partei, die jetzt achtzehn Jahre an der Spitze des Staates steht, schon.

Da die SPÖ nicht zuletzt auf Wunsch von Gewerkschaft und Unternehmerschaft (den Exponenten des „Sozialpartnerschafts"-Systems) eine Koalition mit der Volkspartei einging, mußte sie auch den Bundespräsidenten akzeptieren, was aber parteiintern wie auch staatspolitisch immer belastender wurde. Diese Belastung erreichte mit der Übergabe des Berichts der Historikerkommission am 8. Februar einen Höhepunkt. Entgegen den ursprünglichen Erwartungen von Waldheim und dem ihn deckenden Außenminister Mock stellte die Kommission keinen Persilschein aus, sondern belastete den Oberleutnant Waldheim und dessen Amnesie schwer. Dazu trug sehr entschieden Manfred Messerschmidt (Freiburg/Breisgau) bei. Der Kommissions-Bericht löste nicht nur eine kaum glaubliche internationale Reaktion aus, sondern führte auch zu einer Frontenbildung in Österreich, wie sie niemals seit 1945 bestanden hat. Die Schärfe und der Charakter der Auseinandersetzung erreichten ein Ausmaß, das der größte Teil der österreichischen Bevölkerung noch niemals erlebt hatte.

Die Verteidiger Waldheims operieren mit einem kruden Antisemitismus, um die weltweite Ablehnung des Bundespräsidenten auf „die Juden" zu reduzieren. Die

SPÖ-Führung hielt sich längere Zeit ängstlich zurück, weil sie nicht parlamentarische Neuwahlen riskieren und dem Vorwurf entgehen wollte,sie nehme ein für sie ungünstiges demokratisches Wahlergebnis nicht zur Kenntnis.

Aber eine Woche nach Übergabe des Berichts der Historiker-Kommission, der wie ein Schock wirkte, änderte sich die Atmosphäre mit einem Schlag. Bundeskanzler Vranitzky nahm im Fernsehen zum ersten Mal offensiv Stellung und kündigte an, er könne sein Amt nicht behalten, wenn die Affäre Waldheim nicht bereinigt würde. Bei nachfolgenden Meinungsbefragungen, auf wen man eher verzichten könne, erwies sich der Bundeskanzler als weitaus überlegen (11 % zu 62 %). Nun agiert die SPÖ wieder offensiver. Themen, die nach 1945 lange Zeit als Tabu galten, wie die Rolle der Österreicher im Krieg oder der Antisemitismus, stehen nun im Mittelpunkt der Diskussion. Die österreichische Intelligenz ist aus ihrer traditionellen Reserve herausgetreten und führende Provinzzeitungen (die früher ein Hort des Konservativismus waren) attackieren Waldheim mit aller wünschenswerten Schärfe. Kennzeichnend für das Waldheim-Klima ist, daß die Unterrichtsministerin (SPÖ) bekümmert-schadenfroh feststellen konnte, daß in den Schulen das Bild des Präsidenten beschmiert oder abgenommen wurde; der Generalsekretär der Industriellen-Vereinigung, selbst ÖVP-Mitglied und seinerzeitiger Wehrmachts-Offizier, meinte im Fernsehen, Waldheim sollte bei den Gedenkfeiern am 12. März ,,sitzenbleiben und zuhören'' und nicht selber reden und im Interesse der österreichischen Wirtschaft wäre es gelegen, wenn er den Hut nehmen würde. Die Obmänner der ÖVP in Salzburg und Graz legten, aus Protest gegen Waldheim, ihre Funktionen nieder oder drohten damit — aber ÖVP-Obmann Mock hält eisern zu dem Mann, mit dem sein politisches Schicksal verbunden ist. Und Waldheim kann faktisch nicht abgesetzt werden, er kann nur selber gehen. Die Absurdität der Situation wird einsichtig, wenn zum Beispiel Außenminister Mock verlauten läßt, es lägen Einladungen für den Bundespräsidenten in ,,zwei westliche Demokratien'' vor, wobei sich dann herausstellt, daß es sich um Bolivien und Costa-Rica handelt.

Waldheim kann sich noch hinter einem breiten Schutzschild abdecken — die ,,Kronen Zeitung''. Das Blatt mit der weitaus höchsten Auflage, das auch von vielen SPÖ-Wählern gelesen wird, trug und trägt dazu bei, daß die Zustimmung für den Bundespräsidenten umso stärker ist, je niedriger das Bildungsniveau und je kleiner der Ort ist. Zu den ,,paradoxen Erscheinungen des Österreich von 1988'' gehört es, wie die konservative ,,Presse'' schrieb, daß die Popularität Vranitzkys ,,im bürgerlichen Lager fast größer ist als im sozialistischen''. Das bietet der Sozialdemokratie Möglichkeiten, die sie bisher nie hatte (zu den besten Zeiten Kreiskys war die Lage allerdings ähnlich), bringt aber auch die Gefahr mit sich, daß sie noch weiter nach rechts abdriftet.

Für Linke akzentuiert sich ein Problem, das nicht ganz neu ist. Die soziale Struktur der aktiven Verfechter progressiver Ideen hat sich verändert. Das hängt natürlich mit den allgemeinen Strukturveränderungen zusammen, aber auch damit, daß die Themen, die im Vordergrund stehen, zwar nur im Zusammenhang mit den generellen gesellschaftlichen Bedingungen verstanden werden können, aber nicht den Charakter von Klassenauseinandersetzungen haben. Die Wahl Waldheims und die sie begleitenden und ihr nachfolgenden Auseinandersetzungen haben für die Linken die alte Erfahrung unterstrichen, daß ohne Demokratisierung und Liberalisierung der öffentlichen Meinung sozialistische Ide[illegible] keine Chance haben, ,,die Massen zu erfassen''.

Vieles ist in Österreich in Fluß gekommen — aber in einem Gebirgsland ist der Lauf der Flüsse nicht immer genau vorherzusagen. Da gibt es auch viel Geröll, das mitgerissen wird oder den Weg versperrt. Die Gedenkveranstaltungen anläßlich des 50. Jahrestags des ,,Anschluß'' werden jedenfalls nicht so diplomatisch glatt und staatsmännisch ablaufen, wie sie geplant waren.

Mohssen Massarrat

Unruhen in den besetzten Gebieten

Krise des Arabischen Nationalismus und Aufschwung des Islamischen Fundamentalismus im Nahen Osten

,,PLO — Israel no'' riefen palästinensische Jugendliche im israelisch besetzten Gazastreifen den westlichen Reportern zu. Zur Überraschung derselben fügten sie ihrer PLO-freundlichen Parole den Satz hinzu: ,,La elah'a el-la-lah, Mohammadan rassoulollah'' (Es gibt nur einen Gott und sein Prophet ist Mohammed). Was mag sich nun hinter dieser Parolen-Mixtur verbergen, die sich widersprechen, in letzter Konsequenz sogar ausschließen? Denn die islamischen Fundamentalisten streben einen Gottesstaat an, die PLO hat den laizistischen Staat auf ihre Fahnen geschrieben, in dem der Staat von den drei in Palästina beheimateten Religionen: Islam, Judentum und Christentum, fein säuberlich getrennt sein soll. Die PLO-Führung ist in keiner Weise religiös, ihr gehören gar Atheisten an wie der gebürtige Christ und Kinderarzt George Habbash.

Deuten nun die islamisch-laizistischen Sprüche, mit denen die jungen Palästinenser in Gaza, in Nablos und in Ost-Jerusalem durch die Straßen ziehen und die israelische Besatzungsmacht gänzlich verunsichern, auf ein stilles Bündnis zwischen den islamischen Fundamentalisten und den traditionellen PLO-Anhängern hin? Bekennen sich die für Allah kämpfenden und auch opferbereiten Palästinenser nur aus taktischen Gründen auch zur PLO, um vorerst die Einheit gegen die Besatzungsmacht nicht aufs Spiel zu setzen? Für die eine oder andere Version mag es gute Gründe geben. Fest steht jedoch, daß der ,,Islamische Fundamentalismus'' auch in Palästina seinen Einzug genommen hat. Ein Hauch des schiitischen

Märtyrerkults weht über den besetzten Gebieten (die Palästinenser sind sunnitische Moslems), und diese Kultur prägt zunehmend die Motive der nach dem verlorenen Sechs-Tage-Krieg 1967 geborenen Palästinenserkinder. Kampfbilder in den Straßen und Interviews mit ihnen beweisen dies.

Für die Neuorientierung der jungen Generation und die Besinnung auf den radikalen Islam gibt es wahrhaft gute Gründe. Die Palästinenser sind der leeren Versprechungen und verbalradikalen Töne ihrer arabischen Bruderstaaten schon längst überdrüssig geworden. Vielmehr müssen sie immer deutlicher erkennen, daß die arabischen Bruderstaaten und der ,,Arabische Nationalismus'' ihnen außer Niederlagen, Enttäuschungen, Leid und, wie die Spötter sagen, Petro-Dollars an ihre ebenso unglückselige Führung nichts eingebracht hat: 1967 verlieren im Sechs-Tage-Krieg die führenden arabischen Länder Ägypten, Syrien und Jordanien an Israel wichtige Territorien, insbesondere die heute von Israel besetzten Gebiete: der Gazastreifen, die Westbank und Ost-Jerusalem. Im ,,schwarzen September'' 1970 zwingen die Soldaten König Husseins in einem blutigen Kampf die PLO, ihr Hauptquartier in Jordanien zu verlassen und in den Libanon zu ziehen. Zahlreiche Palästinenser in den Flüchtlingslagern kamen dabei um. Andere arabische Staaten, auch die radikalsten Verfechter des Arabischen Nationalismus und der palästinensischen Sache, wie die irakische Baath-Partei, ließen grausame Massaker der Beduinensoldaten von König Hussein in den palästinensischen Flüchtlingslagern in Jordanien zu und glänzten durch Zurückhaltung. Der ,,Arabische Nationalismus'' als die wichtigste ideologische Triebkraft zur Befreiung Palästinas ist nicht nur gescheitert. Vielmehr hat es sich herausgestellt, daß die Palästinenser und ihr Anliegen in Wahrheit zur bloßen Manövriermasse in innerarabischen bzw. innenpolitischen Auseinandersetzungen und Rivalitäten um Macht und Führungsanspruch geworden sind. Der ,,Arabische Nationalismus'' als Befreiungsideologie hat sich in den Augen der Palästinenser ebenso als Phrase entpuppt wie das eher taktische Bekenntnis der PLO, das palästinensische Volk sei ein Bestandteil der arabischen Nation. Mit diesem Bekenntnis hat sich die PLO-Führung in die totale finanzielle Abhängigkeit von konservativen arabischen Ölstaaten begeben und in dem Maße sich auch von ihrer Basis entfernt. Nicht ohne Grund werden sie von der für Allah kämpfenden Jugend als ,,Cadillac-Revolutionäre'' verspottet.

Im Gegensatz zum ,,Arabischen Nationalismus'' scheint heute der ,,Islamische Fundamentalismus'' bei den Palästinensern als neue Befreiungsideologie mehr Erfolg zu versprechen, wie der Nationalismus in der islamischen Welt insgesamt seine Funktion bei den von einer tiefen Identitätskrise geplagten Völkern in der Region an den ,,Islamischen Fundamentalismus'' oder richtiger den ,,Islamismus'' abtritt. Dieser hat nicht nur im Iran die westlich orientierte Schah-Diktatur aus dem Lande gejagt, sondern strebt mit ungebrochener Hartnäckigkeit das Vertreiben des ,,gottlosen Regimes'' von Saddam Hussein vom ,,Islamischen Boden'' an und zeigt dem ,,großen Satan'' USA im Persischen Golf seine Zähne. Auch die israelische Besatzungsmacht zog sich aus dem Südlibanon 1983 zurück, nicht zuletzt aus Angst vor den islamischen Fundamentalisten.

Nicht ohne Grund finden schiitische Fundamentalisten im Iran und im Südlibanon in den von Israel besetzten Gebieten ihre sunnitischen Nachahmer. Diese nennen sich ,,El-Mustaghelin'' (die Unabhängigen), ,,Revolutionäre Islamische Bewegung'' oder ,,Sunnitische Hisb Allah''. Sie kämpfen nicht nur für die Befreiung Palästinas, sondern für einen islamischen Staat im Nahen Osten. Die anhaltenden Demonstrationen, Boykotts und Generalstreiks in den besetzten Gebieten gehen nachweislich auf die Initiative der ,,Djehad-e Islami'' (Islamische Heilige Krieger) zurück. Diese Widerstandsaktionen scheinen nicht nur die israelische Regierung in Angst zu versetzen, sondern auch König Hussein — der Funke könnte überschwappen — und nicht zuletzt die PLO-Führung selbst, die von den Ereignissen offensichtlich genauso überrascht wurde. Israelische Beamte des Verteidigungsministeriums beklagen, daß es selbst bei den traditionellen palästinensischen Führern in den besetzten Gebieten niemanden gäbe, mit denen sie sprechen könnten. Die PLO-Führung ist bemüht, sich durch die Bildung einer Exilregierung oder ähnliche Aktivitäten an die Spitze des Widerstandes zu setzen.

Die neuerliche Bereitschaft von Jassir Arafat in einem Interview am 15. Januar dieses Jahres, die von ihm bisher strikt abgelehnten UN-Resolutionen 242 und 338 anzuerkennen (in beiden Resolutionen wird vom Palästina-Problem als von nur einem Flüchtlingsproblem gesprochen), deutet auf die spürbare Verunsicherung der PLO-Führung hin. Ob es ihr gelingt, die Zügel wieder in die Hand zu bekommen, und ob es der israelischen Regierung gelingt, die Unruhen einzudämmen, bevor sie in einen allgemeinen Aufruhr übergehen, bleibt abzuwarten. Der Hintergrund der Ereignisse ist und bleibt auch in absehbarer Zeit die tiefe Krise des ,,Arabischen Nationalismus'' und der Vormarsch des ,,Islamismus''.

wiener tagebuch

Zeitschrift für Kultur und Politik. links & unabhängig.

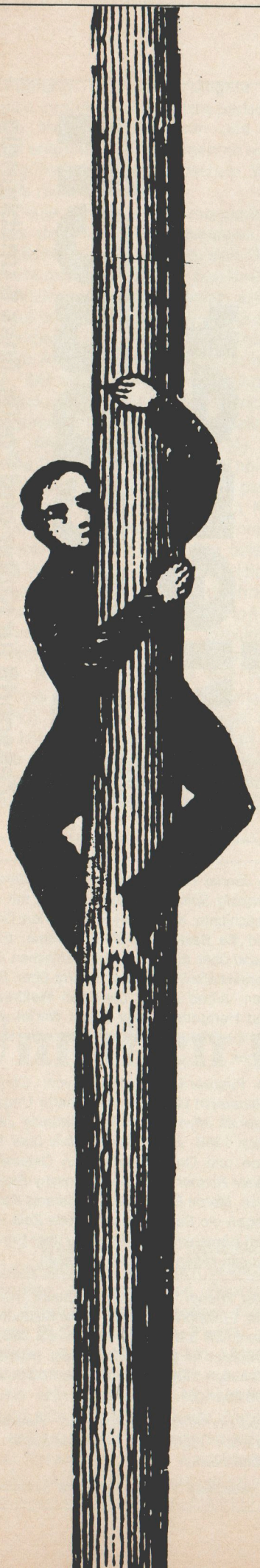
Im Jänner-Heft schreiben unter anderem: *Leopold Spira* über den Umgang mit der Geschichte. *Krista Weyl* über Harlem Désir und die Bewegung SOS-Racisme. *Erich Hackl* über die Krise der spanischen Gewerkschaften. *Richard Swartz* über Serbien. *Alfred Pfoser* über den Weltfreund und Herrgottschnitzer Franz Werfel. *Karl Markus Gauß* über Attila Józsefs letzte Jahre.

Im Februar-Heft Beiträge von: *Christof Reinprecht* über das krisenhafte Ungarn. *Zdeněk Mlynář* über Prag zwanzig Jahre nach 1968. *Hans-Heinz Fabris* über Medien und Große Koalition in Österreich. *Peter Rosner* über eine Vranitzky-Biographie. *Meron Benvenisti* über Israels Kampf gegen die Palästinenser. *Emile Zola* über den Börsenkrach. *Primo Levi* über Erinnerungen italienischer KZ-Insassen.

Das Wiener Tagebuch erscheint monatlich. Einzelpreis: öS 40,—, Jahresabonnement: öS 320,— (Studenten: öS 200,—). Erhältlich im guten Buchhandel. (Ausland: öS 400,—/DM 55,—; Studenten: öS 250,—/DM 35,—.)

Abonnementbestellungen an: Redaktion Wiener Tagebuch, Belvederegasse 10, 1040 Wien.

Kostenlose Probeexemplare anfordern!



J. Freund

„Verwerflich wie eine Gotteslästerung?“

Als Anfang Februar ein Pfarrer in der DDR-Provinz das berühmte Rosa Luxemburg-Zitat: „Freiheit ist immer nur Freiheit des Andersdenkenden“ in sein Fenster hängte, bedeutete ihm kurz darauf die Polizei: „Dieser Satz steht derzeit nicht zur Verfügung“.

Woher kommt seine Aktualität und Sprengkraft? Im letzten Halbjahr haben die im Umfeld der Evangelischen Kirche tätigen Friedens-, Ökologie- und Menschenrechtsgruppen trotz und gerade wegen den wiederholten staatlichen Eingriffen immer mehr Unterstützung erhalten. Seit Sommer 1986 war mit der Umweltbibliothek an der Ostberliner Zionskirche ein Zentrum entstanden, in dem Informationen ausgetauscht werden konnten. Es entstanden immer neue hektrographierte Zeitschriften, so daß die vereinzelten alternativen Gruppen voneinander Kenntnis erhielten und sich mit ihren oft gegensätzlichen Vorstellungen auseinandersetzten. Obwohl die Kirchenleitung sehr zurückhaltend reagierte, fand im Juni 1987 der „Kirchentag von unten“ statt. Anfang September beteiligten sich die Friedensgruppen mit eigenen Parolen am Olaf-Palme-Marsch und Honecker begrüßte diese Initiative in einem Gespräch mit den Grünen anläßlich seines BRD Besuches. In den Gruppen begann sich die Hoffnung auszubreiten, daß nun auch in der DDR Glasnost möglich wäre. Doch Ende September begann wieder die systematische Observierung der bekannten Gruppensprecher, vor der Umweltbibliothek wurden die Personalausweise kontrolliert.

In der Nacht zum 25. November wurde auch klar warum: die Staatssicherheit durchsuchte die Umweltbibliothek und nahm einige Mitarbeiter fest. In den DDR-Zeitungen konnte man gleich darauf lesen, sie seien „auf frischer Tat bei der Herstellung staatsfeindlicher Schriften ertappt worden“. Diese Behauptung war aber nicht zu belegen, weil in jener Nacht die „Umweltblätter“ gedruckt wurden, die sich auf ökologische Probleme konzentrieren und den amtlichen Stempel der Kirche tragen. Vermutlich hatte die Stasi den Druck einer der stärker politisch ausgerichteten Untergrundzeitschriften aufdecken wollen, um die Kirchenleitung zur Distanzierung von diesem Umfeld zu veranlassen. Nun ging die Rechnung nicht auf: die Kirchenleitung beschwerte sich über den Eingriff in ihre Angelegenheiten und verlangte die Rückgabe der beschlagnahmten Vervielfältigungsgeräte. Zur Unterstützung der Verhafteten — inzwischen waren auch in Dresden und Rostock Leute eingefahren — fanden in den Kirchen Mahnwachen statt, zu denen immer mehr Leute kamen. Die Verhafteten wurden freigelassen und Anfang Februar sogar die Einstellung der Ermittlungsverfahren bekanntgegeben.

In den alternativen Gruppen begann sich wieder Euphorie breitzumachen, die nächsten Aktionen wurden geplant. Honeckers Spruch vor den SED-Kreissekretären vom 14. Januar: „Ausübung der Menschenrechte heißt bei uns Mitgestaltung am Sozialismus“ wurde von diesen dahingehend interpretiert, daß eine Teilnahme bei der Ehrung für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht auch freiwilligen Demonstranten zugebilligt werde. Von denjenigen, die mit eigenen Parolen ihre Vorstellung vom DDR-Sozialismus kundtun wollten, kamen jedoch nur wenige am Demonstrationsort an. Die Polizei wartete schon vor der Haustür und verfügte Hausarrest. So bestand die Gruppe der etwa 200 freiwilligen Demonstranten hauptsächlich aus Mitgliedern der „Staatsbürgerschaft-AG“. Diese Gruppe, die sich ursprünglich mit verschiedenen juristischen Problemen (auch Arbeits- und Familienrecht) vertraut machen wollte, hatte in den letzten Monaten vor allem Ausreisewillige angezogen. Von den über fünfzig bei der Demonstration Festgenommenen, wurden die meisten samt Familien schon nach etwa einer Woche in Richtung Gießen abgeschoben. Es schien nur noch eine Frage der Zeit, wann auch jene entlassen würden, die keinen Ausreiseantrag gestellt hatten.

Doch die Stasi hatte anderes im Sinn: in den Morgenstunden des 25. Januar wurden auch jene verhaftet, die an der Demonstration nicht teilnehmen konnten. So-

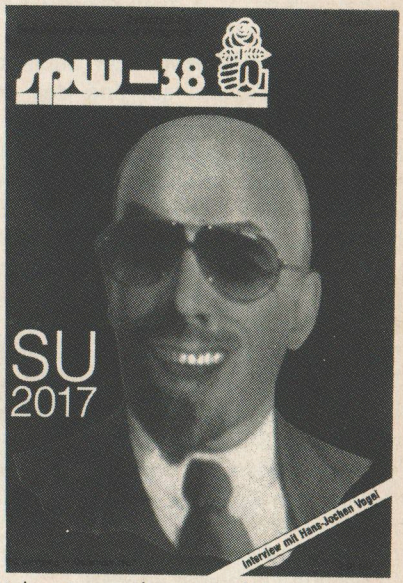
fort erschienen Vorverurteilungen im „Neues Deutschland", in denen von „Elementen, die die demokratische Ordnung zu stören versuchen" die Rede war. Das DKP-Organ „Unsere Zeit" lieferte das nächste Stichwort: Steuerung aus West-Berlin, also „landesverräterische Beziehungen". Die Ermittlungen konzentrierten sich insbesondere auf die Gruppe „Frieden und Menschenrechte", die seit eineinhalb Jahren die Zeitschrift „Grenzfall" herausgibt. In diesem Monatsblatt mit einer Auflage von ca. 900 Exemplaren wurde besonders eingehend über den Fortgang der Reformen in der Sowjetunion berichtet (z.B. Entlassung korrupter Richter und Polizisten), über Friedens- und Ökologieaktionen osteuropäischer Dissidenten und nicht zuletzt über Mißstände in der DDR. Besonders verärgert haben dürfte die Obrigkeit ein Brief an Gorbatschow, der während seines DDR-Besuches im Mai in der Sowjetischen Botschaft sogar angenommen worden war. Im „Grenzfall" 6 konnte man nachlesen: „Verehrter Michail Sergejewitsch, Ihre Politik der Umgestaltung findet bei unserer Bevölkerung deshalb so große Resonanz, weil die von ihnen benannten Probleme uns nur allzugut bekannt sind. Die Reaktion des Machtapparates in der DDR ist hingegen eher von Mißtrauen und Ablehnung gekennzeichnet. Er unterstützt die gleichen Kräfte, die in der UdSSR die Erneuerung behindern und sabotieren. (. . .)"

Auch in den alternativen Gruppen der DDR war dieser Brief nicht von allen begrüßt worden. So schrieb etwa ein Mitglied der Ostberliner „Gegenstimmen" an den „Grenzfall": „Im Brief an Gorbatschow wird der Machtapparat der DDR denunziert, er vollziehe die sowjetische neue Entwicklung nicht nach. Insofern lese ich aus dem Brief die Bitte zu den Adressaten aus, sich doch kräftig ins hiesige Leben einzumischen. . . Ich beharre romantisch darauf, nicht in einer Kolonie zu leben, statt klassisch, wie Goethe vor Napoleon mich vor Michail Sergejewitsch zu verneigen. . ."

Angesichts der Verhaftung der Mitglieder von „Frieden und Menschenrechte" wurden die Differenzen zwischen den Gruppen unerheblich, einen Rückfall in die Polizeistaatsmethoden wollte niemand hinnehmen. Da die ersten Urteile wegen „Zusammenrottung" der freiwilligen Demonstranten gerade Mitarbeiter der „Kirche von unten" und der Umweltbibliothek trafen, stellte die Kirchenleitung ihre Räume für Solidaritätsveranstaltung zur Verfügung, auch wenn sie sich von der Aktion distanzierte. Von der wachsenden Unterstützung in Ost und West erfuhren die Verhafteten von den kirchlichen Anwälten nichts. Ihnen wurde ein Professoren-Gutachten über den zersetzenden Charakter des „Grenzfall" vorgelegt, das bei dem Prozeß eine möglichst hohe Strafe legitimieren sollte. Angesichts dieser Perspektive (und der Drohung mit Heimaufenthalt für ihre Kinder) stimmten die meisten der Verhafteten einer Abschiebung in die BRD — teils mit DDR-Paß — zu.

Man kann diesen Ausgang als Teilerfolg betrachten, denn wenigstens einigen Mitgliedern von „Frieden und Menschenrechte" wurde die Rückkehr in die DDR nach einem halben Jahr in Aussicht gestellt. Liest man die DDR-Presse, so kann man daran zweifeln, ob das Angebot ernst gemeint ist. Formulierungen wie die des Präsidenten des P.E.N.-Zentrums der DDR, Heinz Kamnitzer, im „Neuen Deutschland": „Ebensowenig kann man uns zumuten, sich damit abzufinden, wenn jemand des Gedenken an Rose Luxemburg und Karl Liebknecht absichtlich stört und schändet", sind keine Ausnahme. Andersdenkende werden weiterhin als Zumutung betrachtet — besonders wenn sie sich wie die Mitglieder von „Frieden und Menschenrechte" als LInke begreifen und das kundtun.

Es wird auch von unserer Unterstützung abhängen, ob die Mitglieder aus den alternativen Gruppen in der DDR ihren langen Atem beibehalten oder Stück für Stück resignieren und sich mit den Abschiebungen abfinden. Wir sollten darauf pochen, daß der Dialog, der im SPD/SED-Papier beschworen wird, nicht nur zwischen den Staatskräften stattfindet. Nur so läßt sich verhindern, daß Robert Havemann mit seiner skeptischen Einschätzung des Helsinki-Abkommens in einem Gespräch mit Jürgen Fuchs recht behält: „Wenn es für die gut läuft, werden wir versuchsweise fertig gemacht, wirst sehen".

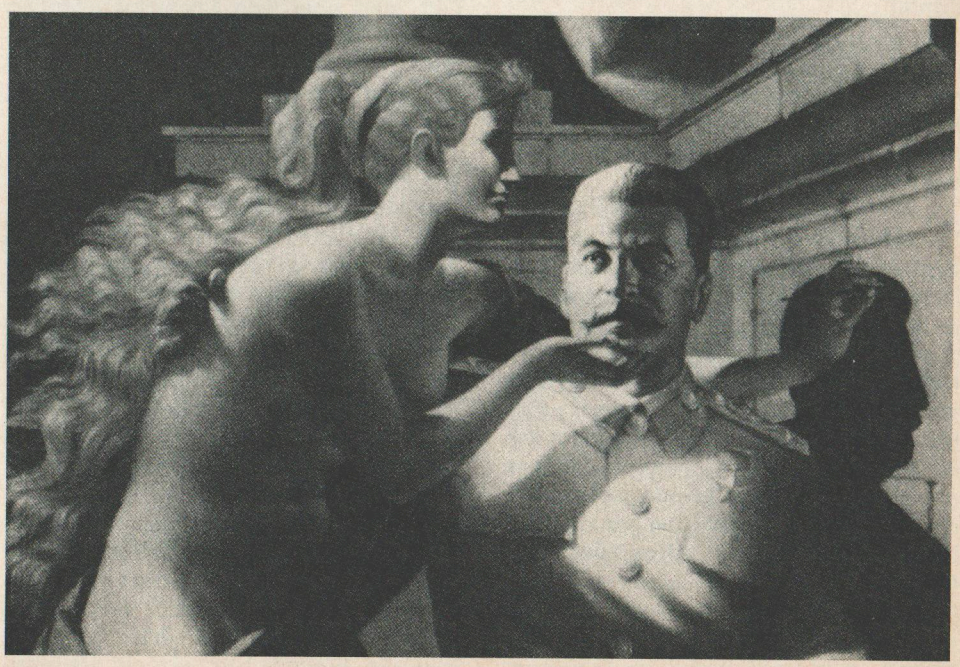


Diskussionsschwerpunkt:
Sowjetunion 2017

Monty Johnstone: Demokratisierung der Sowjetunion.
Detlev Albers
Gorbatschow als »philosophische Tatsache«
Josef Hindels: Die Sowjetgesellschaft 70 Jahre nach der Oktoberrevolution
* * *
Interview mit *Hans-Jochen Vogel:*
».. den gegenwärtigen Zustand verändern zu wollen, ist ein Stück sozialdemokratischer Identität«
Volker Böge: Bundesrepublik—Frankreich Militärkumpanei statt Völkerfreundschaft

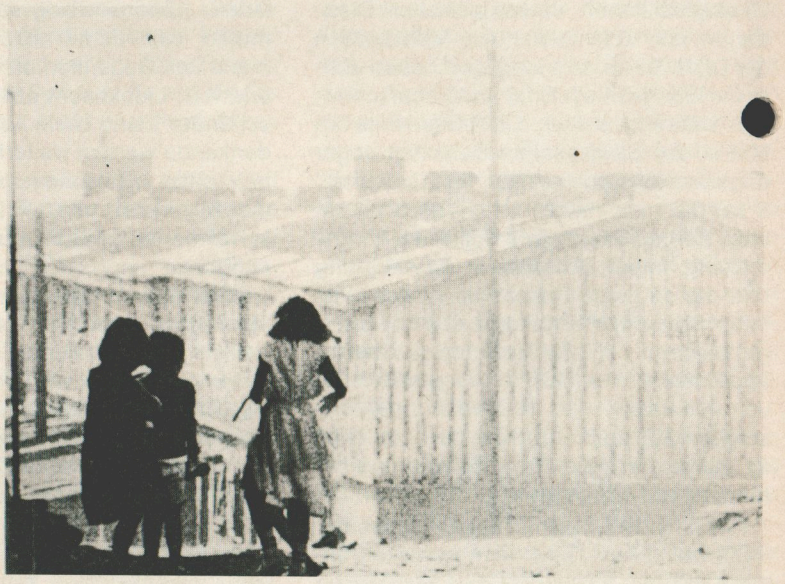
Einzelpreis: 9,50 DM / 9,- sfr / 70 ÖS — Jahresabo 1988 (6 Hefte à 96 Seiten): DM 45,- zzgl. Versand

spw-Vertrieb: Tegeler Straße 6
D-1000 Berlin 65 · Telefon: 030 / 461 70 83



Samuel Schneelicht

Chile: Wahlen in einem verhökerten Land



Pinochet spielt auf Zeit. Fuchsschlau und taktisch gut, wie er es in der Militärakademie gelernt hat. Er hat Wahlen ausgerufen und gibt sich als Demokrat. Den Armen spendiert er aus der Staatskasse ein paar tausend Häuschen mitsamt einem Foto von ihm selbst — in Zivil. Die für Ende 1988 geplanten Wahlen lassen nur ein Ja oder Nein zu einem von der Junta bestimmten Kandidaten zu, und das wird wohl Pinochet selbst sein.

So wenig dies mit Demokratie zu tun hat, stellt es doch die Opposition vor ein Dilemma. Ruft sie ihre Anhänger zum Einschreiben in die Wählerlisten auf, spielt sie das Spiel der Diktatur mit, ruft sie zum Boykott auf, verpaßt sie eine Chance, den Tyrannen loszuwerden, den sie seit 15 Jahren anders nicht von der Macht kriegt. Was immer die Oppositionsparteien tun, sie tragen ihre eigenen Schwächen und Spaltungen nach außen und lassen sich ihre Diskussionen von der Diktatur vorgeben. Die Ankündigung der Volksabstimmung hat gezeigt, daß Christdemokraten und linke Parteien keine reale Alternative zum Militärstaat bieten können.

Daß Pinochet auf eine wie prekär auch immer zustandekommende Stimmenmehrheit spekulieren kann, hängt mit der Hoffnungslosigkeit und Entpolitisierung vieler Chilenen zusammen. Ein gutes Drittel der Bevölkerung ist wirtschaftlich und politisch marginalisiert. Für einen Elendsviertelbewohner bedeuten die Gebühren zum Einschreiben in die Wählerlisten ein paar Tage Hunger mehr. Pinochet kann zudem wirtschaftliche Erfolge in die Waagschale werfen. Chile ist Musterschuldner und kriegt Weltbankkredite, wenn es sie braucht. Im Dezember 1987 hat die Bundesregierung einem Weltbankkredit von 250 Millionen Dollar zugestimmt.

Chile senkt seine Auslandsschulden von früher 24 Milliarden Dollar, eine Ausnahme in Lateinamerika. Der Staat spart dadurch Zinsen. Diese Ersparnis geht, wie in Chile gemunkelt wird, in Pinochets Wahlkampf.

Land mit Blick aufs Meer zu verkaufen! Der Mechanismus ist grob gesagt so: Ausländische Unternehmen kaufen bei ausländischen Gläubigerbanken Schuldscheine auf die chilenische Auslandsschuld zum Marktwert, der etwa 40 % unter dem Nennwert liegt und verkaufen sie bei günstigen Wechselkursbedingungen zum Nennwert — also zu 100 % — an den chilenischen Staat, der ihnen die Auflage macht, das Geld in Chile zu investieren, mit nach Tabelle gestaffelten Steuervorteilen gegenüber einheimischen Investoren. Meist werden keine neuen Investitionen getätigt, sondern bestehende Betriebe aufgekauft. 2,5 Milliarden Dollar sind bei diesem ,,dept equity swap" bis November 1987 bereits konvertiert worden. Weitere zwei Milliarden sollen folgen. Diese Wirtschaftspolitik gibt Pinochet ein paar Jahre Luft, stellt aber jede Nachfolgeregierung vor das Problem, daß die Schlüsselbereiche der chilenischen Wirtschaft wie Bergbau und Fernmeldewesen in der Hand ausländischer Unternehmen sein werden.

Pinochet selbst hat mit einer ganz anderen Hypothek zu kämpfen. In Chile herrscht offene, häßliche Repression. Seit dem Militärputsch dürfte kaum ein Tag vergangen sein, an dem nicht gefoltert wurde. Neuerdings verschwinden wieder Gefangene im Untergrundapparat der Geheimdienste. Mehr als zehn Jahre lang hatte es dieses ,,Verschwindenlassen" durch eine Übereinkunft zwischen katholischer Kirche und Diktatur nicht mehr gegeben. Und da ist der neuerliche Skandal um die von Deutschen bewohnte Siedlung colonia dignidad, durch den die dunkelsten Zeiten des Terrors des inzwischen umbenannten Geheimdienstes DINA zur Gegenwart werden. Am 22.2. fand in Bonn eine Anhörung zu diesem Thema statt, zu der alte Freunde der colonia dignidad erst abgesagt und dann auf Bitten des CDU-Ausschußvorsitzenden wieder zugesagt haben. Geißlers Menschenrechtskampagne hat Zulauf von ganz rechts bekommen, als der Strauß-Intimus Prof. Lothar Bossle (Würzburg) und der Münchner CSU-Stadtrat Wolfgang Vogelsang öffentlich die Front wechseln.

Georg Packmohr, ein geflohenes Mitglied der Siedlung, berichtete bei der Anhörung, daß dort Maschinenpistolen hergestellt werden und daß etwa 50 männliche Bewohner damit bewaffnet sind. 50 MPs sind eine viel zu kleine Serie, um die Produktion überhaupt zu beginnen. Es muß in der colonia dignidad eine Waffenfabrik geben. Die Frage, woher ihre Technik kommt und wen sie beliefert, zeigt die Umrisse des zukünftigen Skandals um die Siedlung und ihre Helfer in der BRD. Die Verquickung von Repression und schwarzen Geschäften macht die Lösung, die dem Auswärtigen Amt vorschwebt — Auslieferung des Sektenchefs Paul Schäfer, Reinigung der colonia dignidad bei Ausklammerung der Folterungen an Chilenen — unmöglich.

Joachim Hirsch

Volkszählung: Das vertrackte Verhältnis von symbolischer und realer Politik

„Viel Feind, viel Ehr", könnte man meinen angesichts der Verbissenheit, mit der haufenweise Volkszählungsgegner zu Staatsfeinden erklärt und in die entsprechenden Dateien eingespeist werden. Und mit der Ehrbarkeit dieses Staates und seiner Politiker ist es in diesen skandalgeschwängerten Zeiten nun in der Tat schlecht bestellt. Etwas Abhilfe täte da schon gut. Indessen geht es doch um mehr. Aber um was eigentlich? Die Volkszählung ist, nachdem inzwischen wohl keiner mehr ernsthaft an ihren technischen Nutzen glauben kann, endgültig zu einem Symbol geworden, zum abstrakten Zeichen der Fähigkeit des Staates, für die Durchsetzung auch der irrwitzigsten Projekte Gehorsam zu finden.

Niemand konnte ernsthaft annehmen, die Volkszählung für sich genommen sei übermäßig gefährlich. Sie ist einfach nur überflüssig. Aber sie steht eben als greif- und angreifbares und durchaus materielles Symbol für den Ausbau des Sicherheits- und Überwachungsstaates. Und dieser nimmt nun wirklich immer dramatischre Formen an. Gerade der Volkszählungsboykott hat erneut an den Tag gebracht, daß es nicht allein um die Perfektionierung eines rechtsstaatlich mehr als bedenklich gesetzlichen Regelungswerks in Form der Sicherheitsgesetze geht, sondern vielleicht mehr noch um die alltäglichen Gesetzesverstöße, -umgehungen und Mißbräuche der Behörden. Die illegale Speicherung harmloser Nummernabschneider in Terroristendateien ist nur der brisanteste Teil einer Unzahl größerer und kleinerer administrativer Rechtsverstöße und Kompetenzüberschreitungen. Gerade an der Praxis der Volkszählung und am Umgang mit seinen Gegnern läßt sich zeigen, wie sehr „Datenschutz" hierzulande umso mehr zur Schimäre wird, je mehr er zum Thema politischer Sonntagsreden avanciert.

Schon weil er dies deutlich gemacht hat, war der Widerstand gegen die Volkszählung erfolgreich. Ob er wirklich entscheidend dazu beigetragen hat, sie zum Scheitern zu bringen, mag dahingestellt bleiben. Dies geht möglicherweise mehr auf das Konto unwilliger Zähler und der Ungezählten, die deshalb falsche Angaben gemacht haben, weil sie sich von Finanz- und sonstigen Ämtern nicht in die Karten schauen lassen wollten. Immerhin hat die öffentliche Diskussion um die Volkszählung und die Dimension der Verdatungsmanie dieses nun wirklich massenhafte Verhalten mit Sicherheit verstärkt.

Gleichwohl bleibt das eigentliche Politische an der Volkszählung und dem Widerstand dagegen ihre Symbolik. Daß die herrschenden Politiker dies viel besser erkannt haben als viele Linke, obwohl in deren Kreisen politische Symbole gerade Hochkonjunktur haben, überrascht etwas. Diejenigen, die sich mittels des sogenannten „weichen Boykotts" aus der Zwickmühle zwischen Staatsgehorsam und Widerstand herausgewunden haben, konnten dies wohl nicht so recht begreifen. Dabei ist das finanzielle Risiko über die Dimension mäßiger Anwaltshonorare oder Bußgelder niemals hinausgegangen. Den „sanften Boykott", d.h. das unvollständige oder falsche Ausfüllen der Fragebogen haben die vielen kleinen Steuerbetrüger oder sonst Widerspenstigen jedenfalls besser und wirksamer zustandegebracht.

Der Volkszählungsboykott hat das Schicksal, das „Bewegungen" nun mal so haben. Die Sache zieht sich nicht enden wollend dahin, Tausende von Beamten und Richtern befinden sich in einem administrativen und justiziellen Kleinkrieg mit einer Handvoll nach wie vor entschlossener Boykotteure, einigen Verwaltungsgerichten droht der Infarkt und die Staatsfeindejäger haben alle Hände voll zu tun. Das politische Interesse liegt freilich längst wieder woanders, bei Atommüllskandalen oder dem Dauerbrenner innergrüner Querelen. In der linken Öffentlichkeit ist der „VOBO" abgehakt, seine Folgenbearbeitung wurde zur Angelegenheit einiger „Betroffener" und kleiner Grüppchen. Es gibt, zumindest in einigen „Bewegungs"-Zentren, durchaus organisierte juristische und finanzielle Unterstützung, aber höchst isoliert und quasi privatisiert. Um „Überlegensfragen der Menschheit ist es beim Volkszählungsboykott gewiß nie gegangen, aber desto mehr um Politik, um staatsbürgerliche und demokratische Rechte, um die Begrenzung der Staatsmacht, also um die politische Kultur", von der die linken Feuilletons geradezu überquellen.

Was den realen Stand der Auseinandersetzungen angeht, ist die Lage eher unübersichtlich. Manche statistischen Ämter und Kommunen scheinen dazu zu neigen, die ganze Angelegenheit unauffällig zum Ende zu bringen, schon weil der erwartbare Ertrag minimal ist und die Kosten mittlerweile ins Immense steigen. Andere sind offenkundig entschlossen, bis zum äußersten zu gehen und drohen zum Teil happige Zwangsgelder an. Für sie und auch viele Gerichte weht von den politischen Scharfmachern her ein umso nachdrücklicherer Rückenwind, je mehr die öffentliche Auseinandersetzung abflaut und die politischen Aufmerksamkeiten sich wenden. Davon, daß die „neuen sozialen Bewegungen" in der Krise sind, wird derzeit wieder viel geredet. Woher dies kommt, darüber aber schweigt im allgemeinen der interessierten Beobachter Höflichkeit.

Links-Liberal-Literarische Buchhandlung,
Jahresumsatz 270.000 DM, im Rhein-Main-Gebiet, wg. persönlicher Notlage sofort **günstig zu verkaufen.**
☎ 069/88 50 06

ERMUTIGUNG

»Zweifellos ist die *Kommune* derzeit die lebendigste Monatszeitschrift der Linken, ein Blatt, das den Grünen kritisch nahesteht. Sie mit dem heruntergekommenen *konkret* auch nur zu vergleichen, wäre eine Beleidigung. Hier wird, auf theoretischem Niveau, nachgedacht über die Situation in Polen, Ungarn, der Sowjetunion, über ökologische Fragen, vor allem über die Dritte Welt. Hauptthema aber ist, Heft für Heft, die »grüne Strategiedebatte«. Dabei werden die Widersprüche grüner Politik freigelegt. Man ist für die verschiedensten Ansichten offen und wendet sich gegen die Lagerbildung. Wer sich für die gesellschaftlichen Veränderungen der Jetztzeit mehr als oberflächlich interessiert, sollte die *Kommune* lesen.«

Michael Buselmeier
»Zeitschriften-Rundschau«
in *Frankfurter Rundschau*,
9. Januar 1988

Ich bestelle:
☐ Einzelheft 7 DM
☐ Kennenlernpaket — 2 Hefte für 10 DM (altes Heft und neueste Ausgabe)
☐ Jahresabo (12 Hefte: 77 DM, Ausland 87 DM)

Bestellungen nur gegen Vorauskasse!

Name

Straße

PLZ/Ort

Kommune-Vertrieb · Postfach 111162 · 6000 Frankfurt 1

FORUM FÜR POLITIK ÖKONOMIE · KULTUR
KOMMUNE

Thomas Jahn

Sprachverlust und Handlungsunfähigkeit

Eine Anmerkung zu der nicht nur aktuellen Krise der Grünen

Die Berichterstattung unmittelbar nach den Schüssen an der Startbahn West wurde, den Herbst 1977 vor Augen, von vielen mit einem mehr oder weniger starken Gefühl der Erleichterung zur Kenntnis genommen: quer durch alle TV-Kanäle schien an diesem Abend der Versuch spürbar, die öffentlichen Reaktionen auf ein mittleres Maß eines verrechtlichten Konsenses einzuschwören und Extremäußerungen zu unterbinden.

Mit von der Medienpartie waren „prominente" Grüne und/oder Alt-68er: Joschka Fischer, Otto Schily und andere. Es wurde viel geredet über den Angriff auf das Demonstrationsrecht, den Konsens der Demokraten, den herrschaftsfreien Diskurs, die Ablehnung von Gewalt durch Demonstranten und über ihre Akzeptanz des Gewaltmonopols des Staates. Über das Ereignis selbst, den Konflikt und seine Geschichte, dessen Teil es ist, wurde nicht gesprochen: z.B. über die Erfahrung der Wirkungslosigkeit einer der größten Protestaktionen in der Geschichte der Bundesrepublik um die Startbahn. Oder über den rapiden Verlust politischer Artikulationsmöglichkeiten und Ausdrucksformen — die als solche auch anerkannt und wirksam werden — für immer mehr soziale Gruppen und gesellschaftliche Oppositionsbewegungen, die weit über das „autonome Spektrum" hinausreichen.

Szenenwechsel. Einige Wochen danach fand an der frankfurter Universität eine Diskussion zu den Ereignissen an der Startbahn und ihre Konsequenzen statt. Mühsam und immer wieder aufgehalten durch Rituale, durch leeres Pathos und taktische Sprachspielchen wurde immerhin der Versuch unternommen, erstmals in einem größeren und öffentlichen Rahmen das Schweigen — sei es geschwätzig oder stumm gewesen — der zurückliegenden Wochen zu durchbrechen. Am Ende dieser Veranstaltung erfolgte dann eine Intervention durch zwei eher halbprominente Grüne, in der das obengenannte Verhalten wiederholt wurde: anstatt einen Diskussionsvorschlag zu machen, wie man sich darüber verständigen könnte, wie Gewalt in dieser Gesellschaft entsteht — und sich dabei auf Äußerungen aus der vorhergegangenen Diskussion zu beziehen — wurde inquisitorisch und abstrakt die Frage nach dem Verhältnis zur Gewalt gestellt.

An die Stelle einer inhaltlichen Auseinandersetzung trat der Wunsch nach einem ritualisierten Bekenntnis zur Gewaltfreiheit. Auch hier: Sprachlosigkeit gegenüber den Konflikten und Ereignissen, über die zu sprechen es sich gelohnt hätte und deretwegen die Veranstaltung stattgefunden hat. Was die beiden Grünenvertreter nicht daran hinderte, in ihrem Beitrag vehement das ritualisierte Verhalten der Autonomen und deren Sprachlosigkeit anzuprangern. . .

Beide Situationen erhalten eine über den unmittelbaren Anlaß hinausgehende Bedeutung dadurch, daß sich hier exemplarisch gezeigt hat, wie die derzeitige politische Handlungsfähigkeit der Grünen die Unfähigkeit mit einschließt, politische Sachverhalte so zur (öffentlichen) Sprache zu bringen, daß sie einer politischen Auseinandersetzung überhaupt noch (oder weniger) zugänglich sind. Die Grünen sind inzwischen selbst ein Teil der allgemeinen Entpolitisierung geworden, die sie beklagen.

Möglich wurde dies durch die jahrelange Weigerung, sich in der parteiinternen Auseinandersetzung auf einige der Grundvoraussetzungen zu beziehen, die die Existenz der Grünen als Partei erst ermöglicht hat und woran diese heute noch gebunden ist: an eine — über die „soziale Frage" hinausgehende Kritik des herrschenden Entwicklungsmodells (wobei Ökologie als delegitimierende Metapher mehr als Umweltschutz, nämlich die Forderung nach anderen gesellschaftlichen Naturbeziehungen bedeutete) und vor allem an die Erfahrung der zunehmenden Unverfügbarkeitt über zentrale Entscheidungen in dieser Gesellschaft, eine der politisch zentralen Erfahrungen der 70er Jahre.

Die Existenz der Grünen als Partei ist insofern schon seit ihrer Gründung ständig gefährdet, als es ihr nicht gelingt, zwei daraus resultierende, widerspüchliche

Konsequenzen in produktiver Weise aufzunehmen: die Lust auf eine neue, von abstrakten und/oder überkomplexen Ansprüchen befreiten Politik, und der Nachweis einer gegenüber der Politik der sozialen Bewegungen gewachsenen politischen Handlungsfähigkeit. Daß in dem Streit zwischen einer konzeptionslosen „Realpolitik" und dem erstarrten Existenzialismus der „Fundamentalisten" dieses Problem einer offenen Debatte entzogen und zu einer Paralyse der Partei geführt hat, ist inzwischen Allgemeingut. Ebenso die ihn begleitende political fiction der extremen Selbstüberschätzungen (die 25 %-und-mehr Volkspartei) und falschen Einschätzungen von der Wirkung symbolischer Politik, die andere inzwischen besser beherrschen. Mit Schuldzuweisungen ist aber an den Kern des Problems nicht heranzukommen. Das ist: die Interventionsfähigkeit auf dem Terrain wiederzugewinnen, das — bezogen auf die Grünen als Partei, in erster Linie das ihre ist: im parlamentarischen und öffentlichen Bereich. Dafür müßten die Grünen zuallererst die veränderten Bedingungen von Politik — und nicht nur deren Auswirkungen — in die öffentliche Diskussion bringen und die (internen) Differenzen um Strategie, Konzepte und Zielvorstellungen darauf zurückbeziehen.

Das würde bedeuten, auf revolutionäre Töne als bloße Gesten im Parteigewand ebenso zu verzichten wie auf die technische Reduzierung von Politik auf — lösungsbezogene — Steuerungsprobleme.

Veränderte Bedingungen von Politik: nicht erst seit Tschernobyl stellt sich die Frage, ob nicht schon seit längerer Zeit unter dem irritierenden Blitzgewitter immer neuer Begriffskreationen wie Wertewandel, Postmoderne, Posthistoire, Kulturgesellschaft und anderer Kulturismen eine dramatische Umdeutung im Verhältnis von Krise, Katastrophe und Normalität sich vollzieht.

Ob in den Konflikten um die Agrarreformen oder Gentechnologie, um die (geschlechtsspezifische) Umverteilung sozialer Risiken oder Veränderungen von Arbeitsformen und Zeitvorstellungen, ob im Umgang mit den Skandalen im innenpolitischen oder Energiesektor oder mit den vielen industriellen (Beinah-)Katastrophen: die politische Landschaft der BRD ist eingefärbt von dem umfassenden Versuch, die Bevölkerung an die Ausnahme(n) als die Regel und zukünftigen Dauerzustand zu gewöhnen.

Beide Beobachtungen verweisen auf die banale, aber erschreckende Tatsache, daß wir in einer Zeit leben, in der zentrale Entscheidungen über den Fortgang der gesellschaftlichen Entwicklung in einem immer geringeren Maße gesellschaftlichen, und das heißt in diesem Zusammenhang politischen Entscheidungen noch zugänglich sind. Dem entspricht eine bis in die Grünen hinein verbreitete — religiös oder ethisch oder spirituell gestützte — naturalisierte Hoffnung auf Evolution: daß es irgendwie doch gut ausgehen möge.

Dieser Überschneidungspunkt von einer „Abriegelung des Politischen" (Marcuse) und der Entgrenzung von Politik in Moral, Ethik, Spiritualität scheint mir auch einen entscheidenden Hinweis darauf zu geben, warum — entgegen aller Vermutung — die Grünen kein politisches Kapital aus den genannten Konflikten und Skandalen schlagen können, von einigen wenigen Tagesgewinnen wie z.B. momentan in Hessen (die entsprechend in NRW von den Scheidungsanwälten wieder ausgegeben werden) einmal abgesehen.

Politik als gesellschaftlicher und individueller Handlungsentwurf wird noch durch eine andere Überschneidung bedroht: durch die (entgrenzende) Durchmischung von Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit sowie ihre Neu-Begrenzung durch symbolische Politik und „entpolitisiertes" Verwaltungshandeln.

Auf diesem Hintergrund kann deutlich werden, daß die Krise der Grünen keine bloß aktuelle Frage ist noch ausschließlich selbst verursacht. Sie ist Ausdruck der Veränderung der Voraussetzungen von Politik selbst. Damit werden aber die aktuellen parteiinternen Konflikte nur verschärft. Allerdings mit einer entscheidenden Akzentverschiebung: nicht so sehr die Tatsache, daß die Grünen sich in der Krise befinden, sondern wie sie damit umgehen, steht in Frage. So gestellt ergibt wahrscheinlich auch eine andere Frage, die nach der Existenzmöglichkeit und -berechtigung der Partei, erst einen Sinn.

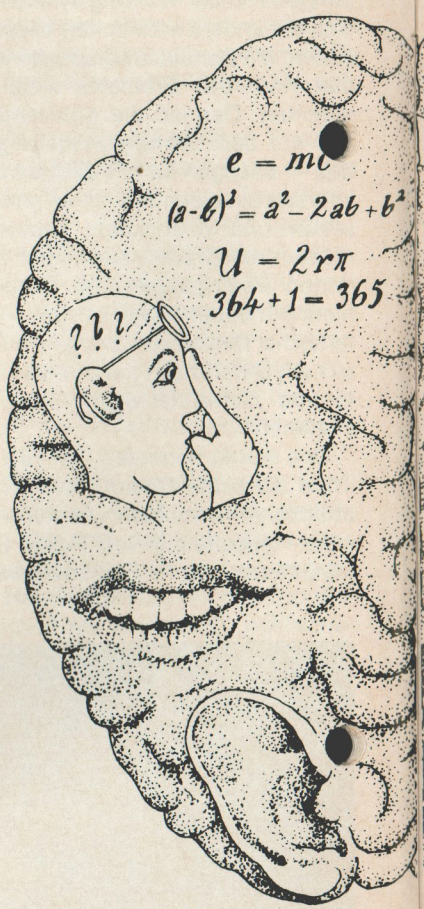
Schaukrampf

Christian Barthel

New Age — oder was?

New Age — auch bekannt als Zeitalter des Wassermanns, des Aquarius, beschwört die Heraufkunft einer neuen weltgeschichtlichen Epoche. Gemäß dem Diktum astrologischer Berechnungen, wobei die Sternendeuter die Epochenschwelle zwischen 1960 und 1980 ansiedeln, soll nun das Zeitalter der Fische abgelöst werden, das mit Christi Geburt begonnen hat und durch rationales Denken, Wissenschaft, organisierte Religion, Kirchen, Staaten und Parteien gekennzeichnet gewesen sein soll. Diese Strukturen und Denkweisen des alten Zeitalters — so Astrologen, Okkult-Experten und die modernen New-Age-Spiritualisten — werde von einer neuen Form des Zusammenlebens abgelöst, in der es keine starren Strukturen, reglementierende — ,,kalte Organisationen'', Moral- und Gebotscodices mehr gibt, sondern allenfalls frei flottierende, beständig neu sich formierende ,,Netzwerke'' von Menschen und Institutionen.

Linke Hemisphäre
(verbunden mit rechter Körperseite)
analytisch
diskursiv
logisch
linear-sequentiell
verbal
Detail
Elemente



Zwischen high tech und Spiritualismus: Die software und die hardware des Schwachsinns

Daß New Age Konjunktur hat, läßt sich v.a. am Buchmarkt und verwandten Medienbranchen ablesen. Laut Handelsblatt soll die Esoterik-, Okkult- und Spiritualismusliteratur, die zumeist ausdrücklich unter dem Zeichen New Age firmiert, 8 % des Umsatzes im Buchhandel ausmachen; Tendenz steigend.

Die großen Verlage sahnen mit eigenen Buchreihen, die das breitgefächerte Themenangebot des neuen Zeitalters von Astrologie über Hexen bis zu fernöstlichen Weisheiten abdecken, reichlich ab. Deutlich wird diese Dimension bei dem Bestseller-Autor und Bewegungsheiligen F. Capra (,,Wendezeit'') dessen neues Buch ,,Das neue Denken'' nun alle Rekorde zu brechen scheint. Nur nebenbei: das deutsche Publikum scheint besonders gierig zu sein, denn der in USA lebende Autor hat diesmal seine Marktoffensive im deutschsprachigen Raum gestartet. In den USA erscheint das Buch erst im Januar 1988.

Neben dem expandierenden Büchermarkt findet sich ein diversifizierter Zeitschriftenmarkt. Auf Hochglanz gestylte, monatlich erscheinende Horoskop- und Astrologie-Zeitschriften konkurrieren mit esoterisch-spirituellen Blättern, die in der Regel mit wissenschaftlichem Impetus um die Leserschaft bemüht sind. Nicht lichtscheuer und absonderlicher Okkultismus, sondern ein mediengerechter, in Agfacolor ausgeleuchteter Lebensstil wird hier angetragen: ,,Neues Denken und Handeln'', ,,Esoterische Lebenshilfen'', ,,Ganzheitliche Gesundheit'', Themenkreise wie ,,Paranormale Erscheinungen'', ,,Geheimes Wissen der Völker'', ,,Spirituelle Kunst''.

Mittlerweile hat sich auch ein Plattenlabel und Musikproduzent unter dem Markenzeichen ,,New Age'' etabliert: hier wird sanfte, harmonische, eine wie auch immer ,,natur-nah'' verstandene Musik zwischen atmosphärischem Wabbern elektronischer Endlosschleifen und den sägenden Tönen eines mittelalterlichen Dulcimers serienweise auf den Markt gebracht.

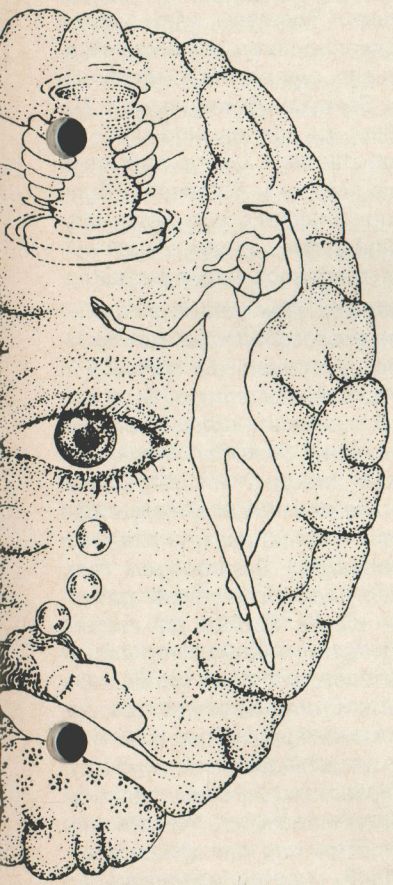
Diese Produktpalette, die neben Bü-

chern, Zeitschriften und Schallplatten auch spezifisches New-Age-Zubehör wie Wünschelruten und Edelsteine (s. ,,Heilen mit Edelsteinen'') umfaßt, findet Verbreitung über esoterische Buchläden und Fachhandlungen, die zugleich als Organisatoren/Koordinatoren eines breitgefächerten Workshop-Angebots agieren: Von Yoga über fern-östlich inspirierte Bewußtseins- und Körpertechniken bis zur Reinkarnationstherapie findet der spirituell Umgetriebene ein buntes Programm. Daneben gibt es mittlerweile Großveranstalter, die Kongresse, Tagungen und Work-Shops mit den gefeierten Zelebritäten der New-Age-Bewegung bestreiten.

Dazu gruppieren sich Organisationen wie die Brahma Kumaris, die Bewegung um Sri Chinmoy, die Transzendentale Meditation, die Rosenkreuzer oder die Anthroposophen, dieses eherne Gestein deutscher Esoterik und Tiefsinns, die sich allerdings zieren, unter dem reißerischen Markenartikel New Age zu firmieren — vielleicht auch, weil sie durchaus erfolgreich eine eigenständige eigentümliche Klientel bedienen.

Um als initiationsbedürftiger Laie oder als findiger Unternehmer sich durch das Dickicht dieses heterogenen Marktes hindurcharbeiten zu können, haben einige Unentwegte mittlerweile umfangreiche Adressbücher und Scene-Reader verfaßt; hier wird das Waren- und Veranstaltungsangebot branchenspezifisch aufgeschlüsselt.

Soweit dieser kursorische Überblick über den New-Age-Markt; es wäre sicherlich verfehlt, hier von einer fest strukturierten und stabilen Branche zu sprechen, schon allein deshalb, weil viele der kleinen Anbieter unmittelbar von den Fluktuationen und Modetrends der Nachfrage abhängig sind und in nur wenigen Fällen sich etablieren können.



Rechte Hemisphäre
(verbunden mit linker Körperseite)
ganzheitlich
intuitiv
assoziativ
zyklisch-parallel
visuell
Gestalt
Relationen

Dominiert wird die Szene von einigen großen Verlagen, die von der Sinnbedürftigkeit der New-Age- oder sonstwie spirituell umgetriebenen Klientel profitieren. Aufschlußreich zur Klärung des sozialen Phänomens New Age ist daher weniger der bislang kaum konturierte Markt, als vielmehr die breitgefächerte Nachfragerseite, die selbst dann nach spirituellen und ontologisierenden Seinsvergewisserungen bedürftig sein wird, wenn das Firmenzeichen New Age seine Zugkraft verloren hat.

Die Kunden

New Age ist keine ,,soziale Bewegung'' im eigentlichen Sinne, zwar soll es mittlerweile eine ,,ganzheitlich-esoterische Partei'' geben, die unter dem Programm ,,Erkenntnis, Liebe, Politik'' antritt, um die Niederungen des gesellschaftspolitischen Alltags mit spiritueller Einsicht zu erleuchten, aber es ist kaum anzunehmen, daß sich hier außer ein paar Unentwegten massive gesellschaftliche Interessen organisieren werden. Die treibende Kraft, das entscheidende Klientel sind die ,,Neuen Sozialen Bewegungen''; das sieht auch F. Capra, die New-Age-Prophet so, der die ,,ganz andere'' Menschheit des ,,neuen Zeitalters'' vorzugsweise in der Ökologie- oder Frauenbewegung situiert, und von den verquasten Mystik- und Okkultadepten pikiert Abstand sucht. Es handelt sich natürlich nicht um die Neuen Sozialen Bewegungen insgesamt, sondern v.a. um jene Fraktionen, die in ihren normativen Suchbewegungen zwischen Katastrophenszenario der Moderne und messianischen Utopievisionen sich auf die Ontologisierung und Verdinglichung ihrer Programmatik versteifen. Hier werden die Folgeprobleme lebensweltlicher Kolonisierung und Modernisierung weniger in aktivem politischen Widerstand verarbeitet als in psychoreligiösen Rückzugsbewegungen, die Orientierungs- und Identitätskrisen beispielsweise in der Ontologisierung des ,,Weiblichen'', der ,,Natur'' der ,,Ganzheitlichkeit'' kompensieren sollen.

Ableger der New-Age-Thematik in den Neuen Sozialen Bewegungen

Im April '85 veranstaltete das Freiburger ,,Forum International'' eine einwöchige Konferenz zum Thema: ,,Feminismus und Spiritualität''; es war ein Versuch, die feministischen-spiritualistischen Ansätze hierzulande zusammenzubringen. Referentinnen waren die Philosophin Heide Göttner-Abendroth, deren Buch über die matriarchale Kunst inzwischen in 3. Auflage erschien; die Theologin Elga Sorge, die mit ihrem Plädoyer für Müttergottheiten Unruhe unter christlichen Theologen erzeugt hatte; Gaby Potthast, Abgeordnete der Grünen im Bundestag.

Evident wird die Mythifizierung von ,,Weiblichkeit'' als naturhafter Tatsache und spiritueller Gewißheit auch in künstlerisch-sakralen Inszenierungen wie etwa der Dinner-Party; ,,Frau-Sein'' wird hier in kultischer Überhöhung zum Gottesdienst von Auserwählten, die qua ,,Natur'' und unmittelbarer Einsicht in die ,,Gesetze des Seins'' auch ihre gesellschaftliche Position formulieren.

In der Öko-Bewegung, auch in der Partei der Grünen, findet sich allenthalben ein unreflektierter Naturbegriff, der zur normativen Orientierung ökologischer Politik und Legitimation strapaziert wird. Einer-

WIDER★SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-Gesundheits-u. Sozialbereich

PRÄVENTION UND SOZIALE KONTROLLE (Heft 25)

Völker: Immer lustig und vergnügt. Einwände gegen den präventiven Blick ● *Köbsell:* Humangenetik — „Saubere Eugenik" auf Krankenschein ● *Rühmann:* AIDS-Hysterie als Ausdruck von Sexualfeindlichkeit ● *Armbruster, Fahr, Hohloch u. Obert:* Zwischen Sozialtechnologie und Entinstitutionalisierung. Prävention in der Sozialpsychiatrie ● *Lehne:* Polizei und Prävention. Auf dem Weg in den Sicherheitsstaat? ● *Ehrhardt:* Alltag bei der Polizei ● *Bernhard:* Ökologie und Selbstverwirklichung. Anmerkungen zur Idee einer ökonomisch begründeten Bildungskonzeption ● *Wakahara:* Erziehung in Japan. Die Aktualität eines Themas in Fernost ● Magazin: Buchbesprechungen

96 Seiten, DM 12,—

KULTUR UND TECHNIK (Heft 24)

Ahlheim/Ahlheim: Neue Technik, arme Seele ● *Wittenberg:* Kind im Brunnen — Ein hinreißendes Programm ● *Heinrich:* Fernseherfahrung vor Tschernobyl — Ein Rückblick auf das öffentlich-rechtliche Fernsehen ●*Lochmann:* Sand in den Äther streuen?! — Auseinandersetzungen in der Rundfunklandschaft ● *Zahn:* Kultur und Technik in konservativen Strategien ● *Dehnbostel:* Der Kampf von Gut und Böse — Neue Helden in den Medien und Spielen unserer Zeit ● *Bust-Bartels:* Wer verhindert die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit? ● *Manke:* Schwarze Pädagogik in der totalen Institution — Gegen die linke Lust an Waldorfschulen

112 Seiten, DM 12,—

GESCHLECHTER-VERHÄLTNIS UND REPRODUKTION (Heft 23)

Eckart: Verschlingt die Arbeit die Emanzipation? Von der Polarisierung der Geschlechtscharaktere zur Entwicklung der Arbeitsmonade ● *Riedmüller:* Familienarbeit als soziales Risiko — Geschlechtsspezifische Wirkungen der Sozialpolitik ● *Jung/Schön:* Frauenschule, ein politisches Projekt — Selbstverständnis einer feministischen Bildungsarbeit ● *Enders-Dragässer:* Schule auf den zweiten Blick — Feministische Schulforschung ● *Klose:* Aspekte feministischer Mädchenarbeit — Erfahrungen aus zehn Jahren Mädchentreff ● *Jansen:* Frauenwiderstand als Krankheit? Bedeutungen für die Konstituierung des Geschlechterverhältnisses ● *Soltau:* In den Fesseln der Geschichte — Liebe und Sexualität in der bürgerlichen Frauenbewegung der Jahrhundertwende ● *Schnitzler:* Nordirische Illusionen — Interessenausgleich durch dekretierte Integration? ● Buchbesprechungen

96 Seiten, DM 12,—

Bezug: Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach

Bei Vorauszahlung portofreie Lieferung Postscheckkonto Frankfurt Nr. 610 41-604

seits wird mit der Formel „Natur als Politik" einer besonderen Variante des modernen Sozialbiologismus Vorschub geleistet, die zumeist — ohne das wahrhaben zu wollen — ganz in der Tradition der doch so streng beargwöhnten Naturwissenschaft steht; andererseits artikuliert sich hier ein ursprungsmythisches Bedürfnis nach unmittelbar gewisser Einkehr in die „Gesetze des Seins" — so die grüne Philosophin Maren-Grisebach — dergestalt „Natur", bzw. „naturgemäßes Handeln" zu spirituellem Adel erhoben wird.

Die Gesundheitsbewegung, die in den 70er Jahren gegen die inhumanen Versorgungsstrukturen und die Expertokratie der Ärzte angetreten ist, regrediert unter den Auspizien eines in Beschlag genommenen „Natur-" und „Ganzheits"-Begriffs zu einem individualistischen, an den bürgerlichen Mittel- und Oberschichten orientierten Lebensstilkonzepts. „Naturgemäßes" resp. richtiges Verhalten führt demnach zu einem „ganzheitlichen Leben", jenseits von Krankheit und Gesundheitsrisiken: Konzepte wie „Ganzheit", „kritische Bürger", „persönliche Selbstfindung", „gesunde Ernährung" in einer lockeren Melange mit asiatischen Philosophismen kommen spritualistisch geschwollen daher als Verkündungswissen neuer Lebensweisheit und sind in der Tat nichts anderes als verblümte Selbstdisziplinierungsprogramme.

In engster Nachbarschaft zu diesen Entwicklungstendenzen in der Gesundheitsbewegung stehen die Erscheinungen des Psychobooms. Wie der Gesundheitskult verheißt der Psychokult Großartiges: Wege zum „Wahren Selbst", „Ganzheitlichkeit", „Echtheit", Einheit mit dem Kosmos, Selbstverwirklichung, Erleuchtung. Die simpelsten therapeutischen Techniken werden in den messianischen Adelsstand erhoben — wobei sich die Therapeuten zum Fürsprecher der „ursprünglichen, wahren eigentlichen Bedürfnisse" des Patienten machen, und dieser wiederum sich zum Verwalter und Techniker seiner „Feelings", Triebe, seines Körpers berufen fühlt. Diese Rückzugs- und Fluchtbewegungen, die im Einzugsbereich der Neuen Sozialen Bewegungen und hier durchaus in enger Melange mit politischen und progressiven Orientierungen liegen, werden durch das Sinnstiftungsunternehmen New Age bedient.

Da, wo der Feminismus die „Weiblichkeit" zur Unmittelbarkeit und spirituellen Evidenz erhebt, wo die Öko-Bewegung die „Natur" als „Gesetze des Seins" entschlüsselt, wo die Gesundheitsbewegung den Körper mit der verblasenen Metaphorik der „Ganzheitlichkeit" zum Experimentierfeld instrumenteller Selbstbesorgung macht, der Psychoboom und und die „Sensitivity-Bewegung" die Verwirklichung oder Erleuchtung eines offenbar endgültig handhabbaren „Selbst" propagiert — findet New Age seine Klientel. D.h. aber: mehr als eine soziale Bewegung im strengen Sinne ist das Scenario des „neuen Zeitalters" als Deutungsmuster zu begreifen, als weltanschaulicher Formulierungsversuch, der eine mehr oder weniger konsistente Klammer um die Thematiken der Neuen Sozialen Bewegungen schlägt, v.a. um deren ontologisierte Schlüsselbegriffe. In diesem Sinne steht New Age quer zu sozialen Bewegungen und Parteien, bietet Identifikationsmuster für enttäuschte Aktivisten wie den individuellen Orientierungs- und Deutungsbedarf innerhalb und jenseits der sozialen Bewegungen überhaupt. Die Synopse der zivilisationskritischen Themen wird durch Schlüsselfiguren/-autoren bewerksstelligt, die Gramsci als „organische Intellektuelle der Neuen Sozialen Bewegungen" bezeichnet hätte: zu nennen sind hier v[illegible] der schon oft zitierte F. Capra, aber auch Autoren wie Marilyn Ferguson, Erich Jantsch, Rup. Sheldrake u.a. Seine Mission als Künder des „neuen Zeitalters" sieht Capra dann auch folgendermaßen:

„In den 60er und 70er Jahren sind eine ganze Reihe gesellschaftlicher Bewegungen in Gang gekommen, die sich alle in derselben Richtung zu entwickeln scheinen, wobei jeweils unterschiedliche Aspekte der neuen Sicht der Wirklichkeit hervorgehoben werden. Im Augenblick agieren die meisten dieser Bewegungen noch getrennt voneinander und sind sich der wechselseitigen Beziehungen ihrer Zielsetzungen noch nicht bewußt geworden. Zweck dieses Buches ist es, ein zusammenhängendes Gedankengebäude zu liefern, das uns helfen soll, die Gemeinsamkeiten ihrer Endziele zu erkennen. Sobald das geschehen ist, können wir erw[illegible]ten, daß die verschiedenen Bewegungen zusammenfließen und zu einer machtvollen Kraft gesellschaftlicher Veränderung werden. Der Ernst und das weltumspannende Ausmaß unserer gegenwärtigen Krise deuten darauf hin, daß dieser Wandel wahrscheinlich zu einer Umgestaltung von beispiellosen Dimensionen führen wird, einem Wendepunkt für unseren Planeten in seiner Gesamtheit." (Nemitz 1985, S. 146)

Besonders die Krise, die Inszenierung der Endzeit hat es Capra angetan: Arbeitslosigkeit, Frauenunterdrückung, ökologische Zerstörung, Aufrüstung, Kriminalität — so geballt und blind durcheinandergewürfelt, machen natürlich jeden Grünen, jeder Frau, aber auch jeden Zeitungsleser gleich welcher politischer Orientierung, angst und bang. Die obskure Dramaturgie der bevorstehenden Katastrophe ist allerdings notwendiges Element jener „Wende-Zeit", die dem Menschen als eschatologischer Heilsgeschichte noch bevorsteht; und daß die Zukunft unab-

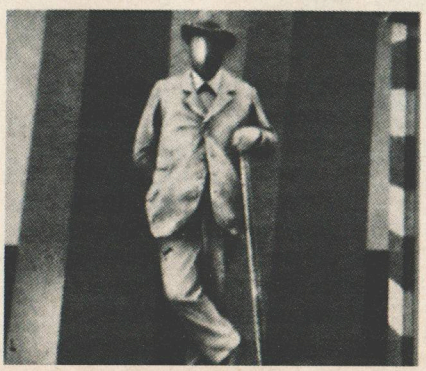
wendbar zur Heilsgeschichte avanciert und nicht etwa im wütenden Gestus des ,,no future" verharrt, verdankt sich zwei entscheidenden Eigentümlichkeiten, die das besondere Gepräge des New-Age-Diskurses ausmachen:
a) der Forcierung des Spiritualismus als dem Vermögen intuitiver Wesensschau
b) der Nobilitation der modernen Naturwissenschaften zum Erkenntnis- und Orientierungswissen schlechthin.

Spiritualismus ist weniger als Option für Irrationales, Okkultes, Mystisches oder religiös-übersinnliches zu verstehen, denn als philosophisches Projekt, das von einer ursächlichen Kraft, einer Energie ausgeht, welche die Menschen untereinander und mit der Natur verbindet, mithin ein inneres Band, eine innere Einheit stiftet. Behauptet wird die Unabhängigkeit und der grundlegende Charakter eines Geistigen, einer Spiritualität als ursächlichem Schöpfungsprinzip, das sich in allen Dimensionen der Wirklichkeit manifestiert. Dieses Urgesetz allerdings soll nicht mit rationalen Methoden der Erkenntnissicherung und der kritischen Frage nach der Möglichkeit von Erkenntnis überhaupt festgestellt werden, sondern qua Intuition und meditativer Versenkung, die sich anschickt über sämtliche Schranken wissenschaftlicher Erkenntnis und diskursiver Reglements hinauszugreifen, um so die ,,natürliche Ordnung und Harmonie", die ,,Ganzheit von Kosmos und Seele und dergleichen zu schauen". Der Spiritualismus à la New Age bedient sich hier v.a. asiatischer Traditionen und Weltanschauungen und beerbt zugleich Ausläufer der Jugend und Hippiebewegung der späten 60er Jahre. Nach eifrigem Drogenkonsum wurde Bewußtseinserweiterung ja vornehmlich durch meditative Praktiken betrieben, wie sie schließlich in den zahlreichen zenbuddhistischen oder hinduistisch orientierten Organisationen, Sekten und Jugendreligionen zum Ausdruck kam. Spirituelle Wesensschau wird also durch a-religiös vestandene Meditations- und Versenkungsformen betrieben.

Die Naturwissenschaften als zweites Evangelium des New Age

Capra und ähnliche Propagandisten des ,,Neuen Zeitalters" begreifen sich in der Regel als Naturwissenschaftler; und in der Tat haben sie — allerdings nur sehr mittelbar — teil an der Entfaltung eines Paradigmas, das seit den 60er Jahren auf dem Gebiet der Maschinen- und Informationstheorie, der Thermodynamik und der Biologie Konturen gewinnt. Die sich hier ankündigende wissenschaftliche Revolution steht unter den Begriffen Selbstorganisation, Konstruktivismus, Synergetik, Autopoiese. Nach einer Phase disziplinspezifischer Entwicklung dieses Konzepts und einer folgenden wissenschaftsinternen Verständigung auf die analoge Forschungsprogrammatik dieser einzelnen Disziplinen, steht das neue Paradigma nun in seiner Popularisierungsphase; es hat umso mehr Chancen in außerwissenschaftlichen Wirklichkeitssemantiken von Kultur, Politik und Ökonomie wirksam zu werden, wie die gesellschaftlichen Problemlagen und -wahrnehmungen neue, eben auch wissenschaftliche Problemdefinitionen und -lösungen aufzunehmen bereit sind. So findet die Semantik der Synergetik und der Selbstorganisation in der Zivilisationskritik der 70er und 80er Jahre — mit ihrer Kritik an Prozessen ungeregelten Wachstums, am Zentralismus bürokratisierter Versorgungssysteme und großtechnologischer Zukunftsplanung — das denkbar günstigste Milieu zur Popularisierung. Intellektuelle wie Capra, Ferguson, Jantsch, Sheldrake u.a., die an der disziplininternen Entwicklung dieses Paradigmas nicht beteiligt sind, sorgen für seine extensive Verbreitung und Transfer ins soziale Umfeld.

Daß die Popularisierung solcher wissenschaftsimmanenter Konzeptionen problematisch und nur unter anstrengenden Abstraktionsleistungen zu haben ist, die bis zur Entstellung ursprünglicher Aussageintentionen geht, zeigt deutlich Capras Darstellung der neueren Physik; für ihn hat sie den Hauptzweck zu zeigen, ,,daß wir die Welt nicht in unabhängige voneinander existierende kleinste Einheiten zerlegen können" (s. Nemitz); so enthüllt für Capra die Physik ,,die grundlegende Einheit des Universums" und sie vermittelt die Erkenntnis: ,,daß dieses kosmische Gewebe von Natur aus dynamisch ist." Was auch immer die Physiker und Naturwissenschaftler von solch grellen Generalisierungen halten mögen — die Propagandisten des New Age wissen sich also ausgestattet mit 1. einer zivilisationskritischen Zeitdiagnose, die sie v.a. der gesellschaftspolitischen Semantik der Neuen Sozialen Bewegungen entnehmen; 2. einer spirituellen und spontanen Wesenserkenntnis des ,,Seins" und 3. einer wissenschaftlichen Beglaubigung, daß sowohl ihre zeitgeschichtliche Diagnose wie ihr intuitives Ursprungswissen richtig ist. Dergestalt ausgestattet machen sie sich auf den Weg, das ,,alte Zeitalter" zu verabschieden und das neue zu verkünden.



Das Sinnkonstrukt New Age — von Capra formuliert

Die beschworene gegenwärtige Epochenschwelle erweist sich für Capra vornehmlich als ,,Krise der Wahrnehmung": v.a. die Naturwissenschaften im herkömmlichen Sinne, das von Capra so benannte kartesisch-newtonsche Paradigma, das die Welt analysierend in kleinste Teile zerlege — kommt bei ihm schlecht weg; denn statt die durch die Physik belegte Ganzheitlichkeit des Seins zu betonen, verbleibe man hier in linear-rationalistischen Denkmodellen. Die Naturwissenschaften und das rationalistische Denken sind aber auch verantwortlich für die Natur- und Umweltkatastrophen, weil sie der Natur der Natur zuwiderlaufen. Und da, wie jedermann weiß, rationalistisches Denken typisch männlich ist, unterdrückt es auch die Frauen, v.a. in seiner berechnenden, kalkulierenden, wettbewerbsorientierten Art. Das ,,alte Paradigma", gekennzeichnet also durch rationalistisches Denken, ökologischen Raubbau, Herrschaft des Mannes, Wettbewerb, kalte Berechnung etc. . . wird, sobald die ,,Krise der Wahrnehmung" allen Menschen nur bewußt geworden ist, abgelöst werden durch eine Wahrnehmung, die der Natur der Natur und des Seins entspricht. Die prototypische Realisierung dieser Seins- und Naturgesetze durch korrekte Wahrnehmung sieht Capra in den neuen sozialen Bewegungen garantiert; demnach wird das ,,neue Paradigma" gekennzeichnet sein durch: ,,Ganzheitlichkeit, ökologisches Bewußtsein, Dominanz weiblicher Werte als da sind: Kooperation, Intuition, nach Synthese strebend, bewah-

rend, empfänglich usw.“

Ohne dies hier weiter ausführen zu wollen: deutlich wird, daß Capra und Co unter den Auspizien spiritueller und kybernetischer Wesensschau ein simples, analogisierendes Begriffsmuster entfalten, das wohl Identifikationswert haben mag, sicher aber keine Erklärungsfunktion. Was schwerer wiegt: Die Inszenierung einer „Krise der Wahrnehmung“ kennt Begriffe wie Macht, Herrschaft, strukturelle Gewalt, Konflikte und Kämpfe nicht, kann diese allenfalls als Blähungen und vorübergehende Aufwürfe einer noch nicht vollständig vernetzten und ganzheitlichen Lebensform begreifen, v.a. aber als eine falsche Wahrnehmung; so empfiehlt Capra explizit: Konflikte dürfen nicht „überbewertet“ werden, sollten „möglichst niedrig gehalten werden“ (S. Nemitz) — ein fataler Hinweis für soziale Bewegungen, sollte er ernst genommen werden.

Es ist nur selbstverständlich angesichts dieser ganzheitlichen Praxisabstinenz, daß das Hauptgewicht der New-Age-Botschaft auf dem individuellen Gewahrwerden des Seins und der Natur ruht. Capra hat hier den Begriff der „tiefen Ökologie“ geprägt, um die in meditativer Versenkung offenbar erfahrbare Verschmelzung von Subjekt und Natur zu beschreiben; die „tiefe Ökologie“, das ist die maßgebliche Aktivität des New-Age-Adepten, die er wie folgt beschreibt: *„Das was ich als tiefe Ökologie bezeichne, die Sichtweise der Welt als ein Netz vielfältiger Beziehungen. In dieser Sicht sind alle Phänomene miteinander verknüpft. Der Mensch steht nicht außerhalb der Natur, sondern ist ein Teil davon, eine besondere Phase im Gewebe des Lebens. Dies nicht nur zu denken, sondern wirklich zu erfahren, ist für mich eine spirituelle Erfahrung. Die Grundlagen des ökologischen und spirituellen Weltbildes liegen in dieser gleichen Erfahrung des Eingebettetseins, der Verbindung mit dem Kosmos. Hier sehe ich am ehesten eine Verbindung zwischen dem Weltbild der modernen Wissenschaft und jenem der philosophia perennis* (Esotera S. 24)

Angesichts dieser geballten Wahrheit aus intuitiver Wesensschau und moderner Wissenschaft kann die politische Gestaltung menschlichen Zusammenlebens nur als profane Kurzsichtigkeit begriffen werden. Wo das Individuum den geschauten Seinsgesetzen sich unterwirft, kann die Wissenschaft schließlich jede normative Orientierung übernehmen: bei allem verblasenen Tiefschurf sind die Anhänger des New Age Wissenschaftsfetischisten par excellence.

Dieser wissenschaftsverschärfte Spiritualismus samt seiner zivilisationskritischen Semantik — das möchte ich abschließend erwähnen — ist mit seiner politischen Abstinenz und seiner Sakralisierung des individuellen Hier und Jetzt das Deutungsmuster für sozial priviligierte Schichten, insbesondere Intellektuelle, die enttäuscht etwa sich aus ihrem Engagement in den sozialen Protestbewegungen zurückgezogen haben. Abgeschnitten von praktischen Erfahrungen, heimgesucht von Sinn- und Orientierungskrisen kann im Deutungsbereich von New Age die individuelle Lebensführung unter den Weihen spiritueller und wissenschaftlicher Beglaubigung zum Hauptgegenstand der Lebenspraxis werden: Selbstfindung, Selbstverwirklichung, die Verschmelzung von Selbst und Natur — wie in der „tiefen Ökologie“ stehen dann auf dem Programm. Max Weber sagte hierzu: eine solche Form der Religiosität entwickeln sozial privilegierte Schichten immer dann, wenn sie „von der Möglichkeit oder vom Interesse an politischer Betätigung ausgeschlossen sind... Und das etwas geschwätzig sogenannte ‚religiöse‘ Interesse unserer deutschen Intellektuellenschichten in der Gegenwart hängt intim mit politischer Desinteressiertheit zusammen.“

Gleichwohl — New Age und was an anderen Zeitaltern in nächster Zukunft zu erwarten ist — wird nicht allein exclusiver Zufluchtsort enttäuschter Aktivisten sein, sondern sicher auch Identifikationsmuster der (neuen?) Mittelschichten (Yuppies), die — entblößt von traditionellen Sinnressourcen — ihrer Lebensführung mit popularisierter Wissenschaftlichkeit und stilvoller Spiritualität zur Bedeutsamkeit verhelfen werden.

Linker Zitatenschatz gegen den Zeitgeist der Wende
mit einem unausgewogenen Vorwort

WORTE DES TROSTES
IN ZEITEN DER WENDE
APHORISMEN – SPRICHWÖRTER – ZITATE

GESAMMELT
UND HERAUSGEGEBEN
VON
CHRISTINE WITTROCK

Eine gescheite Frau hat Millionen geborener Feinde: alle dummen Männer. Marie v. Ebner-Eschenbach

Um an die Quelle zu kommen, muß man gegen den Strom schwimmen. Stanislaw J. Lec

Alle Unterdrückungssysteme erfinden zur eigenen Erbauung und den anderen zur Belehrung eine Unzahl von Geschichten über die wohltätige Wirkung der Unterdrückungsmaßnahmen auf die Untertanen. Kate Millett

Es sind mehr Hunde in der Welt als Knochen. Volksweisheit

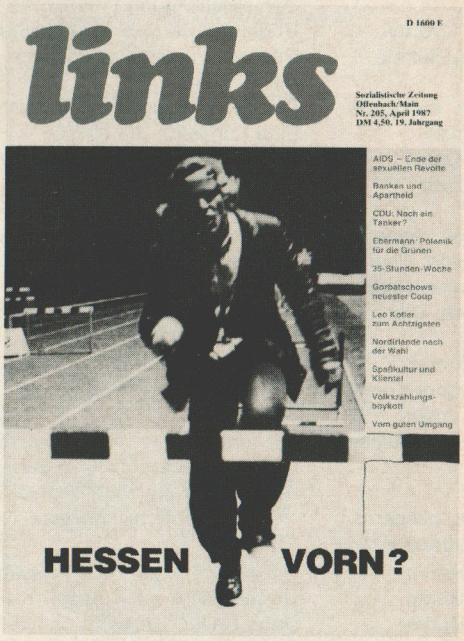
Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen. Karl Marx

224 S., mit fünf Illustrationen, 12.- DM,
VTK-Verlag Frankfurt a.M. Postfach 16 07 25
ISBN 3-88599-027-X

links
Sozialistische Zeitung

19. Jahrgang 1987 Register

Wer die „links"-Hefte eines Jahrgangs zusammengefaßt haben möchte, kann sich bei uns einen gebundenen Jahrgangsband bestellen.
Jahrgang 1985 30,— DM
Jahrgang 1986 30,— DM
Jahrgang 1987 50,— DM



Verfasser	Titel	*links*-Nr./87
Baethge, Martin	siehe Oberbeck, Herbert	203
Baier, Lothar	Faszination des Bösen	208/209
Baier, Lothar	Vive l'égalité	202
u. Alfred Grosser		
Beer, Angelika u. Reinhard Kaiser	Die Lanzen der NATO zerbrechen!	213
Behrens, Diethard	Die Linke und die Sowjetunion	211
Behrens, Diethard u. Kornelia Hafner	Ein anderes Europa?	204
Behrens, Diethard, Kornelia Hafner u. Ludi Lodovico	Rückblick in die Zukunft und zeitlose Raumgedanken	208/209
Böge, Volker	„Tabubrecher" versus „Dogmatiker"? Grüne Friedenspolitik	212
Brakemeier, Heinz	„Ist die Zukunft noch zu retten?" Zu Ossip K. Flechtheims neuestem Buch	211
Brakemeier, Heinz	Leo Kofler zum 80. Geburtstage	205
Brandt, Christa	Waffenschieber BRD oder das Ende der Schamfrist	207
Brand, Hans	Perspektiven der weißen, außerparlamentarischen Politik	207
Branscheidt, Hans	Der Stellvertreterkrieg im Libanon	204
Britsch, Eckart	Mythos Berlin. Eine gelungene Werbekampagne	210
Bröckling, Ulrich	Revolution und Reklame	213
Bröckling, Ulrich	Vernunft in Serie	210
Bröckling, Ulrich	Zwischen Ratlosigkeit und Repression	203
Bruhn, Joachim	Winterpalais, Führerbunker, Meinungsbörse. Der Herbst 1977 und die Eindeutschung Linken	212
Brumlik, Micha	Entscheidung am Börneplatz	211
Brumlik, Micha	Zur Akklamtion resignativer Erfahrung. H.G. Gadamer im H VI	210
Brumlik, Micha	Eine eilfertige Wiederentdeckung: Die Menschenrechte	210
Brumlik, Micha	Andreas Hillgruber oder die Wiedergeburt des machtstaatlichen Zynismus	208/209
Brumlik, Micha	Jenseits von links und rechts = rechts	208/209
Brumlik, Micha	Die Stunde der ökolibertären Versuchung	206
Brzoska, Michael	Geschäft und Bündnis	212
Bundeskongreß entwicklungs politischer Aktionsgruppen	Fuldaer Erklärung	208/209
Burgwinkel, Helmut	Kein Eintopf mehr beim Hessischen Rundfunk?	204
Busch, Heiner	Kommissar Computer, Interpol — Geschichte eines Herrschaftsinstruments	212
Busch, Heiner	Weg mit. . . den Terrorgesetzen	202
Butenko, Anatolij P.	Die Revolution, die die Sache des Oktober weiterführt	213
Calle von Hoesch	Revier im Aufruhr	206

Verfasser	Titel	links- Nr./87
Ciupke, Paul	Kultivieren, kompensieren, konkurrieren. Die drei Botschaften der kulturellen Welle	210
Ciupke, Paul	SDI als ,,jüdische Weltverschwörung"	202
Claussen, Detlev	Zur Kenntnisnahme. Materialien zum Thema Antisemitismus bei Marx und Engels	212
Claussen, Detlev	Fortsetzung eines schmerzlichen Versuchs	211
Claussen, Detlev	Selbstgefühl des neuen Lebens	207
Claussen, Detlev	Indifferenz der Gefühle	205
Claussen, Detlev	Nationale Identität	203
Claussen, Detlev	Zeitgeist, Ungleichzeitigkeit, Gleichzeitigkeit, Kongreßvortrag	202
Claussen, Hans	Berlin SO-36	207
Conert, Hansgeorg	Wirtschaftsreform und Demokratisierung	211
Dalos, György	Ungarn in der Ära Gorbatschow	213
Damus, Renate	Rückgewinnung systemischer Alternativen?	212
Decker, Alexander	Die Verurteilung Otelo Carvalhos	208/209
Diner, Dan	Eine Lanze für die NATO	212
Diner, Dan	Gut Gemeint! Eine Replik	211
Diner, Dan	Heimat oder Babylon? Unpopuläres zum Frankfurter Börneplatzkonflikt	211
Drescher, Anne	Die Wiederkehr der Weiblichkeit	202
Ebermann, Thomas u. Günter Kolodziej	Unsere hypermodernen Soziologen	205
Eckhardt, Dieter	Der aufrechte Gang nach Auschwitz. Entschuldete Geschichte	205
Ege, Konrad	Machtkampf in der Regierung	203
El-Salvador-Komitee	Krieg gegen die Bevölkerung	202
Esser, Josef	Replik	205
express-Redaktion	Wir fordern eine offene Untersuchung! Unterschriftensammlung der express-Redaktion zum Neue-Heimat-Skandal	202
Föllmer, Holger u. Cl. Winfried Witjes	. . . und Sicherheitsgesetze	206
Führ, Martin	Umweltpolitik auf dem Prüfstand	205
Führ, Martin	Umweltpolitik nach Basel	204
Führ, Martin	siehe Roller, Gerhard	205
Geipert, Winfried	Grüne Blauäugigkeit	205
Giegel, Hans-Joachim	Fröhliches Katastrophenbewußtsein. Zur Politik der sozialberuflichen Mittelschicht	203
Göppner, Heinz	Motivieren ist alles	205
Göttling, Dietmar, Erwin Heberling u. Vera Klier	Realphabetisierung des SDS	202
Grohmann, Peter	Ca ira, Großvater. Nachrichten von der Kulturfront	210
Grosser, Alfred u. Lothar Baier	Vive l'égalité	202
Hack, Lothar	,,Dienstleistungsgesellschaft" . . . oder Strukturwandel der Industrie?	208/209
Hack, Lothar	Bestens bedient. Das Schlagwort von der Dienstleistungsgesellschaft und die plattgeklopften Klassenstrukturen	203
Hafeneger, Benno u. Walter Lochmann	,,Aids und Volksgesundheit"	210
Hafeneger, Benno u. Walter Lochmann	,,Eine moderne Partei" — Gespräch mit jungen Nationaldemokraten	208/209
Hafeneger, Benno u. Walter Lochmann	Das rechte Lager	208/209
Hafeneger, Benno u. Walter Lochmann	Rechte Jugendbilder und onservative Wortpolitik	202
Hafner, Kornelia	siehe Behrens, Diethard u.a.	208/209
Haft, Ernst	Streiflicht aus der ‚Umschulungsoffensive"	208/209
Halberstadt, Heiner u. Bernd Hausmann	Glitzernde Fassaden verstellen den Blick auf die Realitäten	206
Hamman, Winfried	Sind die Würfel gefallen?	204
Hansen, Hartwig	Das info. Briefe von Gefangenen aus der RAF	213
Häusler, Jürgen	Sozialdemokratie ohne Brandt	206
Hausmann, Bernd	siehe Halberstadt, Heiner	206
Heberling, Erwin	siehe Göttling, Dietmar u.a.	202
Heinrichts, Sebastian	siehe Linzer, Friederike	208/209
Heins, Volker u. Norbert Neumann	Ist die CDU ein Tanker?	206
Helbig, Ludwig	Befreiungspädagogik und Schulboykott in Südafrika	207
Heydorn, Heinz-Joachim	Georg Büchner. Ein Essay aus dem Nachlaß	208/209
Heydorn, Irmgard	Interview mit. . . Sozialistische Linke und Sozialdemokratie. Interview mit Irmgard Heydorn, 2. Teil	202
Hickel, Rudolf	Wirtschaftspolitik jenseits von Auf- oder Abschwung	205
Hirsch, Joachim	Dollar-Absturz — oder die Wiederkehr der ökonomischen Realität	213
Hirsch, Joachim	Tod in Genf	212
Hirsch, Joachim	Der Geßlerhut ist aufgepflanzt	207
Hirsch, Joachim	Auf der Suche nach der verlorenen Zielgruppe	206
Hirsch, Joachim	Unsere postmodernen Grünen	204
Hirsch, Joachim	Zurück zu den Realitäten	
Holm-Köhler, Detlev	,,Wir haben die Revolution gewollt und haben den Krieg bekommen"	206
Hübner, Kurt	Die Lust am Spekulieren	213
Humanistische Union, Komitee für Grundrechte und Demokratie, Sozialistisches Büro	Wie man sich der Volkszählung gegenüber verhalten kann	205
Internationales Komitee	,,Gerechtigkeit für Otelo"	210
Jahn, Egbert	,,Neues Denken" in der sowjetischen Außenpolitik	211
Jahn, Egbert	Gorbatschows neuer Coup	205
Jahn, Egbert	Im Osten nichts Neues?	205
K., P.	Kennen Sie den?	205
Kaiser, Reinhard	siehe Beer, Angelika	
Kallscheuer, Otto u. Michael Sontheimer	Der klammheimliche Ausnahmezustand	213
Kern, Peter	Der Einzelne und sein Hauseigentum. Anmerkungen zum Fertighausbau und den pluralen Lebensstilen heute	210
Kern, Peter	Die Spaßkultur und ihre Klienten	205
Kern, Peter	Wechselkurse, Wechselbäder. Die Welt der Frankfurter Bankangestellten	203
Kern, Peter	,,Was fällt, soll man stoßen"	20
Klier, Vera	siehe Göttling, Dietmar u.a.	
Knapp, Wolfgang u. Winfried Thaa	Nachruf zum Tode von Hans Sobetzko	213
Kofler, Leo	Verdinglichung, Entfremdung und eine ,,eschatologische" Verleumdung	205
Köhler, Holm-Detlef	Spanien: Gewerkschaftsbewegung am Scheideweg	211
Köhler, Holm-Detlef	Heftiger Winter	204
Kolodziej, Günter	siehe Ebermann, Thomas	205
Komitee für Grundrechte und Demokratie	siehe Humanistische Union u.a.	205
Komitee gegen den iranisch-irakischen Krieg Aufruf	Den Golfkrieg beenden	210
Koneffke, Gernot	Ohne Bildung keine Pädagogik!	202
Konrad, György	Jeder kann das Salz der Erde sein	208/209
Kostede, Norbert u. Helmut Wiesenthal	Funi-Signale und Mitteorientierung	207
Kowol, Klaus W.	Weiter so, Gewerkschaften?	204
Krampe, Eva-Maria	Einmal Paris und zurück	205
Krampe, Eva-Maria	Endlich — befreit von meiner Befreiung	204
Kraushaar, Wolfgang	Selbst-Schüsse. Zu den tödlichen Schüssen an der Startbahn West	213
Kraushaar, Wolfgang	Ein ,,Deutsches Historisches Museum" nach Auschwitz dementiert sich selber	202
Krick, Roland	CDU im Abwärtstrend	207

Verfasser	Titel	links-Nr./87
Krippendorff, Ekkehart	NATO-Diskussion: Wider die realpolitische Vernunft	213
Kunstreich, Timm	„Verändern, um nichts zu verändern"	207
Lange, Silvia	Anthropologie und Gesellschaftstheorie bei Leo Kofler	211
Laurentiis, Allegra de	Zum Tod von Primo Levi	208/209
Lenz, Simone u. Gerhild Ohrnberger	Asylpolitik und linke Pauschalisierungen	202
Linke Liste an der Uni Ffm	Die tödlichen Schüsse an der Startbahn	213
Linsenmeier, Klaus	Gesundheit ist Veränderung. Annäherung an die Freiheit	207
Linzer, Friederike u. Sebastian Heinrichs	Frühlingserwachen '87	208/209
Lochmann, Walter	siehe Hafeneger, Benno	210
Lochmann, Walter	siehe Hafeneger, Benno	208/209
Lochmann, Walter	siehe Hafeneger, Benno	202
Lodovico, Ludi	Dohnanyis Wort	213
Lodovico, Ludi	Diagonal durch die Aufklärung auf den Misthaufen	208/209
Lodovico, Ludi	Das „Asiatische" in den Köpfen	206
Lodovico, Ludi	Vielfalt in der Einheit	204
Lodovico, Ludi	„Weiter so?"	203
Lodovico, Ludi	Ende der linken Unkerei?	202
Lodovico, Ludi	siehe Behrens, Diethard u.a.	208/209
M., D.	Antiapartheid in den USA	202
Macke, Carl-Wilhelm	Akustischer Kolonialismus. Private Radiostationen — das Beispiel München	210
Macke, Carl-Wilhelm	Schickeria mit Chips und Chic	203
Mafai, Miriam	Comandante, wir liebten Dich!	212
Maier, Dieter	Preis des Friedens	212
Maier, Dieter	UdSSR und Entwicklungsländer	211
Maier, Dieter	Aufruf zum Kirchentag. . .	204
Manke, Wilfried	Kommunales Wahlrecht für „Ausländer": Noch kein Grund zur Feier	210
Massarrat, Mohssen	Neue Eskalationsstufe im Golfkrieg	211
Menzel, Ulrich	China — Ende der Reformen?	204
Militz, Eva	Bundesdeutsche Banken als Nutznießer	205
Mitschein, Thomas	Wirtschaftsreform mit Charisma	203
Mittermüller, Hans G.	Philippinen: Zurück in die Zukunft?	211
Mittermüller, Hans G.	Ein Votum für die Demokratie?	204
Möller, Michael	Z.B. Südafrika. Vom Elend des grünen Internationalismus	207
Muno, Martin u. Sebastian Reinfeldt	Die Fortsetzung der Postmoderne	207
Mylnar, Zdenek	Probleme des politischen Systems in der SU	205
Narr, Wolf-Dieter	Ausnahmezustand und Normalität. Herbst 1977 und Herbst 1987	212
Narr, Wolf-Dieter u. Klaus Vack	Zur Rolle ideologischen Gewäschs	202
Neumann, Norbert	siehe Heins, Volker	206
Nirumand, Bahman	Chomeinis Gottesstaat und der Stellvertreterkrieg	212
NN	Geschenk an Reagan?	205
Oberbeck, Herbert u. Martin Baethge	Neue Technologien in den Büros	203
Offenborn, Peter	Volkszählungsboykott in Hamburg	204
Ohrnbeger, Gerhild u. Simone Lenz	Asylpolitik und linke Pauschalisierungen	202
Oppenheimer, Martin	Interview mit. . . „White Collar"	204
Pabel, Klaus	„Festgenommen und wohlverwahrt". Büchner und der Büchnerpreis	204
Petrow, Bianka	Die Sowjetunion im aktuellen Historikerstreit	212
Poppinga, Onno	Wenn die Schwarzen dran sind, wirds für die Bauern finster	208/209
Post, Uli	Unser Mann bei der Stasi	210
Raphael, Lutz	Neues Kleinbürgertum, neue Klassenmoral. Zu P. Bourdieu: „Die feinen Unterschiede"	204
Rathenow, Lutz	Die Zukunft der Mauer	210
Redaktion	Die Krise der SPD ist auch ein Problem der Linken	206
Reiber, Norbert	Moneykultur	210
Reiber, Norbert	High-Tech — High Culture — High Späth	208/209
Reimann, Michal	Perestrojka und das Jubiläum	211
Reinfeld, Sebastian	siehe Muno, Martin	207
Reusswig, Fritz u. Fritz Stahl	Geschichte wird gemacht — Geschichtslosigkeit auch. Nachlese zum Sartre-Kongreß in Frankfurt	210
Ripken, Peter	Das Dilemma mit Südafrikas Krise	207
Risse-Kappen, Thomas	Probleme mit der Abrüstung	211
Risse-Kappen	Thomas Verkehrte Fronten	207
Roller, Gerhard	Blockadeurteil	203
Roller, Gerhard u. Martin Führ	Zwischen Genehmigungsrecht und Politik	205
Roseneke, Werena	Die südafrikanische Gewerkschaftsbewegung	207
Roth, Roland	Linke ohne Klasse?	203
Saul, John	Südafrika: Die Strategiefrage	207
SB-Hannover	Studentenproteste in Niedersachsen	207
Schmiederer, Ursel	Die Logik der Gorbatschowschen Reformen	208/209
Schmitz, Kurt Th. u. Heinrich Tiemann	Staatlich organisierte Sinnstiftung	206
Schneelicht, Samuel	Das Bayerndorf in Chile	213
Schneider, Felix	CDU-Visionen	211
Schneider, Felix	Ja zur doppelten Null-Lösung	208/209
Schneider, Felix	Demokratische Blankoschecks	207
Schneider, Felix	eine bemerkenswerte Bemerkung	202
Schnitzler, Christian	Großbritannien vor Thatchers dritter Amtszeit	210
Schnitzler, Christian	Gewerkschaften hoffen auf konservative Wahlschlappe	206
Schnitzler, Christian	Offene Fragen nach den Wahlen	205
Schnitzler, Christian	Wieder ein Auswanderungsland	203
Schoch, Bruno	Neue Anziehungskraft der KPI?	207
Schoch, Bruno	Chaplins Koffer als Vorbild? Ein Nachtrag zum Beitrag in links, Jan. 87	203
Schoch, Bruno	Der Kommunist des „Geständnisses". Zum Tod von Artur London	202
Schoeller, Wolfgang	Mosambik im wirtschaftlichen Ausnahmezustand	207
Schönert, Joachim	Restauration der Sexualunterdrückung	205
Schröder, Hans Henning	„Neues Denken", Clausewitz und die Militärs	212
Schulze, Bodo	Was ist los in Frankreich?	204
Segbers, Klaus	Oktoberrevolution: Abschied oder zweiter Atem?	213
Segbers, Klaus	Zwischen Programm und Praxis. Die sowjetische Wirtschaftsreform vor den Türen der Betriebe	210
Segbers, Klaus	Frühling in Moskau	206
Segbers, Klaus	Entschieden nach vorn — wohin?	203
Seifert, Jürgen	Wählerverhalten als Demonstration	204
Seifried, Helmut	Die Gewerkschaftsbewegung — „dritte Kraft" in El Salvador?	213
Sonnenfeld, Christa	Vom guten Umgang	205
Sontheimer, Michael	siehe Kallscheuer Otto	213
Sozialistisches Büro	Tod an der Startbahn West	213
Sozialistisches Büro	Stellungnahme des Sozialistischen Büros zur Volkszählung	206
Sozialistisches Büro	siehe Humanistische Union u.a.	205
Spira, Leopold	Die Geschichte ist hartnäckig	213
Spira, Leopold	Nach der Wahl	202
Spiss, Rainer	Postmodernes Freibeutertum	206
Spurk, Jan	Der Eisenbahnerstreik	203
Staudhammer, Rainer	Die Märkte haben das letzte Wort. Der Börsenkrach im Spiegel der deutschen Presse	213
Staudhammer, Rainer	Realpolitik!	206
Staudhammer, Rainer	Mutmaßungen über den Wählerwillen.	204

Verfasser	Titel	links-Nr./87
	Erwiderung auf J. Seifert	
Steinmüller, Wilhelm	Wenn der Zähler kommt	205
Steick, Edda	Das „Eingemachte der Kirchen" und die Solidarität	207
Stender, Rolf	Wende in Portugal	210
Stettner, Herbert	Lügen mit der Kamera	208/208
Thaa, Winfried	siehe Knapp, Wolfgang	
Thomsen, Sigrid	Südafrika nach dem Bergarbeiterstreik	211
Tiemann, Heinrich	siehe Schmitz, Kurt Th.	206
Töpper, Barbara	Fortgesetzte Demokratisierung oder erneute Militarisierung?	207
Vack, Klaus	Wieder lebenslänglich	202
Vack, Klaus	siehe Narr, Wolf-Dieter	202
Wahl, Dieter u. Ute Wahl	Drei Jahre als Lehrer in Namibia	207
Wahl, Ute	siehe Wahl, Dieter	207
Wentz, Martin	Dienstleistungsgesellschaft und sozialdemokratische Politik	206
Werning, Rainer	Krisenherd Südkorea	211
Wiesenthal, Helmut	Noch jede Menge Diskussionsbedarf	206
Wiesenthal, Helmut	siehe Kostede, Norbert	207
Wolf, Biggi	Presse-Kultur in Indien	208/209
Wüstenberg, Wiebke u. Stephen Castles	Rassismus und Apartheid in Australien	212
Zahn, Horst-Dieter	Kultur als „bunter Flickenteppich". Was Konservative von neuen sozialen Bewegungen, Alternativkultur und „Wertewandel" halten	210
Zaslavski, Viktor	Die Situation der Juden in der UdSSR	208/209
Zeuner, Bodo	Fortschritt ohne Kampf	207
Ziebura, Gilbert	Gibt es eine europäische Krisenbewältigungsstrategie?	208/209
Ziebura, Gilbert	Sozialdemokratische Götterdämmerung?	202
Zielonka, Christoph	Internationaler Friedenskongreß in Warschau	208/209

links

Das Geschenk, das ein Jahr hält

Wer jetzt abonniert, erhält die letzten Ausgaben des Jahres 1987 geschenkt

☐ „links" ab Januar 1988 zum Bezugspreis von DM 54,— (einschl. Versandkosten). Die „links"-Ausgaben Oktober bis Dezember 1987 und die „links"-Sondernummer „Aufmarschgebiet Hessen" gibt es **kostenlos** dazu.

☐ „Widersprüche"-Abonnement 1988 (Heft 26 bis 29) zum Bezugspreis von DM 54,— (einschl. Versandkosten), Heft 22 (Geschlechterverhältnis) und Heft 23 (Angestellte) gibt es **kostenlos** dazu.

☐ „express" ab Januar 1988 zum Bezugspreis von DM 48,— (einschl. Versandkosten). Die „express"-Ausgaben Oktober bis Dezember 1987 gibt es **kostenlos** dazu.

Schickt die Rechnung an:

Vor- und Zuname Straße Wohnort

Das Geschenkabonnement erhält:

Vor- und Zuname Straße Wohnort

Der/die neue Leser/in erhält noch in diesem jahr die kostenlos angebotenen Zeitschriften mit einer hübschen Karte, die den Namen des Schenkenden enthält.

Das Geschenkabonnement gilt nur für 1988 und wird nicht automatisch verlängert.

1. Datum/Bestell-Unterschrift

2. Datum/Bestätigungs-Unterschrift

Erfüllungsort: Offenbach. Ich bestätige mit meiner 2. Unterschrift, daß ich diese Bestellung innerhalb 14 Tagen widerrufen kann.

Fritz Reusswig/Joachim Stahl

Existenz als Utopie

Eine Kritik an Hans Jonas

Heideggers Philosophie erfährt seit geraumer Zeit wieder eine theoretische und politische Resonanz, die man nach der eindringlichen Kritik der Fundamentalontologie durch Autoren wie Günther Anders, Th. W. Adorno oder K.-H. Haag zumindest in der Bundesrepublik überraschend finden darf. Wenn die durch das Buch von Farias wiederbelebte politische Kritik an Heidegger auch theoretisch fruchtbar werden soll, dann muß sie sich dem konstatierbaren zeitgenössischen Bedürfnis nach einem scheinbar radikalen und universellen Denken stellen, das andere theoretische Positionen offensichtlich nicht befriedigen können. So hat die Konjunktur von Heidegger durchaus etwas mit der theoretischen und deskriptiven Schwäche der kommunikativ gewendeten Kritischen Theorie von Habermas zu tun, deren Dualismus von System und Lebenswelt die ökologischen Probleme und Krisenerscheinungen der gesellschaftlichen Naturbeziehung systematisch nicht zu erfassen vermag. Hier scheint Heideggers Kritik des europäischen Denkens als einer im Kern technischen Veranstaltung eine deutlich höhere Erschließungskraft zu haben. Dies wird an der politisch breiten Zustimmung für Hans Jonas' Technikkritik deutlich, die in den tragenden Schichten ihrer Argumentation Heidegger verpflichtet ist.

Der Börsenverein des deutschen Buchhandels hat seinen letzten Friedenspreis am 11. Oktober 1987 an den 1933 aus Deutschland vertriebenen und derzeit in den USA lebenden Philosophen Hans Jonas verliehen. Die Aufmerksamkeit, die Hans Jonas verstärkt durch diese Preisverleihung in der Öffentlichkeit zuteil geworden ist, hängt sicherlich damit zusammen, daß das Hauptanliegen seines Nachdenkens ein seit einigen Jahren aktuelles Thema betrifft: den krisenträchtigen Umgang des Menschen mit der Natur.

Im Jahre 1979 erschien sein hierzulande bekanntestes Buch, „Das Prinzip Verantwortung". Günter Rohrmoser, ein christlicher Sozialphilosoph, bezeichnete es als „bedeutendstes philosophisches Werk zur Ökologiedebatte", und der konservative Münchner Philosoph Robert Spaemann hat es in seiner Laudatio in diesem Sinne gewürdigt.

Das „Prinzip Verantwortung" spielt mehr als nur nebenbei auf das „Prinzip Hoffnung" von Ernst Bloch an, das Jonas wegen der darin entworfenen Utopie — der „gefährlichsten Versuchung der heutigen Menschheit" — der „Unbescheidenheit seiner Zielsetzung" und ihrer destruktiven Folgen zeiht. Ausdrücklich gegen diese Anmaßung weiß sich das „Prinzip Verantwortung" einer „bescheideneren Aufgabe" verpflichtet: „dem Menschen in der verbleibenden Zweideutigkeit seiner Freiheit, die keine Änderung der Umstände je aufheben kann, die Unversehrtheit seiner Welt und seines Wesens gegen die Übergriffe seiner Macht zu bewähren." (FR vom 13.10.1987). Hatte Ernst Bloch als letzter Philosoph diesen Preis vor zwanzig Jahren erhalten, so mutet seine Nachfolge durch Jonas mehr als nur zufällig an. Unabweisbar die Frage, ob die Jury mit ihrer Entscheidung, der Utopie des Prinzips Hoffnung die Utopielosigkeit des Prinzips Verantwortung folgen zu lassen, nicht selbst einem allgemeinen Trend gefolgt ist.

Seit einiger Zeit schon werden im Rahmen der Ökologiedebatte politische und gesellschaftliche Probleme und Konflikte umdefiniert — sei es zu anthropologischen Problemen im allgemein, sei es zu Folgen „unserer" Orientierung an einem überkommenen mechanistischen Weltbild (z.B. Capra) oder sei es zu Problemen, die sich aus der Mißachtung der ökologischen Zusammenhänge und normativen Ansprüche einer an sich seienden Natur ergeben (z.B. Amery, Bateson). Allen diesen Umdefinitionen ist gemeinsam, daß sie im Kontext der von ihnen thematisierten ökologischen Probleme und Bedrohungen von gesellschaftlicher Herrschaft kaum sprechen. Statt dessen machen sie umgekehrt die „Anmaßung" menschlicher Freiheit, die Fortsetzung des Prometheischen Sündenfalls für diese Probleme verantwortlich und plädieren für eine Selbstbeschränkung und Bescheidung des Menschen. Eine sich leichthin über gesellschaftliche Verhältnisse hinwegsetzende Moral war aber seit je das Reversbild reiner Faktizität.

Wir möchten gegen die theoretische Konzeption von Jonas ebenso wie gegen seine politische Aufnahme bei Vertretern durchaus unterschiedlicher politischer Richtungen drei Einwände erheben:

- Jonas' Theorie der Verantwortung begründet *keine ökologische Ethik*, sondern destruiert aufgrund ihres ontologischen Fundaments deren Möglichkeit.
- Das „Prinzip Verantwortung" liefert eine *Technikkritik*, die aufgrund ihrer *politischen Ambivalenzen* zum Komplement technokratischer Modernisierung zu werden droht.
- In ihrem ökologisch und technikkritisch motivierten *Anti-Utopismus* hintertreibt Jonas' Verantwortungsethik die Möglichkeit einer sozial-ökologischen Politik.

Ontologische Ethik und ökologische Verantwortung

Jonas' „Ethik für die technologische Zivilisation" fügt sich in die allgemeine Tendenz, auf ökologische Krisen und technische Gefahren der „Risikogesellschaft" (Beck) philosophisch mit einer ökologischen Ethik zu reagieren. Über die Notwendigkeit einer solchen Ethik sind sich konservative Theoretiker (z.B. Spaemann,

Löw, Rohrmoser) ebenso einig wie manche grüne (z.B. A.v.Gleich) oder sozialdemokratische (z.B. Meyer-Abich) Politiker.

Grundlegendes Desiderat einer heute notwendigen Ethik ist für Jonas die Durchbrechung der Anthropozentrik, d.h. die „Anerkennung von ‚Zwecken an sich selbst' über die Sphäre des Menschen hinaus", weil die Ausschließlichkeit, mit der der Mensch als Träger von Rechten und Zwecken angesehen wird, „den Menschen selbst zu zerstören" (Spaemann) droht. Die „Achtung" vor „allem Lebendigen" (TE, 85) als neues ethisches Prinzip soll daher menschliche Eingriffe in die Natur begrenzen und so eine zuletzt auch den Menschen vernichtende ökologische Katastrophe abwenden. Ob sich Reaktor- und Chemieunfälle, Gentechnik oder Ozonloch überhaupt *ethisch* fassen lassen — diese Frage wird im öko-ethischen Diskurs selten gestellt.

Jonas' Gegenentwurf zum destruktiven Anthropozentrismus fußt auf „eine(r) *ontologische(n)* Idee". Die „Idee des Menschen", zu der auch er — aller Anthropozentrik-Kritik zum Trotz — sich bekennt, wird von ihm aus dem *Sein* begründet. Dem Sein gilt schließlich auch das Prinzip der Verantwortung: es geht um „Verantwortung gegen das Sein". In dieser *Spannung zwischen Ontologie und Ethik*, zwischen Sein und Sollen besteht das Grundproblem des Jonas'schen Ansatzes. Nachdem er gezeigt hat, daß — entgegen dem mechanistischen Denken der neuzeitlichen Naturwissenschaften, aber in Einklang mit Aristoteles — auch in der Natur Zwecke angenommen werden müssen, geht er daran, diesen auch für ihn zunächst nur empirisch-deskriptiven Tatbestand ontologisch und ethisch auszulegen: im zweckhaften Lebendigen offenbart sich die „Selbstbejahung des Seins", und im „Gegensatz des Lebens zum Tode" zeigt sich der „Grundwert aller Werte", die „Selbstwahl des Seins" in seiner „Differenzierung vom Nichtsein" — ein ethisch-fundamentaler „Spruch des Seins", gegen das es „keinen Gegenspruch" gibt. Der Mensch „übernimmt" diesen Seinsspruch und handelt allein dadurch verantwortlich: er erkennt etwas als „von sich her seinswürdig und meiner Leistung bedürftig" und bringt es so aus der Möglichkeit zur Wirklichkeit. Diese Konstruktion ist in mindestens zweifacher Hinsicht aporetisch:

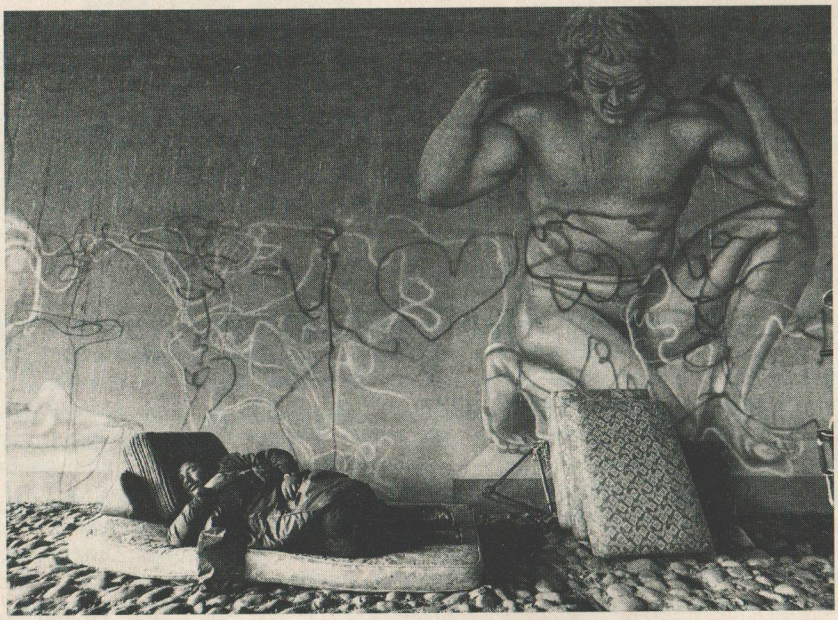
Erstens klafft zwischen der empirischen Beschreibung des Lebendigen als zweckhaft und der ontologischen Interpretation der Zweckstruktur als an sich seiendem Wert ein argumentativer Abgrund. Jonas weiß selbst gut genug, daß der „ontische" Lebensprozeß Negation (z.B. Tod, Krankheit) einschließt — gleichwohl soll in ihm, ontologisch gesehen, nur Sein, nicht auch Nichtsein liegen. Dieser undialektische Seinsbegriff hat nicht nur Konsequenzen für seine Auffassung der Natur — die normativ gewendeten sogenannten „Gleichgewichtsgesetze der Ökologie" bleiben prozeßlos und eigentümlich indifferent gegenüber abiotischen Aspekten der Natur —, er zeigt vor allem, daß am Grund von Jonas' ökologischer Verantwortungsethik etwas rein Logisches liegt: das Sein, das sich selbst „wählt", die *Tautologie des reinen Seins*.

„Doch das Sein — was ist das Sein? Es ist Es selbst." (Heidegger)

„Ethisch" wird diese Tautologie bei Jonas einzig dadurch, daß dem Sein in fundamentalontologischer Manier Subjekthaftigkeit („Wahl", „Spruch" etc.) angeschafft wird. Und nur indem das solcherart moralisch ausstaffierte Abstraktum des Seins der belebten Natur unterschoben wird, „gelingt" Jonas' Begründung einer neuen Ethik.

Zweitens besteht ein eklatantes Mißverhältnis zwischen der Absolutheit eines an sich wertvollen Seins und dem einerseits bloß abgeleiteten, aber andererseits gleichwohl unverzichtbaren menschlichen Handeln. Dies entspricht ganz der Ambivalenz des Verhältnisses von Sein und Dasein bei Heidegger. Schon an ihm fiel „die höchst eigentümliche Grundunterstellung" auf, „daß das Sein unserer Hilfe bedarf" (Günther Anders). Eben diese Paradoxie prägt bei Jonas den Begriff der Verantwortung. Einerseits nämlich durchbricht nur ein absolutes und als ethisch gesetzes Sein die von Jonas inkriminierte Anthropozentrik vor-ökologischer Moral. Andererseits ist es aber gerade die Bedrohtheit dieses Seins im Zeichen moderner Technik, die dem Menschen Verantwortung gegen es zur Pflicht machen soll. Damit aber verliert das Sein seine bindende Kraft gerade dann, wenn es sie am meisten braucht und zeigt sich als kontingent und abhängig vom menschlichen Dasein. Ein unserer Verantwortung anheimgegebenes Sein aber vermag auf keine Weise mehr zu begründen, warum der Mensch nicht auch sein Nichtsein wählen soll. Der ontologische Ethiker der technischen Zivilisation befindet sich in der aporetischen Lage, eine verschämte *Mitleidsethik fürs Sein* zu proklamieren, die ihre zentrale Legitimation doch andererseits aus seiner — jeden Mitleids unbedürftigen — *Absolutheit* beziehen soll.

Im doppelten Sinn also ist das „Prinzip Verantwortung" keine ökologische Ethik: sein Fundament, die Tautologie des Seins, ist rein logisch, und seine ethische



Der Schlaf der Utopie gebiert Ungeheuerliches

Foto: Klaus Malorny

Ausführung, die Theorie der Verantwortung, in sich widersprüchlich.

Technikkritik und politische Ambivalenz

Man kann diese zentrale Aporien der Jonas'schen Verantwortungsethik nicht durch den Verweis auf ihre umweltkritische Intention (und Resonanz) abtun oder relativieren, weil man damit die politische Folgeträchtigkeit von Begründungsstrategien unterschätzt. Aus Jonas' Technikkritik kann man — pointiert gesagt — sowohl die Konsequenz ziehen, hier und jetzt aus dem technischen Fortschritt „auszusteigen", als auch diejenige, ihn — bereichert um ethische Reflexionen — weiter zu betreiben wie bisher. Jonas' Buch drückt damit jenen Widerspruch aus, der den Neokonservativismus derzeit charakterisiert: während die eine Fraktion zumindest bremsende Eingriffe in den Fortschritt für nötig hält (z.B. Spaemann), wollen andere wie Lübbe oder Marquard nur als Sinnstifter in der „Karawane der Späth, Riesenhuber & Co." (Leggewie) mitziehen.

So warnt Jonas auf der einen Seite ganz richtig vor dem *Normalbetrieb* von Technik, nicht so sehr vor dem öffentlichkeitswirksamen Störfall. Er redet einer „Heuristik der Furcht" das Wort, derzufolge die schlechtere Prognose vor der guten den Vorzug erhalten solle — angesichts der mittlerweile entwickelten (Gegen)Gutachten-Kultur in der BRD zweifellos das Ende zahlloser technischer (Groß)Projekte.

Auf der anderen Seite aber heißt es, daß von einem „Aussteigen" aus dem technischen Fortschritt keine Rede sein könne, zumal gerade eine ökologische „Rettung" des „technologischen Abenteuers" bedürfe (FR vom 13. 10. 87), wenn sie nur „mit einer Dosis mäßigender Moral" versehen wird.

Diese politische Ambivalenz der Jonas'schen Position hat ihr Vorbild in *Heideggers Technikkritik*. Lange vor dem ökologischen Krisendiskurs erblickt Heidegger — in metaphysikkritischer Perspektive — im „Ge-stell" als dem „Wesen der Technik" die Signatur der Moderne: sie bedroht das Sein durch Reduktion des Seienden auf technische Verfügbarkeit. Dieser seinsgeschichtliche Prozeß repräsentiert für Heidegger eine „Gefahr", die weit fundamentaler aufgesucht und angegangen werden muß als auf der technischen Ebene von „Gestände und Geschiebe und Gerüste" (Heidegger). Damit aber schlägt ontologische Radikalität um in ontischen Moderantismus: weil das „Wesen der Technik" „selber nichts Technisches" ist, hilft auch keine gesellschaftliche Veränderung von Technik gegen die von ihr ausgehende „Gefahr". „Die Technik, deren Wesen das Sein selbst ist, läßt sich durch den Menschen niemals überwinden. Das hieße doch, der Mensch sei der Herr des Seins" (Heidegger).

Diesem Irrtum hängt nach Heidegger — auch darin Vorbild für Jonas — der Marxismus an: weil er Technik politisch und ökonomisch glaubt kontrollieren zu können, bleibt er selbst bloß technisch und verfehlt deren Wesen. Heideggers eigene technikkritische Strategie besteht demgegenüber darin, durchs „Andenken ans Sein" den Bann der Technik zu lösen: die „Gelassenheit" des Denkens wird zum „eigentlichen Handeln", während Politik und Ökonomie Technik nur — uneigentlich — verfehlen. Technik wird *überwunden*, indem man sie sein läßt, wie sie ist — das ist das Geheimnis der Heideggerschen Technikkritik.

Auch Jonas macht die ontologische Radikalität seiner Technikkritik ontisch höchst flexibel. Aufgrund seiner Abstraktion von den gesellschaftlichen Implikationen von Technik kann weder gesagt werden, *wer* das Subjekt der Verantwortung ist (wir alle? nur die Ingenieure?), noch ist klar, *was* es eigentlich zu tun oder zu lassen gilt. So proklamiert z.B. die „Notstandsethik der bedrohten Zukunft" einerseits autoritär die „Pflicht. . . zur Fortpflanzung" — von Spaemann in seiner Laudatio prompt aufgegriffen und gegen das Selbstbestimmungsrecht der Frauen gewendet —, während es anderswo heißt, dieselbe Pflicht gebiete angesichts ökologischer Grenzen dem Menschen unabdingbar „Nullvermehrung".

Diese tiefsinnige Konsequenzlosikeit bietet sich damit — möglicherweise gegen die Intentionen des Autors — zur Legitimation technokratischer Modernisierungsstrategien an: gerade weil auf der einen Seite von den Philosophen ethische Wesensfragen gestellt werden, dürfen die High-Tech-Freaks auf der anderen guten Gewissens weitermachen wie bisher. Todtnauberg und Untertürkheim — sie liegen eben doch nahe beieinander.

Anti-Utopismus und existentielle Genügsamkeit

Jonas führt die „Kritik des utopischen Ideals", das für ihn in seiner Reinkultur als Fortschrittsoptimismus in der marxistischen Utopie auftritt, in zwei Schritten durch. Der erste Schritt betrifft seine „Realien-Prüfung" und meint die naturwissenschaftlich entscheidbare Möglich-

Literatur:
M. Heidegger, Die Technik und die Kehre, Pfullingen 1985
ders., Über den Humanismus, Frankfurt 1981
H. Jonas, Das Prinzip Verantwortung, Frankfurt 1979
ders., in: H. Lenk/G. Ropohl (Hrsg.), Technik und Ethik, Stuttgart 1987
ders., „Wir sind der Natur gefährlicher geworden. . .", in: Frankfurter Rundschau (FR) vom 13.10.1987

keit der Utopie, während die ,,Ideal-Prüfung" den ,,wesenskritischen Schritt" ausmacht, in dem ,,anthropologisch-philosophisch" nach dessen ,,immanenter Wünschbarkeit" gefragt wird.

Die ,,Realien-Prüfung" geht dabei von der Voraussetzung aus, daß die Utopie den ,,Umbau des Sterns Erde durch entfesselte Technologie" notwendig macht — verspricht sie doch materielle Fülle zur Befriedigung der Bedürfnisse sowie Leichtigkeit der Aneignung dieser Fülle — und fragt danach, wie sich dazu ,,die Natur verhalten" wird: ,,Daß es hier Grenzen der Toleranz gibt, bezweifelt heute niemand, und im jetzigen Zusammenhang fragt sich nur, ob die ‚Utopie' innerhalb oder außerhalb derselben liegt. Jonas konstatiert ein dreifaches ,,Veto der Natur gegen die Utopie", das zuletzt im Entropiegesetz begründet ist. Die mit der Verwirklichung der Utopie scheinbar notwendige Expansion der Produktivkräfte würde Nahrungs-, Rohstoff- und Energieprobleme bis über die Belastbarkeitsgrenzen der Natur hinaus verschärfen. ,,Hierin läßt die Thermodynamik nicht mit sich handeln." Daß die Randbedingungen des zweiten Hauptsatzes der Thermodynamik (geschlossene Systeme) für die Erde nicht gegeben sind, wird sowenig thematisiert wie die Frage, ob es überhaupt zulässig ist, ein naturwissenschaftliches Theorem auf gesellschaftliche Prozesse zu übertragen. Für Jonas besagt der Entropiesatz zuletzt, daß eine klassenlose Gesellschaft nicht möglich ist. ,,Die Utopie jedensfalls, *das* unbescheidene Ziel par excellence, muß man sich aus dem Kopfe schlagen, . . . weil schon ihre Anstrebung zur Katastrophe führt"; statt dessen geh es um eine ,,Bescheidung in den Zielen" d.h. einen ,,Fortschritt mit Vorsicht".

Marxistische Utopie und bürgerlicher Fortschrittsoptimismus kommen für Jonas in der *,,Entfesselung der Produktivkräfte"* überein, der ,,fortgehenden Steigerung des Bisherigen in Können und Anwendung". In einem nicht-mechanistischen und -technizistischen Verständnis des Marxismus ist dagegen mit diesem Begriff wesentlich ein gesellschaftliches Verhältnis zur Entwicklung der Produktivkräfte gemeint. Ist in der kapitalistischen Gesellschaft Movens und Grenze der Entwicklung der Produktivkräfte die Selbstverwertung des Werts, die sich als gesellschaftliches Gesetz ,,hinter dem Rücken" der Subjekte durchsetzt, so bedeutet die Aufhebung dieser Fessel den Rückbezug der Entwicklung der Produktivkräfte auf bewußte gesellschaftliche Entscheidungsprozesse, in denen auch die Ziele und Kriterien dieser Entwicklung erst zu bestimmen wären. Das impliziert die Freisetzung der größten Produktivkraft der Geschichte: der vergesellschafteten Menschen selbst. Keineswegs also ist mit

,,Entfesselung der Produktivkräfte" bloß ihre beschleunigte Entwicklung gemeint.

Jonas hält die angesichts wachsender Umweltprobleme notwendig gewordene Einschränkung des technischen Fortschritts zugleich für eine Restriktion menschlicher Freiheit, die aber im Namen einer Verantwortungsethik als einer Ethik des ,,Maßhaltens" gefordert ist. Darin hält das ,,Prinzip Verantwortung" noch negativ dem bürgerlichen Fortschrittsoptimismus die Treue, der die Hoffnung der Freiheit an die Dynamik der Technikentwicklung bindet. Dagegen ließe sich einwenden: *Es ,,könnte wohl die Gesellschaft deren Fessel gefallen ist, darauf sich besinnen, daß auch die Produktivkräfte nicht das letzte Substrat des Menschen, sondern dessen auf die Warenproduktion historisch zugeschnittene Gestalt abgeben. Vielleicht wird die wahre Gesellschaft der Entfaltung überdrüssig und läßt aus Freiheit Möglichkeiten ungenützt, anstatt unter irrem Zwang auf fremde Sterne einzustürmen" (Adorno, Minima Moralia).*

Freiheit bestimmt sich erst in der bewußten Entscheidung über gesellschaftliche Zwecke. Ein solcher Freiheitsbegriff unterschiede sich von demjenigen, für den der Verzicht auf Machbares mit der Einschränkung von Freiheit identisch ist: nicht Einschränkung, sondern Entfaltung von Freiheit wäre also das Gebot einer ökologischen Ethik und Politik. Ob man der Jonasschen ,,Grenzen der Natur" wegen oder wegen der zerstörerischen Potenz des gesellschaftlichen Naturgesetzes der ,,Verwertung des Werts" (Marx) den ungehemmten technischen Fortschritt kritisiert, ist dabei eine theoretische Frage, die durchaus politische Relevanz besitzt.

Für Jonas ist eine zum An-sich stilisierte Natur Kriterium der Möglichkeit oder Unmöglichkeit von Utopie, und das Prinzip Verantwortung markiert eine Grenze, jenseits derer das Dasein der Natur in ihrem Selbst-Sein bedroht ist: Bewahrung dieses Daseins darum ihre Intention. Deshalb gelten Jonas alle Vorstellungen einer ,,humanisierten Natur" für den Wahn ihrer totalen Ausbeutung zu menschlichen Zwecken. Das ist gegen Bloch gesagt. In der Tat: angesichts der Probleme chemisierter Landwirtschaft mag man durchaus einen Satz wie den, daß die künstlichen Düngemittel ,,den Boden zu tausendfältiger Frucht ermuntern" und zu ,,einer Hybris und ‚Anti-Demeterbewegung' ohnegleichen" führen, ablehnen. Gleichwohl wird die dahinerstehende Idee der Humanisierbarkeit der Natur nicht hinfällig, sondern um so notwendiger. Bloch selbst hat die Konsequenz einer Nicht-Utopie auf diesem Gebiet deutlich vor Augen gestellt: ,,Denn nimmt man die Verlängerungslinie zu der humanisierbaren Erde gänzlich weg, dann bleibt jeder menschliche Einbau in die Welt letzthin nichtig." Dies aber ist der ,,Nihilismus des Bürgertums", der das ,,Erdleben zur Sackgasse" macht.

Nach Jonas kann man ,,ohne das höchste Gut, aber nicht mit dem höchsten Übel leben" und angesichts drohender Katastrophen gilt es darum, ,,eine Pflicht zum Dasein künftiger Menschheit. . . und in zweiter Linie dann auch eine Pflicht zu ihrem Sosein" zu etablieren. Auch Carl Amery formuliert: ,,Bisher hat sich der Materialismus begnügt die Welt zu verändern, jetzt kommt es darauf an, sie zu erhalten." Daß das Plädoyer für ,,bloßes Überleben" eine Stellungnahme genannt werden darf, gar zur moralischen Pflicht erklärt wird, versteht sich dann, wenn die reine Existenz zur Utopie erhoben und die ,,Weiterwohnlichkeit der Welt" (FR, 13. 10. 87) propagiert wird. Angesichts eines ins ontologische gewendeten Katastrophe der Natur wird die Frage, ob das ,,Weiter So" des Ontischen nicht selbst die Katastrophe ist, wie Benjamin vermutete, übergangen. Die Trennung von Dasein und Sosein und die vermeintliche Zweitrangigkeit des Soseins verstellt den Blick dafür, daß aufgrund der so-seienden Verfaßtheit des Daseins dieses selbst bedroht und ohne Perspektive auf das Sosein in seiner Veränderbarkeit ein *menschlicher Umgang* mit der Daseins-Bedrohung nicht möglich ist.

Ein anderer Blick dagegen scheint ethisch (!) geboten: die Frage, ob der Mensch selbst nicht der Utopie bloßer Selbsterhaltung des Seins zuletzt geopfert werden muß, damit die biologische Gattung überlebt, erscheint zuletzt an deren eigenem Horizont: *,,Schon in gänzlich nicht-utopischer Sicht könnte manches Bedenkliche und Tyrannische auf demographischen Gebiet nötig werden, einfach um Schlimmeres zu verhüten. . .".*

Lothar Baier

Heideggers Kurssturz

Schadensabwicklung à la francaise

Was für ein Antinazismus ist das, der da 1987/1988 plötzlich massiv hervorbricht, eine internationale große Koalition gegen Waldheim auf die Beine bringt, der in Werner Höfer auf einmal einen nicht mehr tragbaren ehemaligen Nazijournalisten entdeckt, der die britische Regierung überraschend auf den Gedanken bringt, im Lande untergetauchte Nazi-Kriegsverbrecher aufzuspüren, der amerikanische Literaturwissenschaftler aufschreckt, wenn herauskommt, daß der von vielen verehrte Yale-Professor Paul de Man eine Vergangenheit als publizistischer Nazi-Kollaborateur besaß und dies verschwiegen hatte, was für ein Antinazismus ist das, der den heideggerianischen Philosophen Francois Fédier am französischen Fernsehen in Tränen ausbrechen läßt, wenn im Dezember 1987 in einer Diskussion von Heideggers Schweigen zu Auschwitz die Rede ist? Ist er ein Epiphänomen der Entspannung, weil man sich jetzt im Westen nicht mehr vor dem Beifall von der falschen Seite fürchtet, wenn in den eigenen Reihen Nazihinterlassenschaften aufgedeckt und öffentlich hinausbefördert werden? Wie auch immer, die sonderbarste Manifestation dieser eigenartig verspäteten Auseinandersetzung mit dem Nazierbe scheint mir die Debatte um Heidegger zu sein, eben weil man sich in der Bundesrepublik gewaltig anstrengen muß, um überhaupt noch etwas zum Debattieren zu finden — wenn man Jürgen Busches lustlos hingeschlampten Beitrag im Pflasterstrand 279/280 als Maßstab nimmt, dann hat der bundesdeutsche Heideggerianismus den Kampf kampflos aufgegeben. In Frankreich dagegen ist die Debatte voll entbrannt — was sich dadurch erklärt, daß Heidegger seit den ersten Nachkriegsjahren ein ,,französischer

Philosoph" geworden ist, wie Christian Jambet im Vorwort zu der Arbeit schreibt, die den Stein ins Rollen brachte: Heidegger et le nazisme, von Victor Farias, im Herbst 1987 in dem kleinen Verlag Verdier erschienen (eine detaillierte Bewertung der Untersuchung des chilenischen Philosophen Farias wird erst möglich sein, wenn in der vom S. Fischer Verlag angekündigten deutschen Ausgabe der originale Wortlaut zahlreicher vom Verfasser ausgegrabener Dokumente überprüfbar wird — die französische Übersetzung von Texten, bei deren kritischer Würdigung es auf den Sprachduktus ankommt, läßt in der vorliegenden Fassung sehr zu wünschen übrig).

In Frankreich jedenfalls hat der von Farias anhand zahlloser Belege geführte Nachweis, daß Heidegger es auch nach dem Ende seines Freiburger Rektorats 1934 bis zum bitteren Ende mit den Nazis hielt, und daß sich manifest antisemitische Motive bis in Heideggers erste Veröffentlichung als Student zurückverfolgen lassen, wie eine Bombe eingeschlagen. Fernsehdebatten, Zeitschriftennummern, Dossiers der Wochenmagazine und Sonderseiten der großen Zeitungen waren dem Ereignis gewidmet. Zwei Feststellungen drängen sich dem außenstehenden Zuschauer dabei auf:

1. Mit dem vielbeschworenen ,,geistigen Austausch" zwischen den benachbarten Gesellschaften kann es nicht weit her sein, wenn es an die vierzig Jahre dauert, ehe die im Kern keineswegs neue Nachricht von Heideggers Verstrickung in die philosophische Aufrüstung des nationalsozialistischen Staats durchdringt — Guido Schneebergers ,,Nachlese zu Heidegger" ist 1962, Adornos ,,Jargon der Eigentlichkeit" 1964 erschienen.
2. In der Mehrzahl reagieren die aufgestörten Philosophen wie Politiker, bei denen man eine Leiche im Keller gefunden hat — sie verleugnen ihre Vergangenheit, halsen die Blindheiten, bei denen man sie ertappt, ihren Kritikern auf, haben alles sowieso schon immer gewußt und bestreiten schließlich, daß es überhaupt einen Skandalon gibt — nur ganz wenige nehmen die Debatte zum Anlaß, sich selbstkritisch nach der eigenen Autoritätsgläubigkeit zu fragen, die als Zensurinstanz gegenüber allen — in Frankreich von Jean-Pierre Faye und Pierre Bourdieu vorgetragenen — Zweifeln an der Größe Heideggers funktionierte.

Warum ist gerade Heidegger in Frankreich der Referenzphilosoph, der alle intellektuellen Richtungswechsel der letzten vierzig Jahre einschließlich Mai 1968 und ,,Gulag-Schock" Mitte der 70er Jahre unlädiert überstand (weshalb man sich jetzt auch so verbissen an ihm festklammert, denn mit Heidegger ginge die letzte verläßliche Stütze unter)? Es hängt zweifellos damit zusammen, daß Heidegger, in ein vernünftig klingendes Französisch übersetzt, nach dem Zweiten Weltkrieg von Résistanceleuten wie Jean Beaufret, dem Adressaten des ,,Humanismusbriefs", an die Hand genommen und als Philosoph aus dem Geist der Résistance eingeführt wurde. Michel Foucault hat, wie er im letzten Interview vor seinem Tod 1984 erklär-

te, Anfang der fünfziger Jahre Heidegger gelesen und über der Lektüre, obwohl damals Kommunist, Hegel und Marx liegenlassen: ,,Heidegger ist für mich immer der wesentliche Philosoph gewesen", heißt es in dem Interview (Les Nouvelles, 28.6.1984), und man glaubt es ihm gern, wenn auch stirnrunzelnd, wenn man sieht, daß er Heidegger in der Titelgebung seines letzten Buchs treugeblieben ist: ,,Le souci de soi" ist die offizielle französische Übersetzung der Heideggerschen ,,Selbstsorge".

Der Résistanceglanz allein hätte aber kaum ausgereicht, um dem französischen Heidegger diese phänomenale Langlebigkeit zu verschaffen. Mitte der sechziger Jahre wurde der subversive Heidegger entdeckt, der große Bundesgenosse im Kampf gegen die Metaphysik des abendländisch-bürgerlichen Logos. Der Philosoph Jacques Derrida hat damals die avantgardistische Intelligenz auf den Usus eingeschworen, Marx, Freud und Heidegger in einem subversiven Atemzug zu nenne — nach der Verbannung des Gulag-Marx aus dem ,,Diskurs" und der Ersetzung Freuds durch C.G. Jung blieb als unverdächtiger Prophet der Subversion nur noch der Sankt-Martin aus Meßkirch zurück. Derridas jüngstes und gleichzeitig mit Farias' ,,Heidegger et le nazisme" im Herbst 1987 erschienenes Werk trägt diesen im besten Jargon der Eigentlichkeit abgefaßten Titel: ,,De l'esprit. Heidegger et la question (Vom Geist. Heidegger und die Frage). Was ist ,,die Frage"? Es ist die weltbewegende Frage, warum der große Meister in ,,Sein und Zeit" den Geist in Anführungszeichen setzt, diese später aber wegläßt. Die Rektoratsrede von 1933, die den Geist ohne Gänsefüßchen einführt, bedeutet für Derrida ,,im eigentlichen, wörtlichen Sinn eine Verherrlichung des Geistigen."

Auf Farias' Aufdeckung so vieler sehr wenig geistiger Winkelzüge es Freiburger Ontologen reagiert Derrida wie der Pressesprecher eines Unternehmens, das beim Frisieren der Bilanzen erwischt worden ist. Einmal, heißt es in einem Interview des Nouvel Observateur (27.11.1987), ist das alles schon längst bekannt. Zweitens, wer ist schon dieser unbekannte Farias? ,,Die angebotene Lektüre, falls es überhaupt eine gibt, bleibt unbefriedigend und angreifbar und zuweilen derart oberflächlich, daß man sich fragt, ob der Forscher Heidegger länger als seit einer Stunde kennt." So springt man eben in Paris mit einem Newcomer um, mag der sich auch, promovierter Philosoph, seit Mitte der sechziger Jahre mit Heidegger beschäftigen. Und wenn schon Heidegger ein Nazi war, fährt Derrida fort, so weiß doch niemand, was Nazismus heißt: ,,Wir wissen noch nicht, was diese ungeheuerliche Sache ist und was sie möglich gemacht hat."

All die Historiker und Sozialwissenschaftler und auch Schriftsteller, die sich anstrengten, den Nationalsozialismus zu erklären, haben Derrida darüber nichts beibringen können, weil sie es versäumten, wozu eben nur der Philosoph in der Lage zu sein scheint, nämlich ,,den Nazismus zu denken".

Erst hat man sich die Ohren verstopft, um nicht hören zu müssen, daß der angebetete Heidegger etwas mit den häßlichen Nazis zu tun hatte: Als der Literaturwissenschaftler Jean-Pierre Faye im Jahr 1970 der sich um den Heideggerianer Derrida scharenden Avantgarde vorwarf, mit Heidegger ,,etwas vom Regressivsten der deutschen Ideologie der Zwischenkriegszeit" übernommen zu haben, brach der heilige Zorn der um diese Zeit zwischen Breschnew und Mao schwankenden subversiven Szene über ihn herein. Jetzt, da ihr Heidegger unübersehbar die Uniform gewechselt hat, braucht man ihn erst recht, weil man ohne Heidegger nicht ,,den Nazismus denken" kann. Und dann gebraucht Derrida im Nouvel Observateur eine Formulierung, die an die Ideen eines anderen Heideggeranhängers, Ernst Noltes nämlich, erinnert: er habe, sagte er, bei seiner Arbeit ,,die gemeinsamen Fäden von Nazismus und Antinazismus erkannt, das Gesetz der Ähnlichkeit, die Fatalität der Perversion."

Hinter soichen ungeheuerlichen Verrenkungen steckt nicht einfach die Verlegenheit eines Philosophen, der noch nicht weiß, wie er den Kurssturz seines Denkmeisters verarbeiten soll; es gehört zur Verteidigungstaktik einer ganzen internationalen pressure-group. Der Zufall hatte es gewollt, daß der eingangs erwähnte Paul de Man, der Yale-Professor, der Derrida und dessen ,,Dekonstruktionismus" genannte Schule an den amerikanischen Universitäten als das Neueste und Erlesenste in der Welt des Geistes eingeführt und gesponsort hatten, wenige Monate vor der Heidegger-Debatte als Antisemit und Nazikollaborateur identifiziert wurde. Wie die Zeitschrift ,,The Nation" (9.1.1988) berichtet, ist Derrida im Oktober 1987 in die USA geeilt, um mit den amerikanischen Vertretern seiner Denkfirma Techniken der ,,Schadensbegrenzung", wie ,,The Nation" schreibt, zu erarbeiten. Er war also bestens präpariert, als er sich zuhause genötigt sah, zu ,,Heidegger et le nazisme" Stellung zu nehmen.

Was an der neuen französischen Heidegger-Diskussion so unangenehm auffällt, ist, daß sich dort kaum denkende Individuen zu Wort melden, sondern hauptsächlich Vertreter von intellektuellen Markenartikeln, die ihren Laden gegen unerwünschte Konkurrenz verteidigen. Gegenüber dem unvermeidlich banalen Geplapper eines André Glucksmann, der natürlich längst vergessen hat, daß er in den ,,Meisterdenkern" Heideggers Philosophie erkannte, ,,die nicht antisemitisch ist", wirken die Tränen des Heideggerianers Fédier direkt vernünftig. Man darf auch nicht vergessen, daß die Philosophie in Frankreich nicht einfach eine Universitätsdisziplin ist, sondern ein umfangreicher sozialer Apparat, an dem tausende von an Gymnasien unterrichtenden Philosophielehrern mit ihren Schülern hängen. Diese Maschine, auf deren Programm natürlich auch ganz groß Heidegger steht, ist aus Gründen der Massenträgheit nicht von heute auf morgen zu stoppen und umzuschalten. Bis eine vernünftige, von keinen Korporationsinteressen verfälschte und keinem neuen konformistischen Machäismus produzierende Diskussion über Heidegger zustandekommt, wird es unter den gegebenen Umständen noch eine Weile dauern.

Die Gelackmeierten bleiben bis dahin die braven Philosophielehrer, die mit Heidegger auf ihrem Lehrplan den alarmierten Schülern Rede und Antwort stehen müssen und sich von ihren Meisterphilosophen hintergangen und im Stich gelassen fühlen. Um das Maß vollzumachen, kam im Januar 1988 auch noch heraus, daß der autorisierte Heidegger-Korrespondent und -Interpet Jean Beaufret, der vor einigen Jahren starb, mit dem Oberhaupt der französischen Auschwitzleugnersekte Briefe gewechselt und diesem versichert hatte, daß auch er schon lange an der Vergasung der Juden zweifle. Schließen läßt sich daraus, daß die Desintegration dessen, was man ,,scientific community" zu nennen pflegt, unaufhaltsam fortschreitet, und daß Heidegger offenbar eine Verehrung anzieht, die auf Signale jenseits der reinen Seinsphilosophie antwortet.

DER HUNGER DROHT!
NICARAGUA MUSS ÜBERLEBEN!

Durch eine lange Dürreperiode im vergangenen Jahr droht in Nicaragua ein Großteil der erwarteten Ernte an Grundnahrungsmitteln für die Bevölkerung nicht zur Verfügung zu stehen. Der Verlust beläuft sich auf 75% des Bohnenertrages, 45% der Hirse, 25% des Mais und 10% des Reisanbaus. Auch die Ernte der wichtigsten Exportprodukte, Baumwolle, Kaffee und Zuckerrohr, ist erheblich geringer ausgefallen als erwartet. Da unter diesen Umständen die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln gefährdet ist, hat die Regierung Nicaraguas den Nahrungsmittelnotstand ausgerufen und einen Hilfsappell an die Weltöffentlichkeit gerichtet.

Der Nahrungsmittelnotstand trifft ein Land, das durch jahrhundertelange Abhängigkeit von seinen Kolonialherren ausgebeutet wurde, ohne Rücksicht auf die auch ökologischen Konsequenzen des betriebenen Raubbaues; und trifft zusätzlich ein Land, das seit acht Jahren systematisch von der US-Regierung angegriffen wird, um es wirtschaftlich und militärisch zu zerstören. Dieser von den USA finanzierte und geleitete und von der Contra geführte schmutzige Vernichtungskrieg, hat bis heute 50000 Menschenleben gefordert. Im wirtschaftlichen Bereich wurde seit Beginn des Krieges 1981 ein materieller Schaden von insgesamt 3,6 Milliarden US-Dollar angerichtet.

Der Contra-Krieg der USA ist die wahre Bedrohung, der Nicaragua ausgesetzt ist. Ohne den Verteidigungsaufwand, der etwa 50% des nationalen Haushaltes aufzehrt, könnte eine Dürreperiode nicht in dieser Weise zur Existenzbedrohung des Landes werden. Dazu kommt, daß die Contra ihren Terror besonders gegen Landwirtschaftskooperativen, welche die Grundnahrungsmittel anbauen, richtet, daß sie Produktionsanlagen und Infrastruktur zerstört und gezielt qualifizierte Fachkräfte ermordet.

Der einzige Ausweg aus der ökonomischen Krise ist die Herstellung eines dauerhaften Friedens in Mittelamerika. Diesem Ziel dient die Unterzeichnung des Friedensabkommens „Esquipulas II“ durch die zentralamerikanischen Länder.

Was haben die Friedensverhandlungen gebracht?

Nicaragua hat die Vertragspunkte des Abkommens in vorbildlicher Weise erfüllt, indem es inmitten des andauernden Krieges den Ausnahmezustand aufgehoben, vorübergehend suspendierte Bürgerrechte wieder in Kraft gesetzt, einen einseitigen Waffenstillstand angeboten und eingehalten, – der von der Contra auf das blutigste ausgenutzt wurde –, außerdem eine Amnestie durchgeführt und direkte Verhandlungen mit den Contras angeboten hat, was keine Bedingung des Abkommens darstellt.

In El Salvador und Honduras werden weiterhin die Menschenrechte schwer verletzt und Gewerkschafter und Menschenrechtler gezielt ermordet. In Honduras wurde der internationalen Verifizierungskommission der Zutritt in das Grenzgebiet zu Nicaragua verwehrt, in dem die Contra ihre Lager unterhält. Die US-Regierung, Vertreter der Bundesregierung und die ihr nahestehenden Medien fordern jedoch Nicaragua zu weiteren „Zugeständnissen“ auf und versuchen schon jetzt den Schuldigen für ein mögliches Scheitern des Friedensprozesses auszumachen: Nicaragua.

Welche Rolle spielt die US-Regierung?

Der Schlüssel für einen Erfolg oder Mißerfolg für den Friedensprozeß liegt jedoch in Washington. Solange die US-Regierung den militärischen und ökonomischen Druck auf Nicaragua aufrecht erhält, der Contra weiterhin finanzielle Mittel in hunderten von Millionen Dollar zukommen lassen will und die Regierungen der übrigen Länder der Region weiterhin unter Druck setzt, den Friedensprozeß scheitern zu lassen, solange kann es keinen Frieden in Mittelamerika geben!

Deshalb ist es unsere Aufgabe, nicht nur Soforthilfe angesichts der drohenden Hungersnot zu leisten, sondern auch die wahren Ursachen und Drahtzieher der Krise in Nicaragua und den anderen unterentwickelten Ländern zu benennen und anzugreifen.

Hunger ist nicht die Folge von Naturkatastrophen – Hunger wird gemacht!

Um Hunger und Ungerechtigkeit zu beseitigen, müssen die Länder der sogenannten Dritten Welt einen selbstbestimmten Weg gehen können. Die nicaraguanische Revolution ist ein Beispiel dafür, sich aus Unterdrückung und Ausbeutung zu befreien.

Nicaragua muß überleben!

Damit der akute Nahrungsmittelnotstand überwunden werden kann fordern wir auf:

- **Spenden Sie für die Kampagne „Nicaragua muß überleben“!**
- **Üben Sie Druck aus auf die Bundesregierung, damit diese die gesperrte Entwicklungshilfe für die sandinistische Regierung wieder aufnimmt und die Kriegspolitik der US-Regierung gegen Nicaragua verurteilt!**
- **Protestieren Sie gegen das Vorhaben der Regierung Reagans, im Frebruar erneut 270 Millionen Dollar für die Fortsetzung ihres blutigen Krieges gegen Nicaragua zu beantragen!**

Wuppertal und Frankfurt/M, Februar 1988
Informationsbüro Nicaragua e.V.
Medico International e.V.

Unterstützer:

1. Bundesweite Institutionen und politische Parteien:
Aktion Solidarische Welt, Berlin; Ökumenische Initiative: Frieden und Gerechtigkeit für Mittelamerika, Walldorf; Eirene, Neuwied; Christliche Initiative Romero, Münster; Informationsstelle Guatemala, Bonn; Informationsstelle El Salvador, Wuppertal; Christliche Initiative Mittelamerika (CIMA), Köln; Informationsstelle Lateinamerika, Bonn; Agencia Tecnica de Solidaridad, (ATeS), Bremen; SJD-Die Falken, Bundesvorstand; SiLA (Schwule in Lateinamerika), Wuppertal; Jusos in der SPD; Bundesvorstand Die Grünen; Evangelische Studentengemeinde – Geschäftsstelle, Stuttgart; BUKO-KA (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen – Koordinierungsausschuß), Hamburg; u.a.m.
2. Regionale und lokale Gruppen, etc.:
Nicaragua Hilfe, Bonn; die MitarbeiterInnen des „Haus am Schüberg“, Hamburg; Autonomes Zentrum, Wuppertal; die Vereine oder Initiativen zur Förderung einer Städtepartnerschaft: Münster-Acoyapa, Langenseebold-Diriamba, Bochum-Boaco/St. Lucia, Köln-Corinto, Achim-San Dionisio, Bremen-Corinto,; Nicaragua AG Leverkusen; Nicaragua Koordination Köln; Sandino Partnerschaft e.V. Darmstadt; Freundeskreis Nicaragua Dorsten; Nicaragua Solidarität Krefeld; AG Bonner III. Welt Gruppen; Verein Monimbo, Dietzenbach; Solidaritätsfonds III. Welt, Bonn; u.a.m.

Spenden für die Kampagne: „Nicaragua muß überleben“ – Stichwort „Soforthilfe“
Konto: Informationsbüro Nicaragua e.V., Nr.: 976738, Stadtsparkasse Wuppertal, BLZ 330 500 00
Konto: Medico International, Nr.: 1800, Stadtsparkasse Frankfurt, BLZ 500 501 02

INFORMATIONSBÜRO NICARAGUA e.V.
MEDICO INTERNATIONAL e.V.

Jens Gieseke

Vom Dogma zur Realanalyse

Soziologie in der UdSSR

Als Gorbacev auf dem Januar-Plenum des ZK 1987 zur Auflistung von Krisensymptomen in der sowjetischen Gesellschaft schritt, führte er dies u.a. auf Versäumnisse in den Gesellschaftswissenschaften zurück, die aus den ,,zwanziger und dreißiger Jahren nach Lenin'' rührten. Die ,,theoretische Front'' war vernachlässigt worden; Sozialwissenschaftler beschränkten sich auf die Auslegung von herrschenden Meinungen, die vom Politbüro bzw. vom jeweiligen Generalsekretär festgelegt wurden. Besonders auf dem Gebiet der Politischen Ökonomie wurden die von Stalin verkündeten Dogmen nachgebetet und ausgewalzt, nachdem die Exponenten der lebhaften Diskussionen, wie sie aus den zwanziger Jahren bekannt sind, liquidiert worden waren. In den achtziger Jahren sind nun im Zuge der Reformbemühungen einige sowjetische Wissenschaftler aufgetaucht, die sich nicht mit der Reproduktion altbekannter Wahrheiten begnügen.

Erste Ansätze zu einer kritischen Diskussion kamen bereits 1982 auf, nachdem sich in der sowjetischen Volkswirtschaft massive Stagnationserscheinungen gezeigt hatten. Die soziale Brisanz der ökonomischen Krise war den sowjetischen Gesellschaftswissenschaftlern besonders augenscheinlich in Polen vorgeführt worden. Mit der Entstehung einer unabhängigen Vertretung der Arbeiter in Form der ,,Solidarnosc'' stellte sich die Frage erneut, wie einheitlich die realsozialistischen Sozialstrukturen tatsächlich sind. Konnten solche Fragen in der Vergangenheit noch mit dem Hinweis auf ,,kapitalistische Überbleibsel'' abgewendet werden, griff dieses Erklärungsmuster beim Polnischen Sommer kaum noch. Die sozialen Konflikte waren offensichtlich immanent sozialistischer Natur und erforderten daher eine eigenständige Erklärung.

In der Zeitschrift ,,Voprosy filosofii'' (Fragen der Philosophie, wichtigste philosophische Zeitschrift der UdSSR) veröffentlichte ihr Chefredakteur V.S. Semjonov 1982 einen Forschungsaufruf und führte die Behandlung der Krisenerscheinungen auf einen alten Streitpunkt der Sowjetforschung zurück, die Frage des Grundwiderspruchs der sozialistischen Produktionsweise. Bisher war man davon ausgegangen, daß der kapitalistische Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit mit der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln beseitigt sei, hatte aber wenig über die innersozialistischen Widersprüche zu Tage gefördert, ihre Triebkräfte und Charaktere. Semjonov vertrat nun in einem zweiten Aufsatz die These, daß der Grundwiderspruch des Sozialismus in dem ,,vom Typ her nichtantagonistischen Widerspruch zwischen einem bestimmten gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der Produktivkräfte auf der einen und den konkreten gesellschaftlichen Formen (oder der Form) des sozialistischen Eigentums, der Produktionsverhältnisse auf der anderen Seite'' liegt. Damit widersprach er der alten ,,Harmoniethese'', die noch aus Stalins Zeiten bestand und besagte, daß die Produktionsverhältnisse der Entwicklung der Produktivkräfte vorauseilen. Semjonov konstatierte, daß die Produktionsverhältnisse in der Sowjetunion hinter den Anforderungen der Zeit zurückgeblieben seien und erneuert werden müßten. Besonders im Bereich der Landwirtschaft käme es zu schweren Differenzen zwischen den produktiven Möglichkeiten und den tatsächlichen Ergebnissen.

Die ,,Studie von Novosibirsk'' und der ,,Faktor Mensch''

Diese erste öffentliche Stellungnahme zum Rückstand der Produktionsverhältnisse wurde aufgegriffen, als nach dem Antritt Andropovs als Generalsekretär auf breiterer Basis ein Neuanfang gesucht wurde. Im März 1983 — fünf Monate nach Breschnews Tod — fand eine Konferenz von Sozialwissenschaftlern in der Akademie der Wissenschaften statt, auf der Tatjana Zaslavskaja, Wirtschaftssoziologin aus Novosibirsk, auf der Grundlage der Semjonovschen These zu einer vielschichtigen Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen in der Sowjetunion kam.

In dem als ,,Studie von Novosibirsk'' bekannt gewordenen Papier vertrat sie die Ansicht, daß das bestehende ,,System staatlicher Wirtschaftslenkung'' im Prinzip seit der Industrialisierungsphase beibehalten worden sei und bestenfalls kleinere Reparaturen durchgeführt wurden. Dieses System sieht sie vom Prinzip der ,,zentralen, administrativen Leitung'' bestimmt, das das Wirtschaftsleben in mehrerlei Hinsicht behindere. Zum einen sei die Volkswirtschaft so stark gewachsen, daß sie mit administrativen Methoden nicht mehr zentral steuerbar sei. Zum zweiten habe sich die soziale und kulturelle Lage der Arbeiter so stark verändert, daß diese nicht mehr als reine Lenkungsobjekte behandelt werden dürften, sondern in ihren vielseitigen Interessen angesprochen werden müßten. Und zum dritten seien die Anforderungen an die Arbeitskraft so gestiegen, daß deutlich mehr Wert auf qualifizierte, verantwortungsvolle Arbeit gelegt werden

müßte.

Mit der Überwindung der alten ,,Harmoniethese'' stellte sich nun aber eine zweite Frage: Wenn die Anpassung der Produktionsverhältnisse im Sozialismus kein rein technischer Vorgang ist, sondern ein recht kompliziertes Unternehmen, das von vielen unwägbaren Faktoren und Prozessen beeinflußt wird, handelt es sich dabei dann — in Marxschen Begriffen — um einen antagonistischen, von Klasseninteressen geprägten, oder um einen relativ harmlosen innersozialistischen Widerspruch?

Im Rahmen der eingangs erwähnten Debatte in ,,Voprosy filosofii'' wurde auch auf diese Frage eingegangen. Formulierte Semjonov noch vorsichtig ,,dem Wesen nach nicht-antagonistisch'', so kam Anatolij P. Butenko zu einer differenzierteren Betrachtung. Er untersuchte die Politik der PVAP während der polnischen Krise und kam zu dem Schluß, daß es auch in der sozialistischen Gesellschaft zu heftigen Konflikten und ,,ernsten Kollisionen'' kommen könne, die nicht aus Überresten des Kapitalismus zu erklären sind. Wenn in solchen Konfliktsituationen die Staats- und Parteiführung falsch reagiere, könnten die Auseinandersetzung auch antagonistischen Charakter (z.B. zwischen Arbeitern und Bürokraten) annehmen.

Zaslavskaja beschäftigte sich in ihrer Studie mit den Triebkräften dieser sozialen Prozesse. Sie wandte sich gegen die übliche ,,objekthafte'' Behandlung der Werktätigen im Planungsprozeß und trat für eine stärkere Berücksichtigung des ,,Faktors Mensch'' ein. Entscheidend wurde für sie die Frage, von welchen Interessen das Verhalten der Menschen gesteuert wird. Die übliche Einteilung in Arbeiterklasse, Bauernklasse und Intelligenzschicht qualifizierte sie als völlig unzureichend ab und griff für eine neue Analyse auf die Leninschen Kategorien zurück, nach denen sich die Position in der Gesellschaft anhand der Rolle in der Arbeitsorganisation, dem Verhältnis zu den Produktionsmitteln und dem Anteil am gesellschaftlichen Reichtum feststellen läßt. So kommt sie auf insgesamt 75 gesellschaftlich relevante Gruppen, die ihre Interessen im sozialen Leben vertreten. Aus dieser Vielzahl von Gruppeninteressen ergeben sich dann entsprechende Konflikte, die für sozialen Sprengstoff sorgen. Diese Interessengruppen faßt sie zu drei großen Blöcken zusammen und untersucht ihr Verhältnis zu den angestrebten Reformen:

Zunächst gibt es die Beschäftigten in den zentralen Planungsbehörden (Gosplan, Goskomtrud, Goskomcen, Minfin). Ihre Kompetenzen würden sich erweitern, da die reduzierte Zahl von Entscheidungen hier zusammenlaufen würde. Wegen dem hiermit verbundenen Pflichtenzuwachs steht diese Gruppe Reformen eher kritisch

Holm-Detlev Köhler

Pamiat-Führer Dimitri Wasiliew mit seinem Sohn

Schwarzhemden

,,Die Demokratisierung der Gesellschaft ist die Seele der Perestroika genauso, wie man ohne Übertreibung sagen kann, des Fortgangs des Sozialismus in seiner Gesamtheit', so Michael Gorbatschow in einer Rede anläßlich des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution. Zur Demokratisierung gehört zuallererst die Gewährung politischer Freiheiten für oppositionelle Gruppen, doch diese sind beileibe nicht immer demokratisch, wie die Perestroika Politiker derzeit erfahren müssen. Hatten sich in der Vergangenheit schon mehrfach nationalistiscche Gruppen verschiedener sowjetischer Völker, vor allem aus dem asiatischen, aber auch aus dem Ostseeraum, gegen die ,,russische'' Politik Gorbatschows gewandt, so macht in jüngster Zeit in Moskau selbst die russische Nationalistenorganisation Pamiat auf sich aufmerksam. Von der offiziellen Parteipresse wird die Gruppe um den 42jährigen Fotografen Dimitri Wasiliew mit Adjektiven wie antisemitisch, chauvinistisch und russophil attackiert und — auch das kann vorkommen — die Prawda hat recht.

Pamiat versteht sich als Vereinigung der wahren Patrioten, die sich erheben gegen den geplanten ,,Genozid'' am russischen Volk durch ,,finstere Kräfte'' und deren ,,Zerstörungsideologien'', die sich inzwischen im gesamten Staats- und Parteiapparat eingeschlichen hätten. Die Organisation zählt nach eigenen Angaben allein in Moskau und Umgebung 20.000 Mitglieder. Ihr erklärter Hauptgegner in der Partei ist Alexander Jakowlew, früherer Brezhnew Gegner und jetziger Chefideologe der Perestroika im Politbüro. Hinter den antipatriotischen Kräften im Parteiapparat stecke laut Pamiat aber ein viel mächtigerer Feind, das internationale jüdische Freimaurertum. Die Wurzel aller Zerstörung liegt für Wasiliew und seine Gefolgsleute im Talmud und dessen politischer Transformation durch den Zionismus. Die Freimaurer sind in dieser Theorie des drohenden Untergangs die internationale Organisation zur Stärkung des Zionismus, der die Auslöschung des russischen Volkes auf seine Fahnen geschrieben habe.

Das Wahrzeichen der Organisation sind schwarze Hemden mit dem Wappen der Organisation als Aufdruck, wobei die Wahl der Farbe schwarz nach eigenen Aussagen allein ästhetischen Gesichtspunkten geschuldet ist. Die Symbole der Gruppe entstammen den vorrevolutionären Zeiten des russischen Imperialismus. Eigentlich deutet nichts, weder die platten antisemitischen Phrasen noch die verstaubte Symbolik, auf eine reale Gefahr für die politische Macht Gorbatschows hin, allein die wachsende Unruhe im Apparat beweist das Gegenteil. So wurden Mitglieder der Gruppe kürzlich aus der großen moskauer Automobilfabrik Zil ausgeschlossen und der Zugang zu Parteilokalen ist ihnen verwehrt. Die Angst, Pamiat könnte verschüttete populäre Gefühle ansprechen und sich die allgemeine Unzufriedenheit, an der bislang auch die Perestroika wenig ändern konnte, zunutze machen, reicht aus, um die Mächtigen im Kreml zu beunruhigen. Die Schranken einer Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft liegen jedenfalls nicht nur in der Apathie der Bevölkerung und dem starren Funktionärsapparat, sondern auch in jahrzehntelang autoritär zugekleisterten antisemitischen Nationalismen.

gegenüber.

Starke Widerstände sind aus der ,,mittleren'' Ebene zu erwarten, den Branchen- und Regionalbehörden. Für sie bedeutet eine Reform eine Gefährdung ihrer materiellen Basis durch Personal- und Leistungsabbau.

Die dritte Gruppe bilden die Leitungskader und Werktätigen der Vereinigungen und Betriebe. Als eigentliche Zielgruppe sollen sie durch mehr Freiraum und Verantwortung zu größerer Arbeitsleistung motiviert werden.

Neben dieser Unterteilung in verschiedene Gruppen spricht Zaslavskaja aber auch die tiefen Wirkungen der bisherigen Produktionsverhältnisse auf die Bewußtseinslage der Bevölkerung an und stellt eine allgemeine Zurückhaltung gegenüber Neuerungen und einen Rückzug in den privaten Bereich fest. Das Kräfteverhältnis zwischen dieser Gruppe und den engagierten, interessierten Menschen ist für Zslavskaja und wohl auch für das gesamte Projekt der Reform die entscheidende Frage.

Kurskorrektur oder ,,qualitativer Sprung''?

Sowohl Semjonovs als auch Butenkos Ergebnisse konnten noch im Rahmen einer ,,Vervollkommnung'' der bestehenden Verhältnisse gefaßt werden. Die ,,Studie von Novosibirsk'' und das mit ihr verbundene Forschungsprogramm aber wurde zur Plattform, auf deren Grundlage eine breite Auseinandersetzung in den Gesellschaftswissenschaften begann. Zwar ist die Studie nie offiziell in der Sowjetunion veröffentlicht worden, Zaslavskaja und Butenko haben aber mittlerweile in zahlreichen Artikeln für sowjetische Zeitungen und Zeitschriften ihre Positionen dargelegt. Zaslavskaja wird mittlerweile zusammen mit Abel Aganbegjan zu den wichtigsten ökonomischen Beratern Gorbacevs gezählt und ist kürzlich zur Präsidentin der Sowjetischen Soziologischen Vereinigung gewählt worden.

Wo liegen nun die konkreten Neuerungen? Besonders Zaslavskaja wird häufig ,,Realitätsnähe'' bescheinigt, die sowohl in der Methodik als auch in der empirischen Breite ihrer Untersuchungen liegt.

Methodisch eröffnet sie sich ein neues Feld durch die Erweiterung der Gruppenkonzeption. Zwar gab es die Kategorie ,,Gruppe'' auch schon früher in der sowjetischen Forschung, neu ist aber die Verknüpfung mit der Verhaltensforschung zur Theorie der Gruppeninteressen. Mit dieser Konzeption sind zweierlei Konsequenzen verbunden: Zum einen bietet sie eine Untersuchung sozialer Prozesse, die weitreichende Eingriffsmöglichkeiten erschließt; zum anderen ergibt sich eine Modernisierung der herkömmlichen Klassenanalyse unter den Aspekten der sozialstrukturellen Eigenheiten einer sozialistischen Gesellschaft.

Die empirische Breite gründet sich vor allem auf umfangreiche Studien zur ländlichen Sozialstruktur, die Zaslavskaja in den letzten dreißig Jahren durchgeführt hat, sowie Forschungen anderer Soziologen. Die Wiederzulassung der Soziologie als Wissenschaft im Zuge der ,,Entstalinisierung'' der fünfziger Jahre zeigt also insofern heute einige Früchte.

Schließlich sind mit den neuen Arbeiten auch handfeste politische Handlungsanweisungen verknüpft, durch die die wissenschaftliche Arbeit einen neuen Charakter bekommt. Selbst wenn bisher in wissenschaftlichen Arbeiten Kritik geübt wurde, so gelangte diese doch nie über Vorschläge zur ,,Vervollkommnung'' hinaus.

Denkmal Lenin

Abschließend soll auf einige Einwände hingewiesen werden, die sich gegen die neuen Ansätze vorbringen ließen.

Zunächst sind einige Zweifel bei der Frage des Standes der Produktivkräfte anzumelden. Zaslavskaja versucht auf der einen Seite ein Bild der sowjetischen Bevölkerung zu vermitteln, das in vielen Punkten schon die ,,allseitig entwickelte, sozialistische Persönlichkeit'' am Horizont erscheinen läßt, was — bezogen auf Faktoren wie Bildung, Kultur usw. — gegenüber der bäuerlichen Gesellschaft vor 1917 sicherlich in mancher Hinsicht gerechtfertigt ist. Auf der anderen Seite finden sich bei ihr aber auch immer wieder Hinweise auf das durch die unzulänglichen Produktionsverhältnisse deformierte Bewußtsein der Sowjetbürger. Es erscheint fraglich, ob bei den Werktätigen tatsächlich eine solche Begierde nach Verantwortung vorhanden ist, wie Zaslavskaja annimmt. Bei der Gruppenanalyse schrumpft das Unterstützungspotential für Reformen dann ja auch merklich zusammen. Soziologische Studien (vgl. Zaslavsky in links 1/88) und Stimmungsberichte aus der UdSSR deuten eher darauf hin, daß eine allgemeine Apathie und eine abwartende Haltung gegenüber Neuerungen vorherrschend sind. Sollte dies der Fall sein, würde sich die Reformpolitik auf das reduzieren, was ihr manche schon heute unterstellen zu sein — ein reines Modernisierungsmodell, das mit ein bißchen Liberalität im Überbau die Unterstützung der Intelligenz (hüben wie drüben) erheischt (vgl. Renate Damus, links 11/87).

Fast alle Probleme der sowjetischen Gesellschaft werden den Entwicklungen unter Stalin zugeschrieben, sowohl die Zeit vor als auch nach Stalin wird kaum kritisch beleuchtet. Insbesondere die Autorität Lenins als einer außerhalb jeder Kritik stehenden Person, deren Werke einen immer wieder auf den Pfad den Wahrheit zurückführen, wird von ihr nicht in Frage gestellt. Das Problem der Bürokratie, wie es auch von Zaslavskaja aufgegriffen wird, hatte Lenin in den späten Jahren seines politischen Wirkens zwar erkannt, ob es aber tatsächlich nur Machtverlust und früher Tod waren, die ihn an der Lösung dieses Problems hinderten, wäre durchaus einer Frage wert. Möglicherweise ist aber die die Identifikations- und Kultfigur Lenin so wichtig für den ideologischen und sozialpsychologischen Zusammenhalt der sowjetischen Gesellschaft, daß sie nicht kritisch betrachtet werden kann, mit allen damit verbundenen Konsequenzen.

Eine Revision Leninscher Positionen kann bei Zaslavskaja daher bestenfalls durch die Hintertür geschehen. Im Laufe der letzten Zeit haben sich allerdings Stimmen zu Wort gemeldet, die bereit sind, in dieser Frage weiterzugehen. Der Historiker Afanassev vertritt die Ansicht, daß Lenin wie eine ,,Ikone'' behandelt wird (Wiener Tagebuch, 1/88), woran wohl manches Wahre ist. Aber auch Anatolij P. Butenko zeigt in seinen neuesten Veröffentlichungen weitergehende Tendenzen. In seinem ,,links''-Artikel vom Dezember 1987 kehrt er vor allem zu einer verstärkten Marx-Rezeption zurück und ruft das Ziel ,,Befreiung der Arbeit'' in das Bewußtsein zurück. Nun könnte man meinen, hier würde der eine Götze durch den anderen ersetzt. Dem ist aber nicht so, denn gleichzeitig vertritt Butenko ein Modell, das von einer gewissermaßen generationsweisen Weiterentwicklung der sozialistischen Theorie ausgeht. Nach den Generationen von Marx und Engels, Lenin und Stalin sei es daher jetzt an der Zeit, einen eigenständigen neuen Beitrag zur Theoriebildung zu leisten, der — wie die Arbeiten der ,,Klassiker'' auch — dem Kontext der jeweiligen historischen Situation angemessen ist. Diese historisierende Betrachtungsweise läßt die Hoffnung aufkommen, daß auch die sowjetische Gesellschaftswissenschaft den Schritt zu kreativer Forschung nachvollziehen kann und ihren Übervater Lenin als das betrachtet, was er war — ein Genosse, der soviel wußte, wie er wußte.

Auf die ,,Tauwetter''-Periode kann sowohl ein neuer Frosteinbruch als auch ein langer Sommer folgen. Immerhin verliert die sowjetische Forschung langsam ihren affirmativen Charakter und bietet somit Möglichkeiten, die von allen Beteiligten genutzt werden sollten. Vielleicht wäre der nächste Schritt ein Artikel von Klaus Segbers oder Renate Damus in den ,,Voprosy filosofii'' oder den ,,Moskowskie novosti''? Der Phantasie sind vorerst keine Grenzen gesetzt.

Thomas Blanke

Die Göttinger Sieben

Jacob und Wilhelm Grimm

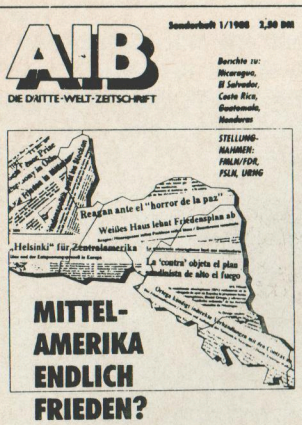
Die Geschichte der Moral und die Moral der Geschicht'

Der folgende Beitrag eines Juristen bezieht sich auf ein historisches Ereignis, dessen 150. Wiederkehr auf den 14.12.1987 fiel. Im Dezember 1837 entließ der König von Hannover, Ernst August II., sieben Professoren der Göttinger Universität: Jacob und Wilhelm Grimm (Germanisten), Georg Gervinus (Historiker), Friedrich C. Dahlmann (Historiker), Heinrich Ewald (Orientalist), Wilhelm E. Albrecht (Jurist), Wilhelm E. Weber (Physiker). Sie hatten es gewagt, öffentlich gegen die Aufhebung der Verfassung von 1833 durch den König zu protestieren und ihre Rechte als Bürger einzuklagen. Der mutige Protest wie die forsche Entlassung von der Universität, verbunden mit dem Landesverweis, erregten Aufsehen — aber keine Solidarisierungswelle unter den deutschen Professoren. In der Friedhofsruhe des deutschen Universitätslebens im Vormärz — wofür hauptsächlich Metternichs Karlsbader Beschlüsse und die Zensur sorgten — war das Verhalten der Sieben eine Sensation. Sie riskierten alles — Status, Lehrstuhl, Wohnort, Reputation —, als sie der staatlichen Anmaßung mit klaren Worten trotzten und sich nicht biedermeierlich einrichteten im Obrigkeitsstaat. Zwar stand die öffentliche Meinung irgendwie auf ihrer Seite, aber kein deutscher Verleger wagte es, Jacob Grimms Bericht über seine Entlassung zu drucken. Er erschien zuerst in Basel, mit einem geradezu aktuellen Halbsatz aus dem Nibelungenlied als Motto: ,,Wo sind die Eide hingekommen?'' (Der Text ist jetzt wieder greifbar bei dtv klassik, Nr. 2139)

Was am Verhalten aller wie an Grimms Rechtfertigungsschrift besticht, ist die schnörkellose Geradheit und intellektuelle Redlichkeit, mit denen der Widerstand gegen die Obrigkeit begründet und auch praktiziert wurde: ,,Nicht der Arm der Gerechtigkeit, die Gewalt nötigte mich, ein Land zu räumen, in das man mich berufen, wo ich acht Jahre in treuem, ehrenvollem Dienste zugebracht hatte. (. . .) Die Welt ist voll von Männern, die das Rechte denken und lehren, sobald sie aber handeln sollen, von Zweifeln und Kleinmut angefochten werden und zurückweichen'' (Jacob Grimm, 1838).

Die Repräsentanten der öffentlichen Ordnung in der Bundesrepublik nehmen für sich in Anspruch, ,,streitbare Demokraten'' zu sein. Staat und Verfassung sind für sie objektive Werte, zu denen sie sich jederzeit gerne und rückhaltlos bekennen. Gleiches verlangen sie von ihren Bürgern. Vor allem aber von den Beamten, die deshalb besonders sorgfältig daraufhin überprüft und überwacht werden, ob sie auch wirklich jederzeit in ihrem gesamten Verhalten die Gewähr der Verfassungstreue bieten.

Solch demonstrative Treue zur Verfassung scheint ganz und gar in der Tradition der Göttinger Sieben verankert. Der Sinngehalt ihrer außenseiterischen Aktion scheint zum herrschenden Staatsverständnis geworden zu sein — ein überzeugendes Beispiel für die Evolution politischer Moral. Für diese Erstaunliche, um über 100 Jahre versetzte Karriere, kommt den sieben Professoren gewissermaßen zugute, daß sie erstens hervorragende und vor allem weithin anerkannte Gelehrte waren und zweitens unzweifelhaft Männer der politischen Mitte. In ihrem Protestschreiben, welches den Grund für ihre Entlassung bildete, versichern die sieben ,,unterthänigst Unterzeichneten'', ,,bei treuer Wahrung ihres amtlichen Berufs die studierende Jugend stets vor politischen Extremen gewarnt, und, soviel an ihnen lag, in der Anhänglichkeit an ihre Landesregierung befestigt zu haben.'' Und wenig später stellten sie in ihrem Erwiderungsschreiben an das Universitätskuratorium vom 11. 12. 1837 klar: ,,Die Tendenzen der französischen Revolution sind die un-



Im Sonderheft 1/88:
BERICHTE – ANALYSEN – KOMMENTARE Friedensprozeß in **MITTELAMERIKA: NICARAGUA** + **EL SALVADOR** + **GUATEMALA** + **HONDURAS** + **COSTA RICA** + Solidaritätsbewegung + Aktions- und Materialspiegel +

Im AIB 1-2/88:
Wiederkehr der Hungerkrise in **ÄTHIOPIEN** + **NAHER** und **MITTLERER OSTEN** + **SÜDAFRIKA** + **TÜRKEI** + Braucht die Dritte Welt **AKW**s? + **KAMPUTSCHEA** + **PHILIPPINEN** + **HAITI** + Register 1987 + Kurzinfos + Rezensionen (Doppelheft 5 DM)

☐ **Ich abonniere das AIB ab Nr. ____ / ab sofort**

☐ **Ich bestelle ____ Expl. AIB Nr. ____**

☐ **Ich bestelle ____ Expl. AIB-Sonderh. Nr. ____**

Jahresabo: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 24 DM Porto); Förderabo (50 DM oder mehr: ..... DM). Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

Einzelheft 3 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 bzw. 2,50 DM (zzgl. 0,70 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorausbezahlung (z.B. in Briefmarken oder in bar).

Name/Vorname

Straße/Nr.

Postleitzahl/Wohnort

Datum/Unterschrift

Gewünschte Zahlungsweise (bitte ankreuzen)

☐ Bankeinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Kontonummer

Bankleitzahl

Geldinstitut in

☐ Rechnung

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB Leser/-innen-Service, Postfach 510 868, 5000 Köln 51, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

29

Datum/Unterschrift

Erhältlich im linken und alternativen Buchhandel oder gegen Einsendung des Heftpreises (+ 0,70 DM Porto) in Briefmarken an:
AIB-Leser-innen-service
Gottesweg 54
5000 Köln 51

33% Rabatt ab 10 Exemplaren
Kostenloses Probeheft bei Einsendung dieser Anzeige.

AIB
DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

seren nicht." (Vgl. F. Ch. Dahlmann, Zur Verständigung, Basel 1838)

Die Göttinger Sieben waren keine Radikalen, nicht einmal Demokraten, sondern jedenfalls zum damaligen Zeitpunkt liberale Monarchisten. Angesichts des „Muts zur Mitte", den das Milieu der bundesdeutschen Amts- und Würdenträger kennzeichnet, scheinen sie daher wie geschaffen, in dessen Ahnengalerie eingestellt zu werden. Daß sie damit ein zweites Mal begraben werden, will ich verdeutlichen.

In den gelehrten Abhandlungen über die Geschichte der Göttinger Sieben nimmt noch heute die Frage breiten Raum ein, ob ihre Protestation legal war. Offenbar ist die Rechtmäßigkeit ihres Verhaltens von zentraler Bedeutung, wenn es darum geht, Ehrenplätze in der Geschichte der Moral zu vergeben. Derartige posthume Rechtsgutachten verhelfen ihnen zwar nicht mehr zum Amt, aber doch noch zu Würden.

Aus der Binnenperspektive der Handelnden liest sich die Moral ihrer Geschichte jedoch anders: wer sich dem Befehl der Obrigkeit widersetzt, handelt auf eigene Faust. Die Göttinger Professoren hielten sich, wie sie erklärten, durch ihr Gewissen nach wie vor auf die vom König mißachtete Verfassung verpflichtet. Dabei beruhte die Kraft ihres Gewissens auf der Gewißheit, daß der König im Unrecht und sie im Recht waren.

Im Recht sein und recht bekommen sind bekanntlich zwei Paar Schuh. Sie gingen mit ihrer Protestaktion bewußt das Risiko ein, entgegen ihrer festen Überzeugung doch nicht im Recht zu sein, und das hieß und heißt nach Lage der Dinge: von der Staatsgewalt ins Unrecht gesetzt zu werden, wie es denn auch geschah. Die Qualität des Widerstandes der Göttinger Sieben liegt nicht in der Rechtmäßigkeit ihres Handelns, sondern im Risiko seiner Unrechtmäßigkeit. Deshalb bedurfte es für sie der Berufung auf die Autorität des Gewissens und der Moral, um ihren Protest zu rechtfertigen. Verblüffend modern spricht einer von ihnen, der Jurist Wilhelm Albrecht, davon, daß man das „Recht eines sogenannten negativen (passiven) Widerstandes" in Anspruch genommen habe. Und auf den Einwand, daß ein solches Widerstandsrecht in keiner Verfassung garantiert sei, entgegnet er, daß dies trivialerweise auch gar nicht anders sein könne: sonst könne mit der Aufhebung der Verfassung jederzeit auch das Widerstandsrecht beseitigt werden. Zu einer parallelen Schlußfolgerung kam übrigens die Tübinger Juristenfakultät, welche im Auftrag der Stadt Osnabrück im Jahr 1838 ein Rechtsgutachten über die hannoversche Verfassungsfrage vorlegte. Dort heißt es — wir befinden uns wohlgemerkt noch im Zeitalter des Frühkonstitutionalismus: „Wenn sie (die Inhaber der Staatsgewalt) aus ihrer gesetzlichen Stelung ganz heraustreten, nur auf Gewalt vertrauend; wenn mit einem Worte der Angriff auf die Staatsverfassung und die gesetzlichen Rechte der Bürger von ihnen ausgeht: dann wird Gehorsam zum Verbrechen, Widerstand zur Rechtspflicht" und mahnen den Bürger „zum offenen Widerstand zu schreiten, wenn er einen Erfolg für möglich hält".

Die Moral der Geschichte der Göttinger Sieben liegt nicht in der Legalität ihrer Aktion, sondern im bewußt getragenen Risiko ihrer Illegalität, welches jeder eingeht, der ein überverfassungsgesetzliches Recht, ja die Pflicht zum Widerstand in Anspruch nimmt.

Nicht zufällig ist die Geschichte der Moral eine Kette von Niederlagen. Rückblickend werden in ihr die Opfer von einst umgewidmet zu Helden. Moralische Erbauung an ihren Taten hat daher nicht selten den Beigeschmack des Heuchlerischen. Vollends ist Skepsis angebracht, wo sie offiziell zu Vorbildern ausgelobt werden.

Da keiner — auch von uns — sicher sein kann, wie er sich in Situationen einer vergleichbaren Gewissensherausforderung verhalten würde, schlage ich vor, sich intensiver mit denen zu befassen, die die Göttinger Sieben in ihrem Protest allein ließen, sie damit isolierten und exemplarisch sanktionierbar machten. Das ist insofern ehrlicher, als wir uns und unsereins, wie die deutsche Sprache so schön zu formulieren gestattet, vermutlich in dieser Szene selbst begegnen werden. Und außerdem ist dieser Teil der Geschichte in der Tat verallgemeinerbar, indem sichtbar wird, wie sehr sich die Bilder vom „juste milieu" gleichen — unter welcher Staatsdoktrin auch immer.

Jakob Grimm gibt in seiner Schrift mit dem Titel „über seine Entlassung" folgende Darstellung der Reaktionen auf den königlichen Staatsstreich an der Universität Göttingen:

Während von der studierenden Jugend „nicht erst gesagt zu werden braucht, auf welcher Seite sie stehen", „thaten sich unter den Professoren bald verschiedenartige Gruppen hervor, die Charaktere, wie mein Bruder treffend bemerkte, fingen an sich zu entblättern gleich den Bäumen des Herbstes bei einem Nachtfrost; da sah man viele. . . des Laubes beraubt, womit sie sich in dem Umgang des gewöhnlichen Lebens verhüllten". Zwar seien am Anfang „alle und jede von dem Entschluß des Königs unangenehm berührt" worden und hätten „ihn lieber ungeschehen gewußt". „Hätte man damals", so schreibt Jakob Grimm weiter, „die Stimmen gesammelt, sie wäre fast alle zugunsten der Wahrheit und des Rechts abgegeben worden, und selbst die Schwächeren fühlten sich durch die Reinheit des ersten Ein-

drucks, wie er sich bei solchen Gelegenheiten überall geltend macht, empor gehalten".

Doch diese Einheit sollte schnell zerfallen. Akribisch zeichnet Grimm diesen Prozeß nach, wobei er eine Typisierung von Motiven und Taktiken der moralischen Selbstentblätterung vornimmt, die weit über dieses Ereignis hinaus verallgemeinerbar ist. Da sind zunächst „die vom Alter abgestumpften", die „die Mühe und den Lärm der Neuerung (scheuten), aus der für ihre letzten Bequemlichkeiten sich Störungen ergeben könnten; sie überlegten nicht, daß auch dem ablaufenden Leben Festigkeit zieme. . . Ein anderer Teil, an sich gegen jede Verfassungsform völlig gleichgültig und nur eigene Vorteile ins Auge fassend, mochte dem Grundgesetz von 1833 abgeneigt sein, weil es einzelne frühere Rechte und Privilegien der Univer[illegible]t aufgehoben hatte." Das sind die Fraktionen der Resignierten und Egoisten. Zusätzlich zu diesen unterscheidet er zwei weitere Parteien, „welche es für rathsam hielten, unterwürfig zu schweigen": „Zur einen gehörten die Männer, welche, sonst vorlaut und stolz genug, vor aller Gewalt verstummen, und jede Ungnade in den Augen des Herrschers als das unerträglichste Unglück betrachten." Sie suchten „schnell erfinderisch Scheingründe für ihre Abtrünnigkeit nicht bloß hervor (. . .)," sondern meinten „sie auch anders gesinnten auf alle Weise anempfehlen" zu müssen. „Andere, allerdings achtenswerther, bedauerten zwar den Untergang der beschwornen Verfassung, hingen aber über alles an der Aufrechterhaltung der Universität, deren Gefahr, wenn sie den Unwillen des Königs auf sich ziehen sollte, ihrem Herzen weit näher lag als das Heil des ganzen Reichs, welcher daher die angelobte Pflicht unbedenklich aufgeopfert werden müsse."

Die übrigen Professoren waren im Prinzip entschlossen, ihren Eid auf die Verfassung zu wahren. „An den Mitteln aber, welche man berathschlagte, thaten sich bald Trennungen hervor, und den Nachgiebigeren oder Zagenden war es innerlich willkommen, ohne der anfangs geäußerten Gesinnung zu entsagen, vorerst die Ablehnung festerer Maßregeln durch aufhaltende Bedingungen oder die Halbheit dazwischen geworfener vielfacher Vorschläge zu erreichen. Während den Gewissen mit jeder Anmuthung sich den Eides zu entschlagen eine sofortige und laute Gegenerklärung geboten war, faßte bei vielen die leidige Ansicht Wurzel, der rechte Zeitpunkt sich zu erklären, trete für die Universität erst dann ein, wenn sie die bevorstehende Aufforderung zur Wahl eines Deputierten in die vom König unberechtigt einberufene Ständeversammlung nach den Grundsätzen von 1819 entschlossen bei Seite zu weisen habe. . .

Satz für Satz

Beim Verlag 2000 setzt es was: Für das Sozialistische Büro werden jetzt die Periodika „links", „express" und „Widersprüche" sowie andere Veröffentlichungen mit Fotosatz hergestellt.

Kapazitäten. . .

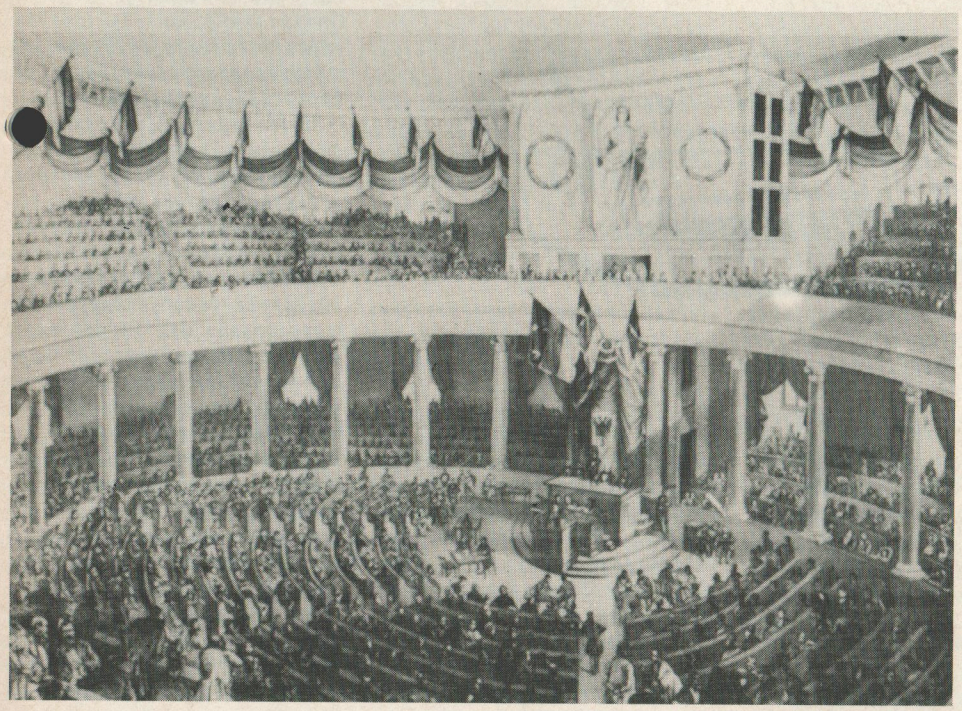
. . . haben wir noch frei. Wer also einen selbstverwalteten Betrieb und ein politisches Projekt — das SB — für unterstützenswert hält, sollte einmal nachfragen, ob wir uns für ihn/sie auf die Hinterbeine **setzen** wollen.

Zuverlässig. . .

. . . sind wir sowieso und auch unseren

Preis wert.

Anfragen:
Satz Verlag 2000,
Frau Marion Michell,
Postfach 10 20 62,
6050 Offenbach 1,
Tel.: 069/88 50 06



Deutsches Bundesparlament in der Paulskirche in Fankfurt 1848

Unter dem Vorwand, bei Einberufung der Wählenden einen allgemeinen Protest der gesammten Universität zu Stande zu bringen (woran gleich damals zu zweifeln war), gab man die starke Eintracht der besseren Mehrheit auf, und stellte die Entschloßnen größerer Gefahr preis. . . In so peinlicher, vielberathner und hingehaltner Lage entschied sich endlich eine geringe Zahl Beherztgebliebener das Eis des Schweigens zu brechen, dessen Rinde hart und schmählich das ganze Land überzogen hatte."

Diese Schilderung der herrschenden Duckmäuserei und des opportunistischen Taktierens, welche zu ergänzen wäre um das klägliche Verhalten der Universitätsleitung nach der Entlassung der Sieben, ist seinerzeit von vielen als geschmacklose Spekulation über die Motive von anderen und als peinliche moralische Selbstbeweihräucherung bezeichnet worden. So etwa von v. Savigny, dem berühmten Rechtsgelehrten und Freund der Gebrüder Grimm. In Wirklichkeit ist diese Darstellung eine psychologisch genaue Beschreibung der Rationalisierungsmechanismen, die es einem am Ende guten Gewissens erlauben, gewissenlos zu handeln. Das Wirken dieser Mechanismen kennt jeder. Es nachzuzeichnen, zu benennen und anzuprangern, galt und gilt als Tabuverletzung. Aber warum, wo dies doch das massenhaft Verallgemeinerbare an und in solchen Situationen darstellt? Ich vermute, daß diese Tabuisierung der Benennung der alltäglichen, schleichenden Zerfaserung des Gewissens die Kehrseite der offiziellen Geschichte der Moral ist. Sie schützt davor, aus der Geschichte zu lernen, indem man in ihr gewissermaßen seitenverkehrt vorkommt. Indem man aber sich nicht am richtigen Ort wiederfindet, nämlich bei der Herde, die lieber mit den Wölfen heult, unterbleibt die notwendige Auseinandersetzung mit sich selbst.

Wenn wir die Moral der Geschichte der Göttinger Sieben ernst nehmen und aus ihr für heute Folgerungen ziehen wollen, dann müssen wir Situationen aufsuchen, die mit den gleichen oder mit ähnlichen Worten beschrieben werden können, die Jakob Grimm für das Verhalten seiner Kollegen gefunden hat.

Jeder von uns wird hierfür Beispiele anführen können. Ich will zwei davon aus meinem Erfahrungsbereich nennen: wie verhält sich etwa eine Universität, wenn Kollegen trotz jahrelanger, unstreitig korrekter Erfüllung ihrer Berufspflichten wegen ihres politischen Engagements aus dem Dienst „entfernt" werden? Oder wenn Kollegen, wie in der sog. „Mescalero-Affäre", eine öffentliche Diskussion über eine Schrift ermöglichen wollen, die zum Fetisch einer politischen Teufelsaustreibung stilisiert worden ist?

Bis ins Detail hinein ließen sich Parallelen zu der von Jakob Grimm beschriebenen Situation aufzeigen. Die Sache, um die es jeweils geht, ist natürlich verschieden. Die Prinzipien aber, deren Geltung zur Debatte steht, sind gleich geblieben, auch wenn wir davon heute kaum mehr einen Begriff haben, ja haben können. Das, was die Göttinger Sieben auszeichnete, war Verfassungstreue. Diese ist in einem Land, dessen politische Geheimpolizei Verfassungsschutz heißt, bereits per definitionem zum Wesenszug des Staates geworden. Folglich ist es nach herrschendem bundesdeutschen Staats- und Verfassungsverständnis logisch unmöglich, die Verfassung gegenüber ihrer Gefährdung durch den Staat zu verteidigen — jedenfalls für den Bürger, weil für solche Streitfragen ansonsten das Verfassungsgericht zuständig ist. Wenn Staats- und Verfassungstreue jedoch miteinander gleichgesetzt werden, dann wird die Verteidigung politischer Freiheitsrechte der Verfassung gegenüber dem Staat [redacted] Tendenz nach zur verfassungsfeindlichen Aktion. Diese Paradoxie, derzufolge Verfassungstreue selbstredend Prädikat der Obrigkeit ist und bürgerliche Verfassungsverteidigung zum verfassungsfeindlichen Anschlag wird, macht die Geschichte der Göttinger Sieben begrifflich unwiederholbar. Deshalb kann sie zugleich öffentlich gefeiert und doch in der täglichen politischen Praxis fortgeschrieben werden.

„Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Angaben erfolgten wie immer ‚ohne Gewähr'."

Das zuletzt angeführte Zitat darf nicht so verstanden werden, daß schon zur Startbahneröffnung jemand daran dachte mit scharfer Munition zu schießen.

Allerdings ist es eine Tatsache, daß an den Jahrestagen der Hüttendorfräumung immer die härtesten Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht geführt wurden.

Daß das Unfaßbare der Morde an der Startbahn für das Politikverständnis so manchen Kapuzenkämpfers nur eine Fortsetzung des Kampfes mit effektiveren Mitteln ist, haben die „Autonomen" ja zumindest auch gemerkt.

In der „Szene" wird offen darüber geredet, daß die Schüsse auch woanders hätten fallen können.

Das dahinter stehende Politikverständnis kann aber nicht losgelöst von Geschichte und Poltik der Startbahnbewegung betrachtet werden.

Es ist die perfide Steigerung und ad-absurdum-Führung oder, aus der Sicht des Mörders, konsequente Weiterführung einer Politik, die in ihrer Wirkung auf das Innere der Akteure immer ein mehr oder weniger hedonistisches Ausagieren von Aggressionen beinhaltete.

Im Mittelpunkt dieser Politik stand und steht immer der direkte Widerstand, bzw. der, der ihn ausübt. Eine Hinterfragung nach der Qualität des Widerstands im Sinne einer mögllichen Vermittlung der Politik zum Zweck der Zielerreichung nach „außen", also außerhalb der Akteure und ihres Umfeldes, war gar nicht gefragt.

Sie war und ist deshalb auch, ganz im Gegensatz zur Meinung vieler „Anarchisten" und von ethischen Bedenken mal abgesehen, nicht unbedingt als anarchistisch zu bezeichnen:

„Das Recht, Gewalt anzuwenden, hat die Menschheit noch nie jenen verweigert, die sich dieses Recht erworben haben — ob es auf den Barrikaden oder in dem Schatten einer Straßenecke geschehe. Aber damit eine Handlung einen tiefen Eindruck auf die Geister ausübe, muß man sich das Recht dazu erwerben. Ohne dieses bleibt die Tat, ob nützlich oder nicht — eine einfach brutale Handlung ohne Wichtigkeit und ohne Fortschritt für die Ideen." (Peter A. Kropotkin, Anarchistische Moral)

Diese Art des „freien Widerstands", der also auch Gewalt als Mittel zum Zweck prinzipiell akzeptierte, war, soweit es Gewalt gegen Sachen betraf, auch Teil des Widerstandskonzepts der BI, das, um möglichst alle einzubeziehen, extra wachsweich formuliert war.

In der Praxis bildete sich d[redacted] ein „laissez-faire"-Stil des Umgangs mit Gewalt aus, desto mehr, je härter die Polizei vorging.

Von dem Problem der Vermittelbarkeit der Gewalt gegen Sachen mal abgesehen, war der Übergang zur Gewalt gegen Menschen immer ein fließender. Für den einen war es legitim, mit einer Stahlkugel auf einen Scheinwerfermast zu schießen, um dann in der Dunkelheit besser agieren zu können, für den anderen genauso klar, auf die Polizei zu schießen, wenn sie hinter der Mauer hervorkam, was für den ersten wiederum keineswegs so selbstverständlich sein mußte. Letzteres kann auch oft als „Notwehr" gerechtfertigt werden. Gegen eine Polizei, die eine Startbahn durchknüppelt, erscheint sogar ein offensiver „Angriff" als Notwehr.

So können die Zwillen, und je größer sie sind, desto besser, sowohl als Notwehrwaffe, weil zur Verteidigung bzw. zur „Distanzhaltung", als auch als offensive An-

griffswaffe eingesetzt werden. Nach den Morden werden sie auch lieber nur noch als Notwehrwaffe deklariert. Auch die linke Liste, von der ihr ja eine so schön klingende Erklärung in der Dezember-Nummer abgedruckt habt, scheint nichts gegen eine Verwendung aus Notwehrgründen zu haben, jedenfalls ist das aus der an der Uni verteilten Version der Erklärung zu schließen. Das ist dann wohl der kleine Unterschied zwischen Studenten und SB.

Als deutlich wurde, daß die Startbahn nicht mehr zu verhindern war, setzte eine Perspektivdiskussion ein, wie angesichts der brutalen Staatsmacht der Widerstand noch aufrechtzuerhalten wäre. Die beiden Pole des aktionistisch-militanten und des bürgerlich-nichtmilitanten Widerstands drifteten auseinander. Solange die Möglichkeit der Verhinderung der Startbahn noch bestand, waren sie, um möglichst stark zu sein, aufeinander angewiesen.

„Der Widerstand sollte ‚die politische Diskussion' erzwingen und ‚die Bewegung gegen die Startbahn West' verbreitern und nicht Freiwillige für die Bürgerkriegsfront werden. Er galt als Mittel, Öffentlichkeit über das Unrecht herzustellen, den Fuß in die Wohnzimmer der Fernsehzuschauer zu setzen und ihre Sympathie und Solidarität zu gewinnen. Er war deshalb, aber auch aus Überzeugung gewaltfrei." (Aus einem Diskussionspapier zum Selbstverständnis der Startbahnbewegung, Frühl[illegible]1982)

Daß die Versuche, von den Strukturen der Bewegung noch etwas zu retten, um eine, über die Startbahn hinaus weiterführende, auf Emanzipation ausgerichtete, gewaltfreie und außerparlamentarische Politik zu betreiben, scheiterten, daß es nicht gelang, dem Ritual der „Sonntagsspaziergänge" eine konstruktiven Sinn zu geben, und es erst recht nicht gelang, eine Alternative dazu aufzubauen, das läßt die Niederlage an der Startbahn für die „Gewaltfreien" der Startbahnbewegung, jetzt, nach den Morden, noch bitterer erscheinen.

Durch den Niedergang der Startbahnbewegung, den Zerfall eines politischen Zweckbündnisses verschiedener politischer Orientierungen, in dessen Folge es auch zu persönlichen Zerwürfnissen und Feindschaften kam, gab es denn auch keine grundlegende Auseinandersetzung mehr über die Mittel des Widerstands. Das Liebäugeln, „an der Eskalationsspirale weiterzudrehen" (W. Kraushaar), war praktisch jedem freigestellt. Das ist ja auch in dem „libertären" Selbstverständnis der „Autonomen" vorgegeben. In „autonomen" Kreisen wird seit einiger Zeit über das Problem unerwünschter Gewaltexzesse diskutiert. Auch in militanten Startbahnkreisen wurde über die Mittel des Widerstands diskutiert. Bei „libertären" Bewußtseinsstrukturen dürfte allerdings sogar ein mögliches Ergebnis kaum umzusetzen sein.

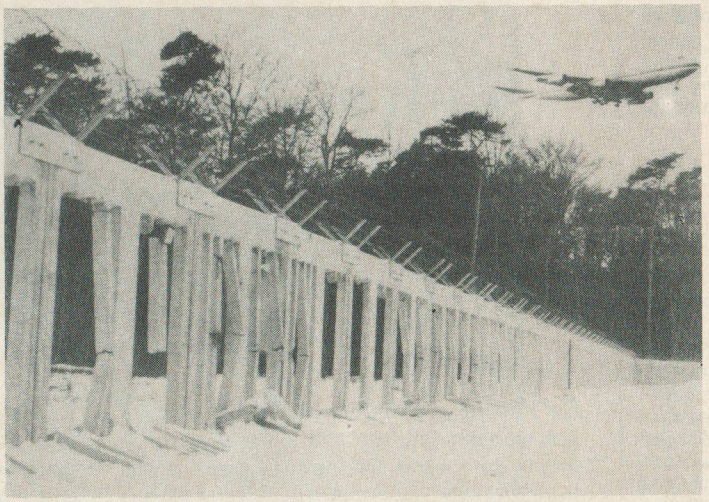


Foto: B. Kretschmann

Die „Autonomen" haben sich nicht nur frei gemacht von der geltenden Legalität, sondern auch von einer auf die Vermittelbarkeit von Aktionen abzielenden, im Bewußtsein der Rezipienten dann positiv besetzten, moralischen Legitimität, die die Startbahnbewegung überhaupt erst zum Wachsen gebracht hat. So wird aus einer Bürgerinitiative de facto eine politische Sekte von „Anti-Bürgern", die das eigentliche Ziel ihrer Aktionen, den „Bürger", nunmehr nur noch als Legitimation nach außen hin und auch vor sich selbst gebraucht.

Ein „Autonomer", der ernsthaft versucht, eine Politik zu betreiben, mit dem Ziel die Bürger „in diesem, unserem Lande" anzusprechen, müßte, nach seinem Selbstverständnis, das Damoklesschwert des „Spießertums" über sich sehen. Das in seinem Kopf verankerte, selbstaufgestellte, von „Mitkämpfern" bestätigte und „Mitkämpfer" bestätigende, kämpferische Idealbild, seine „Power", sie käme ins Wanken.

Das Schlimmste ist, daß sich nach den Morden kein Umdenken abzeichnet, keine „Abrüstung", es gab noch nicht mal ein Innehalten.

„Stärkt den Sonntagsspaziergang" steht auf dem Plakat, das elf Tage nach den Morden verteilt wurde (Auflage: 2.000). Die von außen wirkende Repressionswelle führt vollends zur Einkapselung. In altbekannter Manier wird auf den Solidaritätsfaktor gesetzt, um den eingeschlagenen Kurs weiter beibehalten zu können.

„Für die Verfolgten und Gefangenen der Startbahnbewegung — SOLIDARITÄTSFEST — Wir gehen zusammen — Wir stehen zusammen — Wir kämpfen zusammen — Gerade jetzt!" (Plakat für eine Veranstaltung vom 9. Januar 1988).

Es kann einem schon eiskalt den Rücken runterlaufen, wenn man erlebt, wie bei einer Vollversammlung der BI keine Diskussion über die Morde zustandekommt, die Emotionen aber sofort hochgehen, wenn es darum geht, einen lange bekannten Startbahnfotografen, der es wagte ein Bild vom 2. November, auf dem ein Vermummter mit einer Pistole (nicht die Tatwaffe) zu sehen ist, an den Spiegel zu verkaufen, per Abstimmung aus dem Saal zu schmeißen und ihm Gelegenheit zu geben, sich bis zum nächsten Plenum schriftlich zu verpflichten, das Geld der „Bewegung" zufließen zu lassen.

Bald wird es nur noch „Märtyrer und Verräter" geben.

„Entweder Schwein oder Mensch/Entweder überleben um jeden/Preis oder Kampf bis in den Tod/Entweder Problem oder Lösung/Dazwischen gibt es nichts"
(Aus dem letzten Brief von Holger Meins vom 31. 10. 1974)

„Das Rechtsgefühl aber machte ihn zum Räuber und Mörder."
(Heinrich von Kleist: Michael Kohlhaas)

Volker Diehl

Betr.: links Nr. 215, S. 39

Werter Genosse Oberlehrer,

da haste Dir ja gewaltig einen von der Seele geschrieben. Offenbar hat Dein undogmatisch linkes Lehrerbewußtsein durch den päd. extra-Verkauf reichlich Schaden genommen. Wie sonst wäre Dein konfuses Gejammer zu verstehen. Du meinst also, da wäre „unlängst ein Zeitschriftenprojekt der undogmatischen Linken an eine Seilschaft der DKP" verscherbelt worden. Abgesehen davon, daß das klingt, als sei päd. extra für'n Appel und'n Ei über den Grabbeltisch gegangen, stört mich an Deiner Behauptung die kalte Kriegsdiktion. Solche verbalen Entgleisungen haben in einer Zeitschrift wie der „links" nichts zu suchen.

Zur Sache: Natürlich war die Entscheidung für ein päd. extra-Abo eine politische Entscheidung. Allerdings wurde diese Entscheidung in den vergangenen Jahren immer weniger getroffen, so wenig, daß tatsächlich eine Liquidation des politischen Projekts päd. extra ins Haus gestanden hätte, was fatal gewesen wäre, vor allem für die GesellschafterInnen des extra-Verlages. Wie Du sicherlich weißt, war päd. extra seit der Gründung im Besitz der MitarbeiterInnen, und die haben wahrlich nicht üppig vom Blattmachen gelebt. Sie hätten die Liquidations-Zeche, sprich die Verlagsschulden, bezahlen müssen. In einer solchen Situation blieb in der Tat nicht viel mehr Spielraum, als die LeserInnen meistbietend zu verkaufen. Daß die päd. extra MitarbeiterInnen beim Verkauf ihrer Zeitschrift auf die politischen Interessen ihrer LeserInnen gepfiffen hätten, ist eine Einschätzung, der eine in deutschen Landen nicht unübliche Attitüde unterliegt, der pluralis majestatis.

Nun hoffst Du also, bei Pahl-Rugenstein möge glasnost walten, damit nicht noch mehr LeserInnen in Zukunft ein Abo von Essen & Trinken vorziehen. Anscheinend hast Du da bereits einschlägige Erfahrungen. Wie sonst hättest Du aus Gerüchten, Unterstellungen und enttäuschten Liebesbezeugungen ein derart unappetitliches Gemenge herstellen können.

Lothar Pollähne

Nichts von alledem:
Yoga als Selbsterfahrung, Lust am Lehm, Sonnenkollektor-Selbstbau, Anlehngwächshäuser, Im Körper zu Hause, Schamanische Naturerfahrung, Hecken als Lebensraum, Heilfasten, Sinnliche Naturwahrnehmung,

bringt der

express.

Die Zeitung der undogmatischen Gewerkschaftslinken.

Statt dessen jeden Monat Berichte über Aktionen und Konflikte in den Betrieben: Nachrichten, Kommentare, Analysen zur Tarifpolitik, zum Arbeitsrecht, zu wichtigen Entwicklungen in den Gewerkschaften und der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Weitere Themen: Gewerkschaftsbewegung international, Technologieentwicklung, Arbeitszeitverkürzung, Ökologie und Arbeitsplätze und vieles mehr. Der ,,express'' ist die größte unabhängige Gewerkschaftszeitung der Bundesrepublik; er meidet verstaubte Klassenpolitik von gestern ebenso wie das modische ,,Proletariat adieu''.

Die Themen im März:
Zwischen Blockadeoptionen und egalitärer Gestaltungsperspektive — ein Strategiebeitrag zur gewerkschaftlichen Technologie- und Arbeitspolitik von Helmuth Schütte ● Hinrich Oetjen/Gerd Hurrle über das ,,Projekt Automation und Qualifikation ● Bericht über Rheinhausen nach der Kanzlerrunde ● Dokumentationen und Diskussionsbeiträge zur Vergesellschaftungsforderung v. Klaus W. Kowol, IG Metall und Karl Korsch ● Streit bei VW Salzgitter beigelegt — Über die Notwendigkeit internationaler Solidarität am Beispiel der Automobilindustrie ● Buchbesprechungen ● Und der berühmte **express-Service:** Materialien zu Medien, Wissenschaft, Tagungen, Internationales.

Einzelheft DM 4,50
Abonnement DM 44,—
(incl. Porto)

☐ Bitte schicken Sie mir **kostenlos** ,,express'' zum Kennenlernen.

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Bezug: **Verlag 2000,**
Postfach 10 20 62,
6050 Offenbach 1,
Tel. 069/88 50 06

Carl-Wilhelm Macke

Schreiben war Leben. Überleben

Erinnerung an Rose Ausländer

Sie kommt von weither. In ihrer Vita spiegelt sich ein Jahrhundert, spiegelt sich vor allem die tiefste Blutnarbe dieses Jahrhunderts, der nationalsozialistische Genozid an den Juden und die Vernichtung der großen jüdischen Kultur Osteuropas. Ihre Gedichte halten die Erinnerung an diese ,,Galgenzeit'' wach. Das Werk Rose Ausländers, die Anfang Januar im Nelly-Sachs-Haus der Jüdischen Gemeinde in Düsseldorf gestorben ist, wurde lange Zeit in der Bundesrepublik kaum beachtet. ,,Ich bin schon lange verschollen.'' Die Nachrufe auf sie waren kurz, oft philologisch.

1901 wurde Rosalie Scherzer im damals noch habsburgischen Czernowitz in der Bukowina geboren, einer ,,besonderen Landschaft, mit besonderen Menschen, Märchen und Mythen lagen in der Luft. Man atmete sie ein.'' Der Bukowina entstammte auch Paul Celan, in dessen Gedichten die Erinnerung an das Grauen der nationalsozialistischen Massenvernichtung so dicht, so unausweichlich wie bei niemandem sonst, enthalten ist. In dieser Gegend, von Martin Pollack in seinem wunderbaren Buch ,,Nach Galizien — eine imaginäre Reise durch die verschwundene Welt Ostgaliziens und der Bukowina'' (Wien, 1984) ausführlich beschrieben, ,,lebten noch die Menschen und die Bücher'' (Paul Celan). Früh, 1921, wanderte sie zusammen mit ihrem Jugendfreund und späteren Mann, Ignaz Ausländer, in die USA aus. Das Leben in der Bukowina war nach dem Tod des Vaters ärmlich geworden und versprach ihr keine Zukunft mehr. Ihren Lebensunterhalt verdiente sich Rose Ausländer zuerst in Minneapolis, später in New York als Redakteurin und Bankangestellte. Ihre Passion aber blieb das Schreiben. Nach zehn Jahren kehrte sie zurück in die Heimat an den Pruth. Ihr erster Gedichtsband (,,Der Regenbogen'') erschien 1939. Von 1941 bis 1944 (der ,,Sonnenfinsterniszeit'') lebte sie versteckt vor den rumänischen und deutschen Akquisiteuren des Massenmordes im Czernowitzer Getto. ,,In jenen Jahren trafen wir Freunde uns zuweilen heimlich, oft unter Lebensgefahr, um Gedichte zu lesen.'' Ihre eigenen in dieser Zeit geschriebenen Gedichte wurden später unter dem Titel ,,Ghettomotive'' veröffentlicht. Aus diesem Getto wurden 55.000 Juden nach Transnistrien in den Tod der Vernichtungslager deportiert, ,,wo der [illegible]-ße Mäher/Menschen mähte''. Rose Ausländer entging der Deportation, überlebte. Rettete sich, das Wort, die Sprache, die Erinnerung.

,,Ich Überlebende
des Grauens
schreibe aus Worten
Leben.''

Über Bukarest wanderte sie nach Kriegsende erneut in die USA aus. Die Behandlung der Bukowiner Juden durch die russische Befreiungsarmee gehört vielleicht auch zu den ,,weißen Flecken'' der jüngeren sowjetischen Geschichte, die unter dem Signum von Glasnost einer Aufarbeitung bedürfen. Wieder arbeitete sie in New York in einem Handelsunternehmen als Sekretärin, wieder fand sie ihre eigentliche Heimat jedoch nur im Schreiben von Lyrik.

,,Halte mich in deinem Dienst
lebenslang
in dir will ich atmen''.

Sie integriert sich hier schnell in das kulturelle Leben deutschsprachiger Gruppen. Schreibt. Liest. Tritt in öffentlichen Veranstaltungen auf. Nach der frühen Verrentung kehrte sie zurück auf den alten Kontinent. Unternimmt längere Reisen bis sie sich zuerst für kurze Zeit in Wien, später dann bis an ihr Lebensende in Düsseldorf niederläßt. Im Deutschland Adenauers haben es Verfolgte des Nazi-Regimes nicht leicht, als Opfer öffentlich anerkannt zu werden. Beschämend lange dauert es, bis ihr eine beschämend kleine ,,Entschädigungsrente'' zuerkannt wird. Zwanzig Jahre verbrachte sie im Nelly-Sachs-Haus der Jüdischen Gemeinde in Düsseldorf. Zehn Jahre davon als Pflegefall gefesselt an Raum und Bett. Bis in die letzten Lebensjahre hinein diktierte sie Freunden ihre Gedichte. ,,Ich komme nicht zu den Gedichten, die Gedichte kommen zu mir.'' Daß der S. Fischer-Verlag die Edition ihre Gesamtwerkes übernahm, hat sie noch er-

Foto: gep

Bild Rose Ausländers im Nelly Sachs-Haus in Düsseldorf

Erwachen I

Aus zerrütteten Träumen
erwachend
im Nessellager

ich beobachte
den Bau
gigantischer Galgen

für mich
und
mein Volk

freut registrieren können. Dies Werk gilt es zu entdecken.

Daß auch Poesie der Erkenntnis dienen kann, fällt uns so merkwürdig schwer zu begreifen. Von Rose Ausländer ließe sich da einiges lernen.

In ihren unendlich vielen, in der Form selten längeren, im Inhalt keineswegs in jedem Fall und zu jeder Zeit auf gleich hohem Niveau stehenden Gedichten, kehren einige Schlüsselthemen immer wieder. Ihre Kindheit in der Bukowina, die Natur, die Selbstreflexion über das Schreiben, das so mühselige literarische Fassen des Jahrhundertgrauens und die Suche nach dem Glück, trotzalledem. In einem ihrer wenigen Prosatexte schrieb sie einmal „Wir zum Tode verurteilten Juden waren unsagbar trostbedürftig. Und während wir den Tod erwarteten, wohnten manche von uns in Traumworten — unser traumatisches Heim in der Heimatlosigkeit. Schreiben war Leben. Überleben." Mit den Worten der Lyrik:

„Sie kamen
mit scharfen Fahnen und Pistolen
schossen alle Sterne und den Mond ab
damit kein Licht uns bliebe."

Rose Ausländer hat auch in der Konfrontation mit dem Wissen um Auschwitz noch Gedichte geschrieben, ja sie hat gerade deshalb schreiben müssen. Vielleicht war es nicht mehr als „die verzweifelte Hoffnung, daß dichten/noch möglich sei." Zerbrochen war nicht der Wille zur Lyrik, aber die Form der Gedichte konnte nach dem Holocaust nicht mehr dieselbe bleiben wie vorher. „Was. . . über uns hereinbrach, war ungereimt, so alpdruckhaft beklemmend, daß — erst in der Nachwirkung im nachträglich voll erlittenen Schock — der Reim in die Brüche ging." War es Trost, Mahnung, Anklage oder die Sehnsucht nach der Utopie „trotzdem"? Von alledem war es wohl etwas, was sie in der langen Nachkriegszeit immer wieder und immer stärker zum Schreiben zwang.

„Mein Vaterland ist tot
sie haben es begraben
im Feuer
Ich lebe
in meinem Mutterland
Wort."

Sie kam von weither, die Rose Ausländer. In ihren Gedichten hat sie uns in der Sprache der Poesie von ihren Erfahrungen, von dem ihr zugefügten Leid, von der Suche nach der lebbaren Alternative erzählt. Es sind die kleinen Schritte, zu denen sie ermutigt, ohne die aber für die großen Schritte der Atem fehlen würde.

„Mit alten und neuen
Landschaften
neuen und alten Worten
verlorenen und wiedergefundenen
Freunden
leben
Blicke deuten
vor dem Abgrund die Augen nicht schliessen
sich mit Atem zufriedengeben
protestieren
Endlos
von neuem anfangen."

Verteidigungsreden wg. „Nötigung"

Die von Hanne und Klaus Vack herausgegebene und im September 1986 erstmals erschienene Schrift „Mutlangen — unser Mut wird langen!", die vorübergehend vergriffen war, ist jetzt wegen der großen Nachfrage in der 6. Auflage (15.000 - 17.000 Exemplare) erneut aufgelegt worden. Die Schrift enthält elf Verteidigungsreden wg. „Nötigung", die Pershing-II-Blockierer vor den Richtern in Schwäbisch Gmünd gehalten haben. Es handelt sich um die Verteidigungsreden von Inge Aicher-Scholl, Andreas Buro, Helga Einsele, Günter Fuchs, Fritz Hartnagel, Meta Lambertz, Luise Olsen, Martin Singe, Dorothee Sölle, Hanne Vack und Klaus Vack.

In einem Vorwort zur 6. Auflage schreiben die Herausgeber u.a.: „Einerseits soll der von Gorbatschow und Reagan unterzeichnete INF-Vertrag sicherstellen, daß die Mittelstreckenraketen und damit auch die Pershing II und die Cruise Missiles abgezogen und verschrottet werden. Andererseits werden z.B. von Mutlangen oder von der Cruise Missiles-Basis bei Hasselbach ausgehend weiterhin Manöver mit den Raketen gestartet, und auch die Ausbaumaßnahmen der Depots laufen auf vollen Touren weiter."

An anderer Stelle wird in dem neuen Vorwort festgestellt: „Wenn wir also die Verteidigungsreden wg. ‚Nötigung' nun Anfang des Jahres 1988 in einer 6. Auflage erneut publizieren, so vor allem deshalb, weil wir meinen, daß es auch darauf ankommt, die juristische Auseinandersetzung bei Anklagen wg. ‚Nötigung' voll auszutragen. Wir halten es für falsch, Strafbefehle oder Verurteilungen in der ersten Instanz nun einfach zu akzeptieren, ‚weil die Raketen ja wegkommen'. Allein in Schwäbisch Gmünd und beim Landgericht Ellwangen sind Tausende Verfahren anhängig, die sich noch auf Jahre hinziehen werden, wenn alle, die mit Strafbefehl und Anklage bedacht sind, bei der Stange bleiben. Das mag für die eine oder für den anderen mit persönlichen Unannehmlichkeiten verbunden sein, aber diese sollten wir ebenso auf uns nehmen, wie wir uns irgendwann entschlossen haben, in Mutlangen gewaltfrei zu blockieren und uns von der Polizei festnehmen zu lassen."

Zugleich wird die Notwendigkeit des zivilen Ungehorsams als eine Aktionsform der Friedensbewegung auch für die Zukunft als notwendig angesehen, „denn wir haben uns ja das Ziel vorgenommen: Frieden schaffen ohne Waffen." Und weiter: „Aber auch die erschreckenden Vorgänge um die Hanauer Atomfabriken (und nicht nur sie) im Zusammenhang mit dem ‚Atommüll' aus der ‚zivilen' Atomspaltung zeigen uns, wie wir von Gefahren und Gefährdungen umstellt sind. Auf den zivilen Ungehorsam und das heißt u.a. gewaltfreie Blockaden, Platzbesetzungen, Manöverbehinderungen und Verweigerungsaktionen (z.B. Volkszählung) werden wir auch zukünftig nicht verzichten können, wenngleich speziell in Mutlangen gegenwärtig kaum noch Sitzdemonstrationen stattfinden."

Bezug gegen DM 8,— (in Briefmarken beifügen): Komitee für Grundrechte und Demokratie, An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal

CHILE

Einige entkommen der Folter lebend. Aber was ist das für ein Leben?

Denn die Qualen der Folter wirken nach – noch lange.
Depressionen, Angstneurosen und paranoide Zustände sind die häufigsten seelischen Spätfolgen. Viele Opfer von Folter drohen daran zu zerbrechen. Sie brauchen dringend fachkundige Hilfe. So wurde 1986 in der chilenischen Hauptstadt Santiago **CINTRAS** gegründet: eine medizinische und psychotherapeutische Einrichtung für die Hilfe gegenüber Folteropfern und ihren Angehörigen. Unter Assistenz des international bekannten Zentrums für Rehabilitation Gefolterter (IRTC) in Kopenhagen wurden Heilpläne auf psychologisch-psychiatrischer Ebene entwickelt, die ebenso die medizinischen und sozialen Aspekte des Einzelfalles berücksichtigen.
CINTRAS arbeitet mit allen oppositionellen Kräften zusammen und wird besonders von der katholischen Kirche Chiles geschützt. Bis Ende August '87 wurde **CINTRAS** von der Kopenhagener Klinik finanziert. Danach hat **medico international** mit einer Spende für weitere 3 Monate diese Arbeit ermöglicht.
CINTRAS muß weiterarbeiten – für die Opfer der Pinochet-Diktatur.
Wir bitten Sie um Ihre Unterstützung.

Prof. Peter Alheit, Wissenschaftler
Gert Bastian, Generale für Frieden
Dr. med. Winfried Beck, IPPNW
Freimut Duve, MdB-SPD
Brigitte Erler, Amnesty International
Thomas Ebermann, Die Grünen
Pater Anatol Feid, Dominikaner
Prof. Iring Fetscher, Autor
Marlies Flesch-Thebesius, Pastorin
Marion von Hagen
Hans Hirschauer, Zahnarzt
Ulrike Holler, Journalistin
Dr. med. Ellis Huber,
Vors. Ärztekammer Berlin
Prof. Helmut Gollwitzer, Theologe
Herbert Groenemeier, Schauspieler
Prof. Robert Jungk, Autor
Petra Kelly, Die Grünen
Sir Karl Popper, London
Prof. Horst Eberhard Richter, Psychotherapeut
Prof. Herbert Schui, Wissenschaftler
Antonio Skarmeta, Regisseur
Dr. Herbert Stubenrauch, Psychotherapeut
Friedrich Karl Waechter, Autor

CINTRAS
CENTRO DE INVESTIGACION Y TRATAMIENTO DEL STRESS
ZENTRUM FÜR STRESS-FORSCHUNG UND -BEHANDLUNG

Kontaktadresse:
Juan Beltran
Am Wartbaum 39
6457 Maintal 2

Informationsbroschüre kostenlos:
bei medico international
Obermainanlage 7
6000 Frankfurt 1

Spendenkonten:
Stadtsparkasse Frankfurt, Konto-Nr. 1800
Postscheckamt Köln, Konto-Nr. 6999-508
bei Medico International Stichwort Chile/**CINTRAS**

medico international

links

LeserInnen-Kreise

In einigen Städten der BRD haben sich „links"-LeserInnen-Kreise gebildet oder wollen sich welche bilden. Dabei handelt es sich nicht um „Lesezirkel", die dem tieferen Sinn einzelner „links"-Artikel nachgehen wollen. Vielmehr sollen sich mit den LeserInnen-Kreisen Diskussionszusammehänge unter „links"-Leserinnen und Lesern entwickeln, die über das Geschäft der Tagesaktualität hinausreichen und Kontakte und einen politischen Gedankenaustausch ermöglichen. Gerade in einer Situation, in der viele vermeintliche Gewißheiten fragwürdig und die aktuelle Gestalt sozialistischer Theorie und Politik zunehmend unklarer geworden sind, wird die Belebung einer solchen politischen Diskussionskultur immer wichtiger.

links

LeserInnen-Kreise

Kontaktadressen:
Berlin: Karl-Heinz Albers, Brandenburger Str. 18, 1000 Berlin 31, Tel. 030/861 93 56
Karlsruhe: Lena Khuen-Belasi, Helmholtzstr. 7, 7500 Karlsruhe 1
Münster: Clemens Wilken, Heisstr. 1, 4400 Münster, Tel. 0251/3 72 77
Nürnberg: Otto Böhm, Johannisstr. 42, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/33 20 22
Weitere Kontaktadressen und nähere Informationen über das Offenbacher Büro des SB, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach, Tel. 069/88 50 06

Münsteraner Leserkreis-Treffen

Wir möchten auf das Münsteraner Treffen von „links"-Lesern und Leserinnen hinweisen. Der Kreis trifft sich alle vierzehn Tage am Mittwochabend und beschäftigt sich mit dem Thema „Antisemitismus". Wer mitdiskutieren möchte, melde sich bei:

Clemens Wilken, Heisstr. 1, 4400 Münster, Tel. 0251/372 77

Essen: „RC in spe"

Themenschwerpunkte der nächsten Treffen wird der „Herbst 77" sein. Wir wollen aber den Rechtsstaat nicht auf ‚Stammtischniveau' (Preuß) diskutieren. Vielmehr ist beabsichtigt, die blinden Flecken der Linken in der Rechtsstaat-, Terrorismus- und Demokratiediskussion zu benennen. Zum Einstieg in die Diskussion wollen wir uns mit dem Preuß-Vortrag auf dem Prima Klima-Kongreß, sowie den Reaktionen auf diesen Vortrag, auseinandersetzen. Auch andere, aktuelle Texte sollen in die Diskussion miteinbezogen werden.

Die nächsten Treffen: Do. 10. u. 24. März, Zeche Carl (Hömannstraße)

Kontakt und Information: Andreas Hess, Liebigstr. 55, 43 Essen, Tel. 0201/74 20 00

Lokale Gruppen und Kontaktadressen des SB

Berlin: Karl-Heinz Albers, Brandenburger Str. 18, 1000 Berlin 31, Tel. 030/861 93 56
Bielefeld: SB Bielefeld, c/o Buchladen „Eulenspiegel", Hagenbruchstr. 9, 4800 Bielefeld 1, Tel. 0521/17 50 49
Bochum: Dieter Schweitzer, Hustadtring 151, 4630 Bochum
Bremen: Niko Diemer, Lübberstedter Str. 11, 2800 Bremen, Tel. 0421/38 56 97
Darmstadt: Axel Keller, Roquettenweg 15, 6100 Darmstadt 1, Tel. 06151/4 86 62
Dortmund: SB Dortmund, c/o „Langer August", Braunschweiger Str. 22, 4600 Dortmund
Essen: Soz. Büro, c/o Andreas Hess, 4300 Essen, Liebigstr. 55, Tel. 0201/74 20
Frankfurt-Offenbach Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7, 6050 Offenbach, Tel. 069/88 50 06
Gießen: Kurt Walker, Alicenstr. 26, 6300 Gießen, Tel. 0641/7 49 62
Hamburg: SB Hamburg, Altonaer Str. 28, 2000 Hamburg 6, Tel. 040/43 32 89
Hannover: Uli Maaz, Sackmannstr. 10, 3000 Hannover 91, Tel. 0511/2 10 32 25
Heidelberg: SB Heidelberg, c/o Forum, Bergheimer Str. 125, 6900 Heidelberg
Kassel/Nordhessen: Helmut Dorn, Mozartstr. 5, 3500 Kassel
Köln: Günter Steppkes (Tel. 0221/ 2 40 16 55) und Klaus Küpper (Tel. 0221/ 24 55 16), beide Engelbertstr. 55, 5000 Köln 1
Lübeck: Bernd Möller, Paul-Gerhardt-Str. 2, 2400 Lübeck, Tel. 0451/49 16 98
Münster: Clemens Wilken, Heisstr. 1, 4400 Münster, Tel. 0251/3 72 77
Nürnberg: Otto Böhm, Johannisssttr. 42, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/33 20 22
Oberbergischer Kreis: Klaus W. Kowol, Postfach 1312, 5275 Bergneustadt
Stuttgart: Uta Probst, Hensteigstr. 61, 7000 Stuttgart, Tel. 0711/60 89 48
Wiesbaden/Mainz: Andreas Wagner, Phillipsbergstr. 37, 6200 Wiesbaden

Verlag 2000, Postfach 102 062, 6050 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

N12

1

[redacted]

D 2800 Bremen 01

Verlag 2000

ALLGEMEINES PROGRAMM

Thesen des SB (ISBN-151-4, DM 7,—)

SB und AFP (Hrg.): Bildung im Wandel. Thesen und Materialien zum Bildungstag '86 in Ffm (ISBN-3-88534-212-x, DM 15,—)

express-Redaktion (Hrg.): Bio- und Gentechnologie (Verlag Die Arbeitswelt, ISBN-3-88114-311-4, DM 10,—)

SB Dortmund: Sicher in die neunziger Jahre. Sicherheitsgesetze und Volkszählung (DM 4,—)

Karl-Theodor Stiller: Gewerkschaftspolitik und Bewegungen in der Arbeiterschaft (1914 - 1920) (ISBN-154-9, DM 6,—)

Fritz Lamm u.a.: Sozialistische Linke nach dem Krieg. Aus der Zeitschrift ,,funken'' (1950 - 1959) (ISBN-155-7, DM 10,—)

Westdeutsche Arbeiterbewegung 1945 - 1949; Arbeitergeschichte in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit (ISBN-153-0, DM 6,—)

Oskar Negt/Dietrich Wetzel: Theorie und Organisation. Marxismus an der Universität (ISBN-156-5, DM 5,—)

Gert Schäfer: Die Kommunistische Internationale und der Faschismus (ISBN-157-3, DM 8,—)

Theater zum Radikalenerlaß. Inszenierungen aus Stuttgart, Wiesbaden, Franfurt, Bremen und Marburg. Bilder, Texte, Lieder und Dokumente (ISBN-159-10, DM 12,—)

,,Der Freiheit eine Gasse''. Dokumente zur Zensur im Theater (ISBN-160-3, DM 9,—)

Sozialistische Politik und Kriegsgefahr (ISBN-208-1, DM 6,—)

Sozialistische Friedenspolitik — Thesen des Sozialistischen Büros (ISBN-209-X, DM 6,50)

Sonderheft: Das Gesundheitswesen in Portugal (DM 4,—)

Hildebrandt/Olle: Ihr Kampf ist unser Kampf. Ursachen, Verlauf und Perspektiven des Ausländerstreiks 1973 in der BRD (DM 10,—)

Informationsdienst Arbeiterbildung, Heft 4: Thema ,,Lohnpolitik'' (DM 3,—)

Arbeitskämpfe 1978 — Dokumente und Materialien (DM 6,—)

SB-Materialien zur Gewerkschaftsdiskussion (DM 5,—)

Rationalisierung — Arbeitslosigkeit — Gegenwehr. Analysen, Materialien und Erfahrungen (DM 8,—)

Johann Schreiber: Interessen und Interessenpolitik der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst (DM 6,—)

Ein Betrieb macht dicht . . . Werksschließung in Kalletal — Betriebsstillegungen in der BRD (DM 6,—)

Wladimir Stoljarow: Versucht mir zu helfen! Die Stimme eines Außenseiters im sowjetischen Alltag (ISBN-163-8, DM 4,—)

Detlef Haritz: Der Bürgerkrieg im Libanon (ISBN-146-6, DM 7,—)

M. Massarrat: Iran — Von der ökonomischen Krise zur sozialen Revolution — Analysen — Informationen — Dokumente (ISBN-195-6, DM 5,—)

Anti-militaristische Soldatenarbeit — Thesen — Analysen — Strategien (ISBN-196-4, DM 7,—)

,,links-reprint''. Heft 1: Sozialismus und Terrorismus (ISBN-152-2, DM 5,—)

,,links-reprint''. Heft 2: Demokratie und Sozialismus (ISBN-201-4, DM 7,—)

REIHE ROTER PAUKER

UE Arbeiterliteratur (ISBN-176-10, DM 5,—)
Materialien zur Geschichte der politischen Lehrerbewegung III (ISBN-180-8, DM 4,—)

Medienpraxis, Öffentlichkeit für Schüler und Lehrlinge! (ISBN-1[redacted] DM 7,—)

Schüleröffentlichkeit — ROSTA-Fenster und Schablonendruck (ISBN-199-9, DM 6,—)

Alles in Butter? — Rollenspiele im Chemieunterricht (ISBN-203-0, DM 7,—)

Entdeckung und ihre Folgen? — Unterrichtseinheit zur Wechselwirkung von Physik und Politik (ISBN-204-9, DM 10,—)

PLAKAT-BAUERNVERLAG

Hamza Alavi: Theorie der Bauernrevolution (ISBN-182-4, DM 4,—)

Bauer was nun? Beiträge zur Agrarfrage in der BRD (ISBN-184-0, DM 4,—)

Max Kemper: Marxismus und Landwirtschaft (ISBN-185-9, DM 5,—)

Theodor Bergmann: Agrarpolitik sozialistischer Länder (ISBN-186-7, DM 10,—)

Ulrich Hampicke: Zur Kritik der bürgerlichen Agrarökonomie (ISBN-187-5, DM 6,—)

Agrarprobleme und Bauernkämpfe in Westeuropa (ISBN-188-3, DM 7,—)

Joachim Schritt: Bauern gegen Atomanlagen oder wi wüllt den schiet nich hebben (ISBN-190-5, DM 7,—)

Grünstift — Bauernkarrikaturen aus Frankreich und BRD (ISBN-150-6, DM 10,—, neuer Preis DM 5,—)

ARBEITSFELDMATERIALIEN ZUM SOZIAL- UND GESUNDHEITSBEREICH

Knast-Alltag am Beispiel Mannheim. Eine Dokumentation zum ,,Mannheimer Gefängnisskandal'' (ISBN-172-7, DM 7,—)

Marlene Neske/Günter v. Juterzenka: Zwischenlösung: Arbeitskollektive, Selbsthilfeinitiativen und Jugendarbeitslosigkeit (ISBN-174-3, DM 6,—)

Sozialarbeit zwischen Bürokratie und Klient. Dokumente der Sozialarbeiterbewegung. Reprint der Sozialpädagogischen Korrespondenz 1969 - 1973 (ISBN-175-1, DM 10,—)

A. + U. Maas/Schwarz: Sozialpädagogik und Arbeiterinteressen. Am Beispiel der Jugendarbeit im Stadtteil Mannheim-Rheinau (DM 3,—)

Dokumente der Sommerschulen 1979: Anders leben — anders arbeiten; 1980: Selbstbestimmt leben (beide Broschüren DM 11,50)

Bestelladresse:
Verlag 2000 & Sozialistisches Büro, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1, Telefon (069) 88 50 06
Auslieferung: Materialis-Verlag, Rendeler Str. 9 - 11, 6000 Frankfurt/M. 60